Die Völker Südafrikas klagen an: Den österreichischen Imperialismus – verbrecherischer Helfershelfer und Nutzniesser des südafrikanischen Rassenregimes







"Offenlegung" laut § 25 des Mediengesetzes:

Als Zentralorgan der MLPÖ ergibt sich die grundlegende Richtung der "Roten Fahne" aus den Feststellungen der Programmatischen Erklärung der MLPÖ:

Die MLPÖ legt ihrer gesamten Tätigkeit die von Marx, Engels, Lenin und Stalin erarbeiteten wissenschaftlichen Lehren des Marxismus-Leninismus zugrunde, deren Richtigkeit sich sowohl in der Geschichte der österreichischen als auch der internationalen revolutionären Bewegung täglich aufs neue beweist.

Die MLPÖ ist entschlossen, diese Lehren gegen alle Angriffe und Entstellungen zu verteidigen und diese Lehren schöpferisch auf die heutige Weltlage und die konkreten Bedingungen des eigenen Landes anzuwenden, um die revolutionäre Sache hier zum Triumph zu führen und um konsequent ihren Verpflichtungen als Abteilung der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung und des Lagers der proletarischen Weltrevolution gerecht zu werden.

Impressum:

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ), Medieninhaber, Verleger und Hersteller: Franz S t r o b l, Alle, sowie Adresse der Redaktion: 1150 Wien, Goldschlagstraße 56, Verlags- und Herstellungsort: Wien.

P. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1156

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

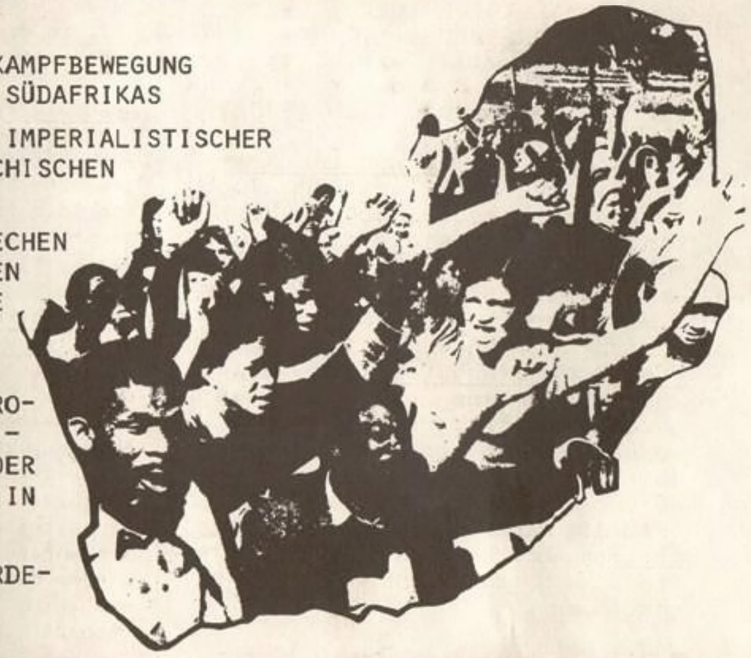
Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 221 | Ausgabe März 1986 | S 30,-

WORUM GEHT ES IN SÜDAFRIKA?

- DIE MACHTVOLLSTE MASSENKAMPFBEWEGUNG DER UNTERJOCHTEN VÖLKER SÜDAFRIKAS
- SÜDAFRIKA - TUMMELPLATZ IMPERIALISTISCHER INTERESSEN DES ÖSTERREICHISCHEN FINANZKAPITALS
- WARUM UND INWIEFERN SPRECHEN SICH DIE ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISTEN "GEGEN DIE APARTHEID" IN SÜDAFRIKA AUS ?
- ZU EINIGEN FRAGEN DER PROLETARISCH-INTERNATIONALISTISCHEN UNTERSTÜTZUNG DER REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG IN SÜDAFRIKA
- ZUR FRAGE DER BOYKOTTFORDERUNG
- APARTHEID IN ÖSTERREICH



ANHANG: Dokumente der Komintern zu Südafrika

"DIE LUNTE AN DER KAP-BOMBE WIRD KÜRZER..." - Mit dieser Überschrift auf der Titelseite drückten die "Salzburger Nachrichten" Anfang Jänner 1986 die tiefe Besorgnis des österreichischen Monopolkapitals über die Entwicklung in Südafrika aus. Ihre Befürchtungen richten sich dabei besonders auf einen Punkt: "Das Jahr 1985 brachte nicht das erhoffte Ende des Protestes" !

O ja, hinter all ihren verlogenen Krokodilstränen über "Menschenrechtsverletzungen" in Südafrika steckt ihre Furcht vor dem weiteren Anwachsen, der zunehmenden Ausbreitung und Vertiefung des Massenkampfs der unterjochten schwarzen Völker Südafrikas. Und sie haben wirklich allen Grund, sich zu beunruhigen...

DIE MACHTVOLLSTE MASSENKAMPFBEWEGUNG
oooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo
DER UNTERJOCHTEN VÖLKER SÜDAFRIKAS
oooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Bereits Ende Juni 1985 mußte selbst der Vertreter des südafrikanischen Kirchenrates, der Theologe Kistner "besorgt" feststellen, daß in Südafrika eine "bürgerkriegsähnliche Situation" herrscht. "Die Regierung sei längst nicht mehr Herr der Lage. Mit dem verstärkten Einsatz von Polizei, Geheimdienst und Armee reagiere sie auf den wachsenden Widerstand der schwarzen Bevölkerungsmehrheit." Das Land sei mittlerweile "ein einziges M i l i t ä r l a g e r" ("Frankfurter Rundschau", 27.6.1985).

Angesichts der schwersten Krise, die Südafrika seit dem 30er Jahren durchmacht, angesichts einer Arbeitslosigkeit, die die schwarze Bevölkerungsmehrheit am härtesten trifft und bereits 3 Millionen auf die Straße geworfen hat, angesichts einer Preissteigerungsrate, die bald 20% beträgt und den Lebensstandard der schwarzen Massen, der ohnehin schon sehr gering ist (Einkommensverhältnis zwischen Weißen und Schwarzen beträgt laut "FAZ 19 : 1), unter das Existenzminimum drückt, wächst der Widerstand der schwarzen Volksmassen rasch an:

● Illegale Massenstreik der Arbeiter im Bergbau und in der Automobilindustrie gegen Hungerlöhne, gegen Rassismus in den Betrieben und Prügelstrafe, gegen Massenentlassungen und Abschiebung in die sogenannten "Homelands", die seit 1976 geschaffen wurden, um über 11 Millionen Schwarze zwangsweise ausbürgern und als "Ausländer" behandeln zu können, sind seit 1984 an der Tagesordnung.

● Hunderttausende traten im Herbst 1984 in den Mieterstreik gegen den Mietwucher in den schwarzen Vorstädten von Johannisburg und Pretoria.

● Schülerstreiks mit über 850.000 Teilnehmern und Demonstrationen gegen die rassistische "Bildungspolitik", die gewählte Schülervertretungen, Abschaffung der Prügelstrafe und Chancengleichheit forderten, erfaßten monatelang fast das ganze Land.

● Heftigster Widerstand gegen die polizeiliche Zwangsumsiedlung der hunderttausend Bewohner des "schwarzen Ghettos" Crossroads bei Kapstadt in eine besser zu kontrollierende neue Siedlung führte im Februar 1985 zu mehrtägigen Straßenkämpfen gegen die faschistische Polizei, deren Panzerwagen mit Steinen und Benzinbomben beworfen wurden. Mindestens 13 Demonstranten wurden dabei durch die Polizei erschossen, eine Vielzahl wurde verletzt und verhaftet. Die Umsiedlung hatte vor allem den Zweck, die Mehrheit der "illegal" ohne Aufenthaltsberechtigung in Crossroads Wohnenden zu verhaften und in ihre "Homelands" abzuschieben.

● Das Spaltungsmanöver einer Scheinreform der Verfassung wurde von den nun erstmals Wahlberechtigten der sogenannten "Farbigen" und Asiaten (Minderheit von 3,5 Millionen) zu über 80% mit WAHLBOYKOTT beantwortet. Die weiterhin politisch total entrechteten Schwarzen (Mehrheit von 23 Millionen gegenüber 4 Millionen Weißen) führten im September '84 politische Widerstandsaktionen und Demonstrationen in den Industrievorstädten durch und kämpften in regelrechten Straßenschlachten mit Barrikaden, Steinen und Benzinbomben gegen die mit Schlagstöcken, Tränengas, Gummigeschossen, Schrot und scharfer Munition anrückende Polizei. Mit brutalster Gewalt wurden Protestmärsche durch wahlloses Schießen in die Menge niedergeschlagen, selbst Kinder starben unter den Kugeln der Polizisten. "Schwarze Ghettos" wurden regelrecht von tausenden von Soldaten in der Nacht umstellt, während die Polizei jeden Raum und jeden Bewohner durchsuchte und zahllose Verhaftungen vornahm.

● Die Aktionen der spontanen Massenbewegung richteten sich zunehmend auch gegen wichtige Stützen des rassistischen Regimes, gegen die mit schwarzen Kollaborateuren besetzten Gemeinderäte, die das verhaßte Regime in den schwarzen Vorstadtsiedlungen, den sogenannten "Townships" vertreten, für das Wohnungswesen und die Mieteintreibung, für die Versorgung mit Strom und Wasser zuständig sind.

Mehr als 250 Mitglieder von solchen Gemeinderäten sind aus Furcht vor der Volkswut bereits in den vergangenen Monaten zurückgetreten, nachdem sie wie im Belagerungszustand gelebt hatten. Ebenso richteten sich zornige Angriffe der Massen von Anfang an gegen die schwarzen Polizisten, die als Kollaborateure und Verräter behandelt und ähnlich wie entlarvte Spitzel da und dort von empörten Massen zu Tode geprügelt wurden. In verschiedenen "Townships" wird inzwischen von einer Art Gegen-Selbstverwaltung berichtet, die anstelle der abgedankten Gemeinderäte im Entstehen ist. Dagegen sollen von den 38 schwarzen Stadtverwaltungen, die von der Regierung ins Leben gerufen wurden, gerade noch 5 "arbeiten" (vgl. "Frankfurter Rundschau, 12.7.85 und "Der Spiegel", Nr.31/85, S.77).

Das südafrikanische Rassisten-Regime versuchte diese rasch an Militanz, Kraft und Tiefe gewinnende Massenbewegung durch brutale Unterdrückungsmethoden, offen faschistisches Vorgehen, tägliche Mordtaten, Verschleppungen und Folter abzuwürgen. Z.B. wurde ein friedlicher Trauerzug von 3000 Schwarzen bei Uitenhagen/Port Elizabeth, zum Gedenken an die Massaker von Sharpeville vor 25 Jahren am 25.3.85 durchgeführt, "aus Notwehr", wie es hieß, von Polizisten in ge-



panzerten Fahrzeugen angegriffen, die das Feuer ohne Vorwarnung auf die Menge eröffneten und mindestens 20 Marschteilnehmer ermordeten, die meisten mit Schüssen in den Rücken, und über 30 schwer verletzten. Nach offizieller Bilanz sind von September 1984 bis Juli 1985 rund 500 Tote gemeldet worden, politische Führer des Widerstands schätzten die Zahl der von Polizei und Armee Getöteten schon im Oktober 1984 auf mindestens 1000. Unzählbar sind die Verwundeten, die über 10.000 Verhafteten, die Gefolterten und die in die "Homelands" Abgeschobenen.

Dennoch gelang es dem verhaßten Regime nicht, die Bewegung des schwarzen Proletariats und der anderen Volksmassen, die verstärkt politischen Charakter annimmt und sich nicht mehr mit irgendwelchen betrügerischen Reformen abspeisen läßt, einzudämmen.

Um wieder "Herr der Lage" zu werden, verhängten die südafrikanischen weißen Machthaber am 21.7. 1985 den "Ausnahmezustand". Das bedeutet faktisch die Ausrufung des K r i e g s r e c h t s - erstmals wieder seit der Verhängung des 5-monatigen Ausnahmezustands nach den Kämpfen und Massakern von Sharpeville 1960. Allerdings lebten die schwarzen Völker auch schon vorher faktisch dauernd im "Ausnahmezustand". Jetzt wurde der staatliche Terror lediglich "legalisiert" und in noch größerem Maßstab durchgeführt. Polizei- und Armeemassaker unter den Schwarzen, wahllose Massenverhaftungen, beliebig lange Einkerkerung von Widerstandskämpfern oder einfach "verdächtigen Elementen", alles das ist jetzt von vornherein als "legal" erklärt, um die spontane Widerstandsbewegung der schwarzen Volksmassen mit blutigem Terror niederzumachen.

Das Rassisten-Regime verhängte den Ausnahmezustand über die



Mit äußerster Brutalität macht die Polizei Jagd auf Demonstranten.

dichtbesiedeltsten Gebiete der Industriezentren, um angeblich "Schwarze gegen Schwarze" zu schützen, in Wirklichkeit, um sich selbst zu retten durch noch größere Verschärfung des staatlichen Terrors gegen die Mehrheit der Volksmassen. Wie beim 5 Monate dauernden Ausnahmezustand 1960 nach den Massakern von Sharpeville, als über 15.000 verhaftet und die gegen das Apartheid-Regime kämpfenden Organisationen ANC und PAC verboten, ihre Führer verhaftet oder ermordet wurden, werden auch diesmal Tausende ohne Haftbefehl verhaftet, werden willkürlich Hausdurchsuchungen vorgenommen und Ausgangssperren verhängt, ganze Gebiete abgeriegelt und nach Widerstandskämpfern durchkämmt, Informationssperren erlassen. In den ersten 5 Tagen wurden bereits 800 verhaftet und mindestens 15 Oppositionelle bei erneuten Unruhen erschossen.

Seitdem vergeht kaum ein Tag, an dem von Schergen des Regimes nicht demonstrierende Arbeiter, Jugendliche, Frauen erschossen werden.

Mittlerweile haben die südafrikanischen Rassisten zusätzlich ein Gesetz erlassen, welches Polizisten und andere Unterdrückungsorgane bei ihrer "Pflichterfüllung" von vornherein von jeder Schuld und Strafverfolgung frei spricht.

Hinzugekommen ist, daß selbst ausländischen bürgerlichen Medien Filmaufnahmen und Berichterstattung aus den schwarzen Vorstädten verboten ist. Der tagtägliche Terror, die dauernden Massaker unter den schwarzen Massen sollen so vor der Weltöffentlichkeit vertuscht werden.

Dabei geht der Terror inzwischen so weit, daß schwarze Schüler, welche den Unterricht boykottieren, mit vorgehaltenen Bajonetten in die Schulgebäude getrieben werden !

Das Rassistenregime weiß aber auch, daß es mit bewaffneter Gewalt allein auf Dauer die Mehrheit nicht niederhalten und vom offenen Aufstand abhalten kann. Das Regime sucht auch durch Reformversprechungen der Massenbewegung die Spitze abzubrechen, sie zu spalten und zu desorientieren. Am 5.Tag des Ausnahmezustands erklärte Rassistenhäuptling Botha seine "Bereitschaft zu Verhandlungen" mit "repräsentativen" Führern der Schwarzen, unter einer Bedingung - daß diese öffentlich die G e w a l t als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehnen sollten ! Nur unter dieser Bedingung sei die weiße Regierung auch bereit, politische Gefangene, darunter besonders Nelson Mandela, freizulassen.

In Südafrika gibt es unter den Führern der Schwarzen auch Kräfte, die ihre Hoffnungen auf eine sogenannte "friedliche Lösung", d.h. auf "Gewaltlosigkeit" setzen. Allerdings haben diese Bestrebungen bisher, wie es heißt, nur "enttäuschende Ergebnisse" gebracht. Das liegt allerdings nicht einfach an der nach wie vor "unnachgiebigen" Haltung der Rassisten-Regierung unter Botha, der zuletzt in einer Rede das Festhalten an der Apartheid-Politik ausdrücklich bekräftigt hat.



Tagtäglich werden von den Schergen des südafrikanischen Rassisten-Regimes schwarze Widerstandskämpfer ermordet.

Es liegt vor allem daran, daß man einem blutbesudelten, waffenstarrenden Unterdrückerregime gegenüber, das Waffengewalt ununterbrochen und im Massenumfang anwendet, ja anwenden muß, um überhaupt am Leben bleiben zu können, mit Verzicht auf revolutionäre Gewalt niemals auch nur ein einziges wesentliches Zugeständnis abringen kann. Wenn ein solches Regime überhaupt bereit ist, zu verhandeln und über Zugeständnisse auch nur zu reden, so immer und ausschließlich nur dann, wenn es etwas Zeit braucht, die nächste blutige Abrechnung, das nächste Blutbad vorzubereiten. Verzicht auf revolutionäre Gewalt, Ablehnung der revolutionären Gewalt, ist unter diesen Bedingungen ein schamloser Hilfsdienst den notorischen Gewalttätern gegenüber, ein schändliches Verbrechen und ein infamer Betrug im Interesse der Verlängerung ihres ausbeuterischen Gewaltregimes gegen die Massen !

Und diese alles entscheidende Erkenntnis breitet sich in Südafrika heute sehr rasch aus !

Noch nie war der Haß und die Entschlossenheit der unterdrückten schwarzen Volksmassen so groß, weder 1960 bei den Demonstrationen gegen diskriminierende Paßgesetze, noch 1976 bei dem Schüleraufstand in Soweto gegen die verhaßte Burensprache Afrikaans, als mindestens 575 schwarze Jugendliche von der Polizei erschossen wurden, noch nie erfaßte die Bewegung gegen das Rassisten-Regime die Massen in solchem Umfang und in solch landesweitem Ausmaß von Tzaneen und Pretoria im Norden bis Port Elizabeth im Süden und Kapstadt im Südwesten.

Die Zeitschrift "Der Spiegel" berichtet darüber etwa:

> "Der Kampf beginnt meist als Demonstration, Streik oder Boykott. Aber eine zunehmende Zahl von Schwarzen begegnet der brutal vorgehenden weißen Staatsgewalt nun mit G e g e n g e w a l t." ("Der Spiegel", 31/85, S.77)

Der kürzlich mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Bischof Tutu stellte geradezu resignierend fest:

> "Die jungen Menschen glauben, der e i n z i g e Weg, das System zu ändern, sei durch b e w a f f n e t e n Kampf. Und wenn sie dafür sterben müssen, werden sie es tun. Es sei erstaunlich, daß die Jugendlichen derzeit noch die Ansichten derjenigen, die für ein friedliches Ende der Apartheid arbeiten, akzeptierten. Jedoch... der Moment, an dem sie uns hinwegfegen werden, (ist) nicht allzufern" (Zitiert in "Frankfurter Rundschau", 23.7.1985)

Die Schweizer "Weltwoche" spricht von einem "Massenaufstand in den schwarzen Townships von ganz neuer Wucht und Wut":

> "Sozialarbeiter in den schwarzen Siedlungen zeigen sich beeindruckt von der explosiven Radikalisierung einer Jugend, die von ebenfalls radikalisierten Eltern nicht mehr zurückgehalten wird und sich auch von Todesgefahren nicht mehr einschüchtern läßt. Der Pfarrer, dem es mit letzter Anstrengung gelungen war, einen mit Steinen bewaffneten Teenagertrupp in Duduza vom Sturm auf das zur Festung ausgebaute Haus eines schwarzen Polizisten zu stoppen, erhielt vom Gangleader* die bezeichnende Antwort: 'Wir wissen, daß es Selbstmord gewesen wäre. Aber sie können immer nur einige von uns, nie alle erschießen, wir sind zu viele.'" ("Weltwoche" 34/85, 22.8.1985, S.3)

Dieser "gewalttätigen Todesverachtung" steht, wie das Blatt fortfährt, "die sich steigernde Resignation der für Gewaltlosigkeit plädierenden schwarzen und weißen Kirchenführer gegenüber." (Ebenda). Die "Neue Zürcher Zeitung" stellte schon im Jänner 1985 fest:

> "Große Teile der schwarzen Bevölkerung - insbesondere der urbanisierten schwarzen Jugend - setzen schon heute nur noch auf die R e v o l u t i o n." ("NZZ", 19.1.1985)

Zu wissen, daß die Revolution unerläßlich ist, bedeutet allerdings nur den ersten grundlegenden Schritt, kann aber nicht genügen.

* Das Schweizer Bourgeois-Blatt beschreibt den anwachsenden Widerstand der schwarzen Volksmassen Südafrikas in dem typisch bürgerlichen Jargon der Verunglimpfung dieses Widerstands. Mit der Verwendung von Begriffen wie "Teenagertrupp" und "Gangleader" soll der Kampf insbesondere der schwarzen Jugendlichen als "unreif" und "kriminell" abgekanzelt und in Mißkredit gebracht werden. Das ist bezeichnend auch für die bürgerlichen Massenmedien Österreichs, welche dauernd gegen angebliche "Rowdies" und "Unruhestifter" hetzen, welche die schwarzen Volksmassen zu Gewalt und Terror "aufwiegelten". Auch dieser Sprachgebrauch ist Ausdruck der Tatsache, daß die bürgerliche Berichterstattung vom konterrevolutionären Standpunkt der Erhaltung und Sicherung der imperialistischen "Ruhe und Ordnung" in Südafrika erfolgt.

Der unendlich schwierigere und den Ausgang des Kampfes schließlich entscheidende Prozeß ist die Erkenntnis des richtigen Weges der Revolution, die Erkenntnis, was wirklich revolutionäre Gewalt ist, wie sie zu organisieren, anzuwenden und einzusetzen ist, d.h. Klarheit über das Wie der Revolution. Den unterdrückten Massen Weg und Ziel der Revolution zu weisen, sie dafür zu organisieren, das ist die Aufgabe einer proletarischen Vorhutspartei Südafrikas, die sich von der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus leiten läßt.*

Wirklich tödlich wird es für die Imperialisten und Reaktionäre, wenn sich das Proletariat und die unterdrückten Massen zweier Waffen bemächtigen, der Feuerwaffen und der geistigen Waffen, der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, die zur materiellen Gewalt werden, wenn sie die Massen ergreifen.

Auch wenn die versklavten Völker Südafrikas, voran die Arbeiterklasse, den bewaffneten Kampf heute noch nicht unter der zielsicheren Führung einer wahrhaftigen kommunistischen Partei führen, so sehen die rassistischen und imperialistischen Machthaber Südafrikas dennoch genau darin die entscheidende Gefahr.

Wenn Botha die "Gewaltlosigkeit" zur unerläßlichen Vorbedingung für Verhandlungen macht; wenn Tutu und die anderen Kirchenführer fieberhaft nach einem "friedlichen Ausweg" suchen, so haben sie genau erkannt, daß die entscheidende "Gefahr" darin besteht, wenn die Massen begreifen, daß der bewaffnete Kampf der e i n z i g e Weg ist, um den verhaßten Staatsapparat zu zerschlagen und sich zu befreien, wenn sie die Abwiegler und Versöhnler des reformistischen "friedlichen Wegs" h i n w e g f e g e n werden, um den Weg der gewaltsamen R e v o l u t i o n zu gehen !

Diese "Gefahr" haben selbstverständlich auch die Imperialisten ausgezeichnet begriffen, die angestrengte Manöver unternehmen, um diese "Gefahr" abzuwenden. Sie fürchten um die Erhaltung ihres Ausbeuterparadieses in Südafrika. Kein Wunder, daß auch die ö s t e r r e i c h i s c h e n Imperialisten von den jüngsten Entwicklungen in Südafrika alarmiert sind und nicht untätig bleiben. Worum es ihnen geht, machen die Worte von ÖVP-Busek deutlich: "Politiker sollen hinfahren, und zwar nicht nur zur südafrikanischen Regierung, um auf sie einzuwirken, sondern auch zu den Schwrazen, um v o r a l l e m eine Radikalisierung bei ihnen zu verhindern." (Kronenzeitung, 30.3.1985)

"V o r a l l e m" eine Radikalisierung" der schwarzen Massen zu verhindern, das ist das zentrale Problem für das österreichische Finanzkapital, das zentrale Interesse, denn es hat durch eine wirkliche Radikalisierung, eine radikale, d.h. das imperialistische Ausbeutersystem in Südafrika von der Wurzel her ausreißende Revolution sehr viel zu verlieren ...



* Zu Fragen der Revolution in Südafrika siehe ausführlicher weiter hinten in dieser Nummer.

SÜDAFRIKA - TUMMELPLATZ IMPERIALISTISCHER INTERESSEN DES ÖSTERREICHISCHEN FINANZKAPITALS

Jede Vorstellung, die österreichische Bourgeoisie sei ihrem Wesen nach "nicht imperialistisch" und tendenziell sogar "antiimperialistisch", weil sie sie herrschende Klasse eines kleinen Landes ist, ist nicht nur durch und durch falsch, sondern auch voll gefährlicher Konsequenzen. Sie muß entschieden bekämpft und zurückgewiesen werden !

Gerade das "Engagement" der österreichischen Imperialisten in Südafrika zeigt, daß die "Kleinheit" Österreichs offenbar kein Hindernis ist, eigene imperialistische Interessen wirksam zu verfolgen und in manchen Bereichen und in manchen Beziehungen sogar eine f ü h r e n d e Rolle zu übernehmen. Das soll nachfolgend anhand einiger Beispiele veranschaulicht werden, die allerdings nur einen Teil des ganzen ausbeuterischen "Engagements" des österreichischen Kapitals in Südafrika zeigen können.

"REKORDHANDEL" MIT DEM SÜDAFRIKANISCHEN RASSISTEN-REGIME

Das Jahr 1984 erbrachte ein "Rekordergebnis" des österreichischen Südafrikahandels. Österreichs Importe aus Südafrika erhöhten sich um 20,8 Prozent auf 1,3 Mrd. Schilling. Österreichs Exporte nach Südafrika sind um 27,1 Prozent auf 1,5 Mrd. Schilling gestiegen. Massive und gerade jetzt wachsende Teilhabe an der blutigen Ausbeutung und Unterdrükkung der schwarzen Arbeiter und Werktätigen Südafrikas - das ist die imperialistische Realität, die sich hinter diesen Ziffern verbirgt.

● Massive Teilhabe an der imperialistischen Ausbeutung von Südafrikas Rohstoffen - Am Beispiel des Goldhandels

Südafrika verfügt über unerhört reiche Rohstoffquellen, die bei einigen seltenen Metallen zu den größten Weltvorkommen überhaupt gehören, zum Beispiel Platin (82%), Vanadium (49%), Chrom (49%), Gold (48%), Mangan (45%) und Uran (15%).

Eine besondere Bedeutung haben für das südafrikanische Rassisten-Regime die riesigen Goldvorkommen des Landes. Gold ist Südafrikas wichtigstes Exportgut. Mit dem Goldexport finanzieren die südafrikanischen Rassisten in erheblichem Maße ihre rassistische Unterdrückungsmaschinerie, ihren Militarismus und ihre weiße Minderheitsherrschaft überhaupt.

Die Förderung und Produktion des südafrikanischen Goldes beruht auf der grausamsten Ausbeutung und Unterdrükkung der schwarzen afrikanischen Arbeiter. So sind die Reallöhne der schwarzen Minenarbeiter heute kaum höher als im Jahre 1911. Die Löhne der schwarzen Arbeiter decken nicht einmal das Existenzminimum. das Verhältnis zwischen dem Einkommen schwarzer und weißer Minenarbeiter beträgt 20 : 1 ! Die "Harmony Mine" hatte 1972/73 eine Lohnsumme für Schwarze von insgesamt 7,7 Millionen Rands. Ihr "working profit" betrug im gleichen Jahr 50 Millionen Rands. (vgl. H.Orbon, Die Lage der Schwarzen in Südafrika, Azania, S.297)

Erst in jüngster Vergangenheit haben die südafrikanischen Rassisten wieder



Unter barbarischen Ausbeutungsbedingungen müssen die schwarzen Bergarbeiter das Gold abbauen, jenes Gold,...

gezeigt, wie sie auf die berechtigten Forderungen der schwarzen Bergleute Südafrikas reagieren. Am 28.April 85 wurden insgesamt 15.000 streikende Bergarbeiter der beiden größten Gold-



... das sich die weißen Blutsauger aneignen...

minen der Welt fristlos entlassen, von herbeigerufener Polizei verhaftet und zu Geldstrafen verurteilt, um unter der "Aufsicht" schwerbewaffneter Werkschutzkräfte mit Omnibussen einer Firma für Menschentransporte sofort in ihre jeweiligen "Homelands" abgeschoben zu werden. Für "Ersatz" sorgten die weißen Bergbau-Kapitalisten mittels der Methode des "Austausches" von streikenden gegen "willige" und mindestens ebenso billige schwarze "Arbeitskräfte".

Österreich importiert aus Südafrika Gold, Steinkohle, Chrom, Mangan, Asbest, Nickel, Platin und Uran (siehe "Die Apartheid-Connection", S.82). Die dominierende Rolle spielt aber eindeutig die massive Teilhabe des österreichischen Finanzkapitals am Geschäft mit dem südafrikanischen Gold.

Allein 1983 wurden über Österreich südafrikanische Goldmünzen im Wert von 5 Milliarden ÖS abgesetzt. Das entspricht 22% des Krüger-Rand-Weltverkaufs ! "Österreich ist nach Angaben des Deutschland/Österreich-Managers der IGC (International Gold Corporation LtD., AdV.) ein ausgezeichneter Markt für die südafrikanische Goldmünze, obwohl Inländer keine Krügerrand kaufen dürfen. Ausländer können die Goldmünzen in Österreich dagegen mehrwertsteuerfrei erwerben - eine Begünstigung, die es europaweit sonst nur noch in Luxemburg gibt." ("Die Presse", 17.12.1982).

Auch die ÖGB-eigene Bank BAWAG beteiligt sich an diesem äußerst lukrativen Geschäft, d.h. zieht aus der maßlosen Ausbeutung und rassistischen und Klassenunterdrückung der afrikanischen Bergarbeiter in den Goldminen Südafrikas reiche Profite ! Gerade auch d a s zeigt augenscheinlich, daß die ÖGB-Führer, die arbeiterbürokratischen und arbeiteraristokratischen Funktionäre des ÖGB direkt an der Ausplünderung der unterjochten Völker teilhaben. ÖGB-Spitze und ÖGB-Apparat sind mit dem imperialistischen System zusammengewachsen. Das muß von jedem klassenbewußten Arbeiter innerhalb und außerhalb des ÖGB entschieden entlarvt werden !



... und durch dessen Verkauf auch das österreichische Finanzkapital hohe Profite einstreicht. (Im Bild: Mehrwertsteuerfreier Krügerrandverkauf in Salzburg).

● Massive Teilhabe an der imperialistischen Ausbeutung der schwarzen Arbeiter und armen Bauern in Südafrikas Landwirtschaft

Nirgends ist die rassistische und kolonialistische Ausbeutung und Unterdrükkung der afrikanischen Arbeiter grausamer und widerwärtiger als auf dem südafrikanischen Land. Die Löhne betragen nur ein Drittel bis ein Viertel des Einkommens der Schwarzen in den städtischen Gebieten. Entlohnung in Naturalien (Kost, Qaurtier, Lebensmittel) oder mit Alkohol ist immer noch üblich. Die Hungerlöhne verbunden mit einem 9-11-Stunden-Arbeitstag, dem Fehlen von Arbeitsverträgen, Krankenversicherung und Urlaub bei gleichzeitiger Existenz krasser Formen von Hörigkeit der gesamten Familie des Landarbeiters gegenüber dem weißen Farmbesitzer, charakterisieren die Arbeits- und Lebensbedingungen der Schwarzen auf den Farmen, auf denen sich Elemente von feudalen und sklavenhalterischen Ausbeutungsformen erhalten haben, die gerade auch im Interesse der imperialistischen Ausbeutung durch das internationale Monopolkapital konserviert werden. "Üblich" sind die Praktiken der körperlichen Züchtigung der Farmarbeiter durch ihre Herren, brutale physische Mißhandlungen und sogar Mord.

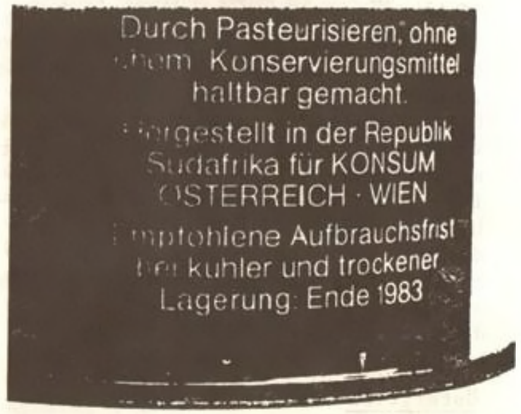
Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Güter spielt für das südafrikanische Rassisten-Regime eine große Rolle. Zum Beispiel machten landwirtschaftliche Exporte 1977 etwa 20% der Gesamtexporte aus. Die agrarischen Exporte leisten einen großen Beitrag zur Stabilisierung der südafrikanischen Handelsbilanz und damit zur Stärkung der rassitischen Minderheits-Regierung.

Etliche "renommierte" österreichische Firmen profitieren durch einen schwunghaften Handel mit südafrikanischem Frischobst von der erbarmungslosen Ausbeutung der schwarzen Landarbeiter auf den weißen Farmen Südafrikas. Südafrikanisches Frischobst wird von 3 Firmen an den Kunden gebracht: Ahorner, Agentur Barton und Fruchtunion. Zu ihren "blühenden" Geschäften mit dem Apartheids-Regime in Südafrika schrieb die Firma Ahorner, Wien:

"Voller Erwartungen ging man hier auf dem österreichischen Markt in die neue Cape-Saison... Wir haben heuer, was die Werbung betrifft, ein noch größeres Programm als letztes Jahr und hoffen, daß dies zusammen mit unserem totalen Einsatz sowie weiteren Verkaufssteigerungen einen großen Erfolg der Cape-Produkte in Österreich bewirken wird." ("Fruchthandel", Düsseldorf, 12.3.83, S.428).

Auch durch den Handel mit Dosenobst und Trockenfrüchten profitiert das österreichische Monopolkapital von der Ausbeutung der schwarzen Landarbeiter in Südafrika. Einer der größten Abpackbetriebe für Dosenobst und -gemüse in Südafrika ist die Langeberg-Kooperative, ein kartellähnliches Gebilde, das für den Export von Dosenfrüchten zuständig ist. Für sie hat in Österreich die Handelsagentur Transagent Lehag Ges.m.b.H. die Alleinvertretung. Sie vertreibt Langeberg-Marken wie KOO, Gold Reef, Summit, Pearl Reef, Golden Glory usw. und vermittelt Geschäfte für österreichische Handelsketten wie KONSUM, ADEG und SPAR. Langeberg packt in Südafrika auch direkt unter dem Käufernamen ab. So werden etwa "Williams Christ-Birnen" in Südafrika eigens für den KONSUM-ÖSTERREICH abgefüllt. (vgl. "Apartheid-Connection", S.105).

Bemerkenswert ist überhaupt die Rolle des KONSUM-ÖSTERREICH, dieser angeblich "fortschrittlichen Verbrauchergenossenschaft", hinter der faktisch der ÖGB steht. Schon vor Jahren erklärte der damalige Sekretär für internationale Beziehungen im ÖGB, Hummel, daß der Konsum Plantagen in Südafrika besitze, wobei er das damit rechtfertigte, daß die Schwarzen dadurch Arbeit fänden ! Es gibt da absolut keinen Unterschied zu den Praktiken der "gewöhnlichen" Monopolkapitalisten, genauer gesagt, i s t der KONSUM selbst ein monopolkapitalistisches Unternehmen. Alles Gerede von "genossenschaftlichen Prinzipien" ist verlogenes Geschwätz.*



Langeberg-Früchte aus Südafrika, direkt für den Konsum-Österreich abgefüllt (Foto: Hausner)

● Massive Teilhabe an der Ausstattung des Apartheid-Regimes mit wirtschaftlich und strategisch wichtiger Ausrüstung im Export

Während die Struktur der österreichischen Importe aus Südafrika mit ihrem Schwerpunkt auf Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten im letzten Jahrzehnt weitgehend gleich blieb, ist bei den Exporten ein deutlicher Wandel von Konsum- und Gebrauchsgütern zu technologisch hochwertigen Ausrüstungen zu bemerken. So sagte der frühere österreichische Handelsdelegierte Puxkandl 1982: "Die Struktur unseres Angebotes nach Südafrika hat sich in den letzten zehn Jahren sehr stark gewandelt. Als ich nach Südafrika kam, na ja, da gab es Trinkgläser aus Österreich und Schuhe aus Österreich und Anzüge aus Österreich und Feuerzeuge aus Österreich - nichts! Heute gibt es Kraftwerke aus Österreich, Geländefahrzeuge aus Österreich, Kunststoffextrudermaschinen aus Österreich und es gibt Bahnbaumaschinen aus Österreich" (Zitiert in "Apartheid-Connection", S.70).

Der "Auslandsdienst" der "Genossenschaftlichen Zentralbank" stellt dazu fest: "Exportchancen bestehen für Werkzeugmaschinen, technische Spezialprodukte, Produktionsmaschinen für die Sektoren Kunststoff, Chemie, Textil, Lebensmittel und Elektrowirtschaft, weiters für elektronische Meßgeräte, Vorfabrikate und Halbfertigwaren sowie für die Vergabe von Lizenzen und technischem Know-how." ("Auslandsdienst" der GZB, Mai 1985, S.18).

Nach Angaben der "Presse" vom 9.11.83 "bearbeiten" etwa 300 bis 600 österreichische Firmen regelmäßig den südafrikanischen Markt. Jedes 10. der 500 größten Unternehmen, die das Kapitalistenmagazin "Trend" alljährlich auflistet, sind im Südafrika-Handel tätig. Aber auch zahlreiche spezialisierte Mittel- und Kleinbetriebe versorgen die südafrikanische Wirtschaft mit ihren Lieferungen. Unmittelbar dienen dem südafrikanischen Militarismus Lieferungen "militärisch "sensitiver Techniken" (AVL, Polyair) sowie Elektronik (Siemens). Zur psychologischen Aufrüstung der südafrikanischen Rassisten und Militaristen tragen Österreichs Kapitalisten sogar auch durch den Export von Kriegsspielzeug bei (Roco)!

● Die verstaatlichten Betriebe betreiben die selbe imperialistische Politik wie die privatkapitalistischen Unternehmen

Einen besonderen Platz nehmen in der Reihe der österreichischen Exporteure nach Südafrika die Betriebe der direkt (ÖIAG) oder indirekt verstaatlichten Industrie (CA- und Länderbank-Konzern) ein.

Von den ÖIAG-Betrieben ist an erster Stelle die VÖEST-ALPINE zu nennen. So erteilte die "Barlows Industrial Plant Supply & Co. (Pty.) LTD" 1980 den Auftrag zum Bau einer Stranggießanlage für rostfreie Brammen sowie für alle mit der Montage und der Inbetriebnahme zusammenhängenden Aktivitäten (vgl. "Internationale Wirtschaft", Wien, 5.12.1980). Bereits zum fünften Mal wurde Ende April 1985 ein Vertrag über die Errichtung einer schlüsselfertigen Produktionsanlage der VÖEST in Südafrika bekanntgegeben.

* Apartheid-Gegner haben im August 1985 beim Konsum in Wien Aktionen gemacht unter dem Motto "Kauft keine Früchte aus Südafrika !" . In einem Schreiben der "Alternativen Liste Wien" an den "Konsum" heißt es dazu, man erwarte vom "Konsum"-Unternehmen jedenfalls "schnelleres Reagieren, als von rein profitorientierten Betrieben." In Wahrheit i s t der "Konsum" ja ein "rein profitorientierter Betrieb". Das zeigen unter anderem die Machenschaften dieses Konzerns in Südafrika, die denen anderer Konopole absolut nicht nachstehen. Der berechtigte Protest und Kampf dagegen muß eben davon ausgehen und diese Tatsache entlarven ! Es muß gezeigt werden, wofür und mit welchem Ziel der "Konsum" die Einlagen seiner Mitglieder "mobilisiert".

Im Auftrag des verstaatlichten südafrikanischen Stahlkonzerns ISCOR werden die Linzer VÖEST und ihre BRD-Tochter Korf-Engineering eine Kohlereduktionsanlage in Südafrika errichten; der Auftragswert beträgt 1,4Mrd. ÖS. Die auf einem völlig neu entwickelten Verfahren basierende Kohlenreduktionsanlage gestattet es dem Apartheid-Staat, Eisen um 30 Prozent billiger als mit herkömmlichen Verfahren produzieren.

• Die VÖEST-Tochterfirma VEW, die auch über Niederlassungen in Südafrika verfügt, betreibt ebenfalls profitable Exportgeschäfte mit dem südafrikanischen Rassisten-Regime. Während sie einerseits Mangan importiert, liefert sie andererseits seit Jahren Kompressoren und Schweißzusatzstoffe für die Nuklear- und Energie-Industrie Südafrikas.

• Auch die ÖIAG-Unternehmen SIMMERING-GRAZ-PAUKER (mit Lokomotiven für die Südafrikanischen Staatsbahnen) und ELIN (mit Bahntransformatoren im Wert von 150 Mio. ÖS an ESCOM und einem Aluminiumofen für Metal Sales) sind als Exporteure nach Südafrika tätig.

• Vom CA-Konzern ist in erster Linie STEYR-DAIMLER-PUCH mit den Traktorenlieferungen in die "Transkei" zu nennen (siehe dazu ausführlich im folgenden Abschnitt).

• Zum Länderbank-Konzern gehört hingegen die CHEMIEFASER-LENZING, die Südafrika als ihren größten Kunden angibt. Deren seinerzeitiger Generaldirektor Rudolf Seidl ist bei der Anbahnung von Geschäftskontakten mit Pretoria führend hervorgetreten.



Österreichs größte Wirtschaftsdelegation nach Südafrika: Bundeskammervizepräsident Rudolf Seidl überreicht dem Vizebürgermeister von Kapstadt eine Lipizzanerfigur. Ja, was sich liebt, beschenkt sich...

Gerade die verstaatlichten Unternehmungen Österreichs spielen also eine führende Rolle bei der Unterstützung des südafrikanischen Rassisten-Regimes mit hochwertiger Ausrüstung in Kernbereichen des Ausbeutungssystems Südafrikas.

Es kann keinen größeren Betrug geben als den, die verstaatlichten Unternehmen als "fortschrittlich" oder gar schon "sozialistisch" hinzustellen, wie das sozialdemokratische und revisionistische Demagogen tun. Der staatsmonopolistische Kapitalismus bringt die reaktionären Grundtendenzen des Imperialismus im Grunde nur noch schärfer zum Ausdruck, wie gerade auch die "Südafrikapolitik" des verstaatlichten Großkapitals in Österreich zeigt !

"KAPITALEXPORTOFFENSIVE" DER ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISTEN NACH SÜDAFRIKA

Noch kennzeichnender als die Angaben über den österreichischen Handel mit Südafrika sind die Daten über den Kapitalexport der österreichischen Imperialisten nach Südafrika. Wie Lenin zeigte, gilt im Zeitalter des monopolistischen Kapitalismus, des Imperialismus, im Unterschied zum vormonopolistischen, "freien" Kapitalismus:

> "Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von W a r e n kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von K a p i t a l kennzeichnend geworden." (Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", LW 22, S.244, 1916, Sperrungen im Original)

● Österreichische Investitionen in Südafrika - Unterstützung für die südafrikanischen Rassisten - Profite für das österreichische Kapital

Seit der Anfangsphase der Industrialisierung Südafrikas, um die Jahrhundertwende, spielte das Auslandskapital dort eine wesentliche Rolle. "Die Erschließung der ersten Minen zum Beispiel ging auf britisches und US-amerikanisches Kapital zurück: Nirgendwo sonst auf dem afrikanischen Kontinent wurden die mineralogischen Gegebenheiten so massiv ausgenützt, nirgendwo sonst unterlag die schwarzafrikanische Arbeitskraft einer brutaleren Ausbeutung als hier in Südafrika. Auch der Aufbau der verarbeitenden Industrie war nur durch das Zusammenspiel von Auslandskapital und Apartheidgesetzgebung möglich." (Die "Apartheid-Connection", S. 114)

Für die ausländischen Firmen erwies sich das "gute Betriebsklima" in Südafrika als höchst profitabel. "Mitte der 1970er Jahre z.B. waren die Ertragsraten der britischen Direktinvestitionen in Südafrika um 6% höher als in den meisten anderen Ländern.

Für 1979 bezifferte Südafrika selbst - etwas übertreibend - die Profitmöglichkeiten aus Kapitalinvestitionen in der Textilbranche mit 32 %, auf dem Chemie-Sektor mit 33% und Maschinen mit 29%" (ebenda, S.114). Die durchschnittlichen "Erträge" aus britischen Direktinvestitionen in Südafrika betrugen 1968 bis 1976 nach Abzug der Steuern zwischen 11 und 21,3%. Sie lagen damit um 2,5 bis 6,5 Prozentpunkte höher als die "Erträge" aus allen anderen abhängigen Ländern (vgl.H.Orbon, "Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania").

Selbstverständlich zieht es da auch das österreichische Kapital nach Südafrika. Den österreichischen Kapitalisten kommen dort nicht nur die billigen Arbeitskräfte zugute, die nur einen kleinen Bruchteil des Lohns eines österreichischen Arbeiters erhalten, sondern auch die rassistische Gesetzgebung und die rigorose Unterdrückung von Gewerkschaftsrechten. Kein Wunder, daß der Vorarlberger Textilindustrielle Heinz Hämmerle vom "angenehmen Wirtschaftsklima" schwärmt: "Man steht unter dem Schutz einer Regierung, die regiert und reagiert und nicht nur schwätzt." (Ecco, Wien, 16.4.1975).



S.B.H. Cotton Mills: Werksgebäude der Vorarlberger Textilfirma Hämmerle und ihrer Schweizer "Partner" in Kapstadt.

Im Vergleich zu amerikanischen, britischen und westdeutschen Investitionen nehmen sich die österreichischen Investitionen in Südafrika "bescheiden" aus. Um hier die Realität nicht zu beschönigen, muß allerdings nicht nur die Größe des Landes in Rechnung gestellt werden, sondern vor allem auch auf zwei Aspekte hingewiesen werden:

Erstens muß die Tendenz der Entwicklung gesehen werden. Gerade "in den Jahren der Kreisky-Ära hat Österreich sein Engagement in Südafrika erheblich ausgeweitet." ("Wochenpresse", 13.8.85) Die Zahl der in Südafrika investierenden österreichischen Unternehmen hat sich seit Mitte der Siebzigerjahre mehr als verdoppelt. "Angesichts von Südafrikas Politik, industrielle Importe an Investitionen oder zumindest Kooperationen zu binden, ist eine Fortsetzung dieses Trends zu erwarten." ("Österreichische Investitionen in Südafrika", in: Informationen über multinationale Konzerne, Nr.1/85, hrgg. von der AK Wien, S.2)

Zweitens konzentrieren sich die Investitionen der österreichischen Kapitalisten heute auf Kernbereiche der verarbeitenden Industrie Südafrikas.

Österreichisches Kapital und "Know how" kommt neben der Textilindustrie vor allem dem Stahl- und Kunststoffsektor sowie dem strategisch wichtigen Bahnbau der südafrikanischen Rassisten und Militaristen zugute.

Neben den Firmen, die in Südafrika direkt investiert haben, haben eine Reihe weiterer Unternehmen Lizenzen an südafrikanische "Partner" vergeben (so die VÖEST, AUSTRIA EMAIL, BINDER &Co., HEID AG, HINTEREGGER, MOTRONIC oder POLYAIR) oder "Joint Ventures" mit ihnen geschlossen (wie SIMMERING-GRAZ-PAUKER). Wie weit es in diesem Zusammenhang auch zu kapitalmäßigen Verflechtungen und bzw. oder zu bestimmenden Einflüssen auf die "Geschäftsgebarung" in Südafrika gekommen ist, ist nicht bekannt.

Genaue Angaben über die Höhe österreichischer Kapitalinvestitionen werden überhaupt geheim gehalten. Immerhin wurde bereits 1975 die Summe von zirka einer Milliarde Schilling angegeben. ("Ecco", Wien, 16.4.1975). Heute ist von einem Vielfachen dieser Summe auszugehen. Klar, daß sich bei den oben angedeuteten Profitspannen aufgrund der Überausbeutung der schwarzen Arbeiter Südafrikas da horrende Summen an Extraprofiten herauspressen lassen, wovon dann auch eine "hübsche Summe" zur Bestechung diverser Lobhudler und Marktschreier der österreichischen Bourgeoisie, korrumpierter und verbürgerlichter Arbeiteraristokraten und sonstiger Mittelsmänner des imperialistischen Einflusses abfällt, mit deren Hilfe unter den Arbeitern und übrigen Werktätigen das Gift des Rassismus und Chauvinismus, der Rechtfertigung imperialistischer Verbrechen verspritzt wird !

Fortsetzung auf S.16

REAKTIONÄRE REGIERUNGS-SOPHISTEREIEN ÜBER DIE "UNZWECKMÄSSIGKEIT" VON KAPITALEXPORT ANLÄSSLICH DES VOEST-PROJEKTS IN SALDANHA

Anfang der Siebzigerjahre planten die VÖEST und der südafrikanische Stahlkonzern ISCOR den Bau eines riesigen Stahlwerkes in Südafrika. Die VÖEST verpflichtete sich, allein oder mit "Partnern" 49 % der neuen Gesellschaft zu übernehmen sowie für Finanzierung und Fachkräfte zu sorgen. 1974 hatten sich Vorstand und Aufsichtsrat der VÖEST für das riesige Investitionsprojekt ausgesprochen. Auch die Gewerkschaften sprachen sich "aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung" für das Projekt aus.

Das Projekt Saldanha wurde von südafrikanischer Seite aus wirtschaftlichen Gründen storniert, weil der "betriebswirtschaftliche Nutzen" zu gering sei, man sich bei den Kohlepreisen verkalkuliert habe usw. (vgl. "Die Presse", 24.4.1975).

Auch der damalige Bundeskanzler Kreisky und sein Außenminister Bielka äusserten im März 1975 "Bedenken", nachdem sie der ÖIAG bereits freie Hand für den Abschluß des Geschäfts gegeben hatten. Es wurde dahingehend argumentiert, daß mit der massiven Präsenz von VÖEST in Südafrika der österreichische "Schwarzafrikahandel" in Mitleidenschaft gezogen würde und Sanktionen gegen österreichische Firmen nicht ausgeschlossen werden könnten (Außenminister Bielka am 21.3.1975 im "Kurier").

Das Geschäft platzte also wegen dem... Profit ! Bemerkenswert allerdings, wie die imperialistischen Regierungs-"Sozialisten" mit dem Scheitern des Projekts nachträglich ihre Demagogie betrieben haben. Die SPÖ-Regierung argumentierte, es handle sich "in erster Linie doch um Arbeitsplätze in Südafrika und nicht um solche in Österreich" ("Die Presse", 14.3.1975). Kreisky gab von sich: "Haben die VÖEST-Arbeiter wirklich Interesse daran, daß in Südafrika ein Stahlwerk gebaut wird, das dann jene Produkte liefert, die sie heute selbst produzieren ?" ("Die Presse", 17.3.1975). Ausserdem hieß es: "Jede Form von Kapitalexport stellt eine direkte oder in-

Fortsetzung des Kastens auf S.15

Fortsetzung des Kastens von S.14

direkte Drohung für die Beschäftigung zu Hause dar" ("Finanzial Gazette", Johannisburg, 27.3.1975). Diese Demagogien müssen vor allem in zweierlei Hinsichten entlarvt werden:

Erstens ist diese Argumentation über die "Sicherung der Arbeitsplätze" durch und durch chauvinistisch. Sie versucht, die österreichischen Arbeiter gegen die Arbeiter anderer Länder auszuspielen gemäß der imperialistisch-pragmatischen Logik: "Was nützt uns", bzw. "was nützt uns mehr" - egal, was sonst passiert und auf wessen Kosten das geht. Diese "Logik" erweist sich ganz offen als reaktionär, wenn es um Produkte wie Panzer und anderes Kriegsmaterial geht, deren Export nirgendwo anders "Arbeitsplätze schafft". Panzer für Chile, Argentinien, Marokko usw. ? Aber selbstverständlich, das "sichert" ja Arbeitsplätze ! Genau so argumentieren die ÖGB-Bonzen und die großen und kleinen Arbeiterbürokraten und Arbeiteraristokraten im Gefolge der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs gewöhnlich auch. Das ist nicht nur chauvinistisch gegenüber den Arbeitern anderer Länder, sondern richtet sich auch gegen die österreichischen Arbeiter selbst, weil das die internationale Spaltung des Proletariats vertieft und zementiert und in verhängnisvoller Weise auf die einheimische Arbeiterschaft zurückwirken muß.

Zweitens ist diese Argumentation auch aus folgendem Grunde reine Demagogie: Seit wann ist die "Erhaltung der Arbeitsplätze" für das Kapital ein Grund n i c h t Kapitalexport zu betreiben ? Seit wann lassen sich die Kapitalisten von den Interessen der Arbeiter leiten und nicht vom Profit ? Die österreichischen Imperialisten sind keineswegs und niemals gegen "jede Form von Kapitalexport". Das zeigt auch dieses Beispiel selbst. Die VÖEST blieb nach dem Nichtzustandekommen des Projekts in Saldanha weiter massiv im Geschäft und hat seitdem von Südafrika immer neue Aufträge erhalten. Ihre Tochterfirma "Didier-Engineering baute im Anschluß daran im Auftrag von ISCOR Erzzerkleinerungs- und Kohlebrikettierungsanlagen in Vanderbjilpark, wo die Erze von Sishen jetzt verarbeitet werden, die ursprünglich für das VÖEST-Projekt in Saldhanha verwertet werden sollten (Vgl. "Finanzial Mail", Johannisburg, 8.4.1981).

Die österreichischen Imperialisten nützen ihren "Potenzen' gemäß jede sich bietende Gelegenheit für Kapitalexport. Denn Kapitalexport, zumal in Länder mit "billigen Arbeitskräften", reichlichen Rohstof quellen usw. sichert hohe Profite. Anders kann es auch nicht sein, denn wie Lenin prinzipiell aufgezeigt hat:

> "Solange der Kapitalismus Kapitalismus bleibt, wird der Kapitalüberschuß nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Lande verwendet - denn das würde eine Verminderung der Profite der Kapitalisten bedeuten -, sondern zur Steigerung der Profite durch Kapitalexport ins Ausland, in rückständige Länder. In diesen rückständigen Ländern ist der Profit gewöhnlich hoch, denn es gibt dort wenig Kapital, die Bodenpreise sind verhältnismäßig nicht hoch, die Löhne niedrig und die Rohstoffe billig. Die Möglichkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß eine Reihe rückständiger Länder bereits in den Kreislauf des Weltkapitalismus hineingezogen ist, die Hauptlinien der Eisenbahnen bereits gelegt oder in Angriff genommen, die elementaren Bedingungen der industriellen Entwicklung gesichert sind usw. Die Notwendigkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß in einigen Ländern der Kapitalismus 'überreif' geworden ist und dem Kapital (unter der Voraussetzung der Unentwickeltheit der Landwirtschaft und der Armut der Massen) ein Spielraum für 'rentable' Betätigung fehlt." (Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", LW 22, S.245, 1916) ■

Fortsetzung von S.14

● Österreichische Banken an führender Stelle bei der profitablen Finanzierung des weißen Rassisten-Regimes in Südafrika!

Sowohl in absoluten Ziffern als auch im Vergleich mit den Konkurrenten und "Partnern" in anderen Ländern nehmen sich die Finanzoperationen der österreichischen Banken in Südafrika alles andere als bescheiden aus. Die brutal ausgebeuteten und geknechteten Völker Südafrikas schuften gerade auch für die Finanzhaie in den österreichischen Banken !

Mit knapp 1 Milliarde Dollars nehmen die österreichischen Banken bei dem "traumhaften" Südafrika-Geschäft weltweit den siebenten Platz ein: "Österreich rangiert nur knapp hinter dem Finanzriesen USA (20 involvierte Banken, 1,1 Milliarden Dollar) und übertrifft gewichtige Länder wie Japan und Kanada bei weitem." ("Wochenpresse" 32/85, S.28)

Bankkredite an die Republik Südafrika

(Mitte 1982 bis Ende 1984)

	Mrd. US-$
1. GB	1,96
2. Schweiz	1,52
3. Rep. Südafrika	1,38
4. BRD	1,24
5. Frankreich	1,09
6. USA	1,08
▶ 7. Österreich	0,96
8. Belgien	0,93
9. Italien	0,88
10. Luxemburg	0,80
11. Kanada	0,52
12. Japan	0,26
13. Liechtenstein	0,23
14. Vatican City	0,17
15. Niederlande	0,16

Quelle: Weltkirchenrat, Genf

Bankkredite an Südafrika

Mitte 1982 bis Ende 1984

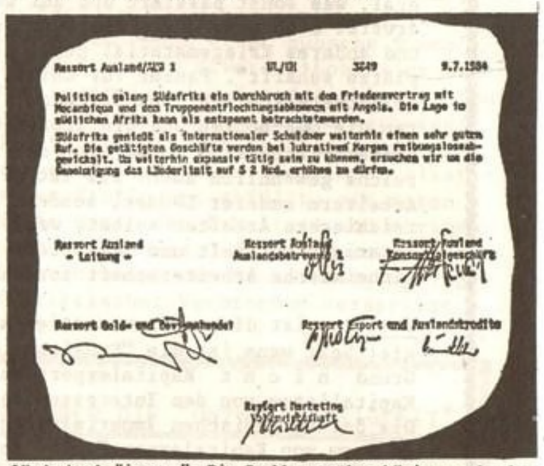
Bank*)	Anzahl der Kredite	Mio US $ Betrag insgesamt**)
1. Hill Samuel Group Ltd. (GB)	19	1398
2. Nedbank Group Ltd. (Rep. Südafrika)	19	1158
3. Union Bank of Switzerland (CH)	26	1112
4. Swiss Bank Corporation (CH)	23	1039
5. Cie Financiere de Paribas (F)	19	926
6. Cie Financiere de Suez (F)	18	898
7. Bayerische Vereinsbank (BRD)	16	867
8. Dresdner Bank AG (BRD)	18	861
9. Credit Commercial de France (F)	17	848
▶ 10. Österreichische Länderbank AG (A)	16	846

*) Aufstellung jener Banken, die am häufigsten an Krediten an Kapstadt beteiligt sind

**) Dabei Zahl beachtet, daß die genannte Bank mit unbekannten Anteilen an sogenannten Konsortialkrediten in unbekannter Höhe beteiligt ist

Eine besondere Rolle nehmen auch hier die verstaatlichten Banken ein. Länderbank und CA-Bankverein sind der größte bzw. drittgrößte österreichische Kreditgeber Südafrikas.

● Die Österreichische Länderbank AG steht bei den von Mitte 1982 bis Ende 1984 vergebenen Bankkrediten international bereits an 10. Stelle.



Ressort Ausland/LÄB 1 VI/131 3249 9.7.1984

Politisch gelang Südafrika ein Durchbruch mit dem Friedensvertrag mit Mocambique und den Truppenentflechtungsabkommen mit Angola. Die Lage im südlichen Afrika kann als entspannt betrachtet werden.

Südafrika genießt als internationaler Schuldner weiterhin einen sehr guten Ruf. Die getätigten Geschäfte werden bei lukrativen Margen reibungslos abgewickelt. Um weiterhin expansiv tätig sein zu können, ersuchen wir um die Genehmigung des Länderlimits auf 5 2 Mrd. erhöhen zu dürfen.

Ressort Ausland - Leitung -

Ressort Ausland Auslandsbetreuung

Ressort Ausland Konsortialangelegenheiten

Ressort Gold- und Devisenhandel

Ressort Export und Auslandskredite

Ressort Verbriefung

Länderbank "intern": Die Bankherren beschönigen schamlos die Lage im südlichen Afrika, preisen die "Friedfertigkeit" der rassistischen Militaristen in Südafrika und plädieren dafür, "weiterhin expansiv tätig" zu sein.

● Die Creditanstalt-Bankverein bildet gemeinsam mit 5 anderen europäischen Banken die "European Banks International Company - EBIC", die das führende Bankkonsortium für Südafrika darstellt.

Die österreichischen Banken finanzieren nicht nur im allgemeinen das Rassisten-Regime in Südafrika an führender Stelle mit, sondern die österreichischen verstaatlichen Banken im besonderen sind auch Finanziers des Nuklearprogramms der südafrikanischen Rassisten und Militaristen, welches Südafrika die Atombombe ermöglicht. So findet man etwa 1974 die Credit-Anstalt-Bankverein mit einem Kredit an die südafrikanische ESCOM, die damals mit dem forcierten Ausbau des südafrikanischen Nuklearprogramms begann.



DIE IMPERIALISTISCHE BOURGEOISIE ÖSTERREICHS KENNT NUR E I N E "MORAL": P R O F I T M A X I M I E R U N G !

Oh, wie sind die Sachwalter des österreichischen Monopolkapitals um das Wohlergehen der unterjochten Völker Südafrikas besorgt ! Erklären sie sich gegen Sanktionen und Boykottmaßnahmen gegen das südafrikanische Rassisten-Regime, so geschieht es selbstverständlich angeblich im Interesse der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Sprechen sie sich dann für gewisse Sanktionen aus, so geschieht das angeblich ebenfalls im Interesse der schwarzen Unterdrückten.

Was da so widersprüchlich erscheint, sind in Wirklichkeit nur die zwei Seiten einer Medaille.

Zunächst sprach sich der SPÖ-Außenminister Gratz ausdrücklich g e g e n Boykottmaßnahmen und Sanktionen gegen das südafrikanische Rassisten-Regime aus, weil dadurch angeblich nur "die sozial Schwachen" getroffen würden: "Wirtschaftliche Boykottmaßnahmen würden zuerst den Schwarzen schaden, die würden ihre Arbeitsplätze verlieren." ("Kronenzeitung", 30.3.1985)

Welch schmutzige Demagogie ! Als ob die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der südafrikanischen Rassisten und Militaristen im Interesse der ausgebeuteten und unterdrückten schwarzen Mehrheit läge, auf die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze abziele !

In Wirklichkeit geht es um etwas ganz anderes, und das soll mit derartig verlogenen, salbungsvollen Reden gerade vertuscht werden: Gratz und Co. als Sachwalter des österreichischen Monopolkapitals sind gegen Boykottmaßnahmen wegen seiner P r o f i t e ! Das ist der ausschlaggebende Grund ! Sieht man von dem zur Täuschung der Öffentlichkeit bestimmten Geschwätz einmal ab, so zeigt sich, daß die Bankherren daran auch gar keinen Zweifel lassen. Boykottmaßnahmen wegen Rassismus und Faschismus ? Ach, was ! "Solange wir der Meinung sind, daß es für die Wirtschaft und die Banken sinnvoll ist, den Handelsverkehr fortzusetzen, gibt es dafür k e i n e n Grund." (Länderbank-Generaldirektor Gerhard Wagner, "Wochenpresse" 32/85). Auch Nationalbankpräsident Koren erklärt sich mit Nachdruck für rege Geschäftsverbindungen mit dem südafrikanischen Rassisten-Regime, "solange die südafrikanische Republik ein zahlungsfähiger Partner ist" (ebenda). Krejci, Generalsekretär der Österreichischen Industriellenvereinigung, kann bezüglich Menschenrechtsverletzungen, Foltern und Massakern angesichts "höherer" Interessen nur verächtlich feststellen: "Menschenrechte, immer wieder Menschenrechte" ("Die Industrie", 20.6.1985). Klar, für die österreichischen Kapitalisten zählt nur eins: "Profit, immer wieder Profit"!

Steht dazu etwa in Widerspruch, daß die österreichische Bundesregierung im September 1985 ein "Maßnahmenpaket" gewisser Einschränkungen des Verkehrs mit Südafrika beschlossen hat ? Nicht im geringsten ! Man muß sich die Sache nur etwas näher anschauen.

Die Formulierungen dieses "Beschlusses" sind bewußt so gehalten, daß die entscheidenden Geschäfte ungehindert weiterlaufen können. Von einer Stornierung etwa des Milliarden-Vertrags der VÖEST mit den südafrikanischen Rassisten ist keine Rede. Völlig unberührt bleiben die Kreditgeschäfte der österreichischen Banken mit Südafrika. Der Waffen-

handel mit den südafrikanischen Rassisten und Militaristen geht wie gewohnt weiter (siehe dazu auch weiter unten). Auch die mehreren hundert in Südafrika "tätigen" oder mit Südafrika Handel betreibenden österreichischen Unternehmen kratzt das "Maßnahmenpaket" herzlich wenig. Die großkapitalistische "Presse" gibt offen zu, daß das "Maßnahmenpaket" kaum tatsächlich greifbare Auswirkungen haben dürfte ("Die Presse", 27.9.85).

Bleibt vor allem das in dem Regierungsbeschluß angesprochene Importverbot des Krügerrands und anderer südafrikanischer Goldmünzen. Da ist zunächst festzustellen, daß der Wert der noch in den Bankdepots lagernden Krügerrands geheim gehalten wird. Vranitzky äußerte dazu nur: "Darüber reden wir gar nicht, weil's ja auch ziemlich sinnlos wäre." (Abendjournal, 26.9.). Noch bemerkenswerter ist allerdings seine Begründung für die Importsperre: "Wir stehen da, das muß man schon sagen, ein bißchen in der Auslage mit der Mehrwertsteuerfreiheit für Ausländer." (Abendjournal, 26.9.1985).

Womit wir wieder beim Punkt wären: Alles geschieht aufgrund imperialistischer Profitinteressen und für diese ausbeuterischen Interessen, absolut aber nicht im Interesse der versklavten schwarzen Völker Südafrikas. Die einzige Befürchtung der österreichischen Imperialisten und ihrer Regierung besteht darin, daß sie in den schwarzafrikanischen Staaten und anderswo an "Ansehen" einbüßen, was ihren schmutzigen Geschäften schaden könnte.

DIE "STEYR-REPUBLIK" ODER ÖSTERREICHS FÜHRENDE ROLLE BEI DER DIPLOMATISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN AUFWERTUNG UND UNTERSTÜTZUNG DES MARIONETTENSTAATS VON PRETORIAS GNADEN "TRANSKEI"



Als am 26. Oktober 1976 die Transkei zur "unabhängigen Republik" erklärt wurde, feierte das neugebakkene Staatsoberhaupt Kaiser Matanzima mit seinem Clan, seinen weißen rassistischen Kumpanen aus der "Republik Südafrika" und 32 Gästen aus 9 imperialistischen Staaten dieses Ereignis überschwenglich. Sie alle kamen ungeachtet dessen, daß die UNO-Generalversammlung bereits vorher einstimmig (bei Enthaltung der USA) beschlossen hatte, diese "Unabhängigkeit" von Südafrikas Gnaden nicht anzuerkennen. Kein Zufall war es, daß drei dieser Gäste aus Österreich kamen.

Die "Unabhängigkeit" der Transkei, die sich am besten mit der von den Nazi proklamierten "Selbstverwaltung" der Juden im Warschauer Ghetto vergleichen läßt, wurde gegen die Interessen und den massiven Widerstand der schwarzen Bevölkerung proklamiert. Schon sehr früh erkannten die Afrikaner, daß dieser rassistische "Weg zur Unabhängigkeit" nicht anderes bedeutete, als daß sie zu Ausländern in ihrem eigenen Land gemacht werden sollten. Mit der "Unabhängigkeit" der Transkei wurden alle Afrikaner, die die Rassistenbehörden willkürlich der Transkei zuordneten, auf einen Schlag zu "Fremdarbeitern", auch

wenn sie bislang noch nie auch nur einen Fuß in ihr Zwangs-"Heimatland" gesetzt hatten.

In jahrelangen Kämpfen sowohl gegen die weißen Rassisten und ihre "Homeland"-Politik, als auch gegen deren schwarze Lakaien hatte die Bevölkerung nicht nur in der Transkei deutlich gemacht, was sie von dieser Ghetto-Selbstverwaltung hält. Dementsprechend hatte die "Regierung" der Transkei vorsorglich die seit 1960 in kraft befindlichen Notstandsgesetze auch gleich über den "Unabhängigkeitstag" hinaus auf unbestimmte Zeit verlängert und einen Großteil der Oppositionsführer, soweit sie "greifbar" waren, ins Gefängnis oder in die Verbannung geschickt.

Unter unglaublichem Terror des südafrikanischen Geheimdienstes BOSS wurden die letzten Schritte zur "Unabhängigkeit" der Transkei Mitte der 70er Jahre unternommen. Die Ablehnung dieser Spielart des Rassismus war unter den zukünftigen "Staatsbürgern" der Transkei so stark, daß sich die weiße Minderheitsregierung in Pretoria nur dadurch helfen konnte, daß sie zwei Drittel der "Volksvertreter" selbst ernannte, um eine Mehrheit für die "Unabhängigkeitserklärung" zustande zu bringen. Die anschließenden "freien Wahlen" waren ein Fiasko für den Rassisten-Lakaien Kaiser Matanzima, obwohl fast 70% der Wahlberechtigten die Wahlen überhaupt boykottierten. Und trotz der Übernahme fast sämtlicher Ter-

Fortsetzung auf S.20

DER REAKTIONÄRE BLUFF MIT DER "UNABHÄNGIGKEIT" DER "HOMELANDS"

Seit der Landung der ersten Siedler 1652 wurde in jahrzehntelangen Kämpfen die schwarze Bevölkerung immer weiter nach Norden zurückgedrängt oder versklavt. Bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts war das gesamte Territorium des heutigen Südafrika unter der Kontrolle der britischen Kolonialisten und holländischen Buren, wenn auch der Widerstand der einheimischen Bevölkerung nie völlig zerschlagen werden konnte. Die weißen Eroberer hatten das beste Weide- und Ackerland sowie die rohstoffreichen Gebiete (Diamanten, Gold usw.) an sich gerissen und den Afrikanern die schlechtesten Landstücke als "Reservate" zugeteilt. Gleichzeitig war die traditionelle Gesellschaftsstruktur gewaltsam zerschlagen und durch ein koloniales Unterdrückersystem mit weißen Beamten ersetzt worden. Die traditionellen Stammesführer (Chiefs) wurden vollständig der weißen Minderheitsregierung unterstellt, erhielten von ihr ein Gehalt und wurden mit bestimmten Aufgaben, z.B. Steuereintreibung betraut, wodurch die Bevölkerung führerlos gemacht wurde.



Schwarze Sklaven



Szenen vom frühen Diamantenrausch, 1872. Die burischen Siedler und englischen Kolonialisten zwingen die blutig unterworfenen afrikanischen Völker zur barbarischen Sklavenarbeit.

Fortsetzung des Kastens auf S.20

Fortsetzung des Kastens von S.19

Diese Ergebnisse des kolonialen Landraubs wurden 1913 im sogenannten "Native Land Act" gesetzlich verankert, d.h. den 80 % Afrikanern wurden ganze 7 % des Landes als Reservat zugeteilt, während die restlichen 93 % des Landes zum "Weißen Gebiet" erklärt wurden, in dem die Afrikaner zwar arbeiten sollten, aber kein Wohnrecht hatten. Im Jahr 1936 wurde zwar die Fläche der Reservate fast verdoppelt, doch wird bis auf den heutigen Tag den 23 Millionen Schwarzen nur etwa 13 % der Gesamtfläche Südafrikas als "Heimatländer" zugestanden. Um ja nur keinen Flecken "wertvollen" Bodens den Schwarzen zu überlassen, gingen die weißen Rassisten so weit, einzelne Stückchen isolierten Landes zu "Heimatländern" zu erklären. So besteht z.B. das "Heimatland" KwaZulu aus mehr als 60 nicht miteinander verbundenen Einzelterritorien.

Die Z w e c k e, welche die weißen Rassisten mit dieser "Homeland"-Strategie verfolgen, sind klar:

- Das Zusammenpferchen der Schwarzen in Reservaten bedeutet nicht ihre Befreiung von nationaler Unterdrückung, sondern im Gegenteil die Vollendung des kolonialen Landraubs durch die weißen Siedler;
- Die "Homeland"-Politik ist keine Aufhebung, sondern eine Perfektionierung der Rassendiskriminierung;
- Die "Homelands" sind wirtschaftlich als selbständige Einheiten nicht lebensfähig, sie können die dort lebende Bevölkerung nicht ernähren. Das sollen sie auch garnicht, da sie in der Konzeption Pretorias die regelmäßige "Zufuhr" billiger Arbeitskräfte für die Wirtschaft der weißen Rassisten und der ausländischen Imperialisten sichern sollen;
- Der g e m e i n s a m e nationale Befreiungskampf der Schwarzen soll gespalten und zerschlagen werden durch die willkürliche Hervorhebung wirklicher oder angeblicher Stammeszugehörigkeiten und das Schüren von "Stam - meskonflikten" und Fehden im Interesse der weißen Machthaber.

Kurzum, diese "Homelands" sind von den weißen Rassisten geschaffen und stehen auch vollständig unter ihrer wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft und Kontrolle, was durch das willkürliche Wüten der weißen Rassisten und Militaristen auch immer wieder offen zutage tritt. Die Erklärung einzelner "Homelands" zu "unabhängigen" Staaten ist zugleich Fortsetzung und Höhepunkt dieser rassistischen Strategie und Politik. Der reaktionäre Trick besteht dabei darin, daß die Schwarzen dadurch zu "Fremden" in ihrem eigenen Land gemacht werden. ■

Fortsetzung von S.18

vorgesetze der südafrikanischen Rassisten durch den neuen Staat, hat sich der gewaltsame Widerstand der kleinen und Genossenschaftsbauern weiter verstärkt. Mehr als einmal wurden die Häuser von verhaßten Marionetten-Häuptlingen, die für eine derartige "Unabhängigkeit" eintraten, niedergebrannt, ihr Vieh geschlachtet oder aufgeteilt. In der Transkei erreichten diese Kämpfe einen ersten Höhepunkt im Pondoaufstand 1960-61, wo sich die Massenbewegung der landarmen Bauern unter Führung des von ihnen gewählten sogenannten "Bergkomitees" nicht nur gegen die weißen Rassisten, sondern auch direkt gegen ihre schwarzen Marionetten richtete. Diese erste wirkliche Massenbewegung im Pondoland konnte übrigens nie vollständig niedergeschlagen werden. Der "Berg" und andere Untergrundorganisationen kämpfen bis auf den heutigen Tag bewaffnet in der Transkei.

In dieser Situation wurde es Ende der 70er Jahre für den Matanzima-Clan buchstäblich zur Überlebensfrage, ob es ihm gelang, den internationalen politischen und wirtschaftlichen Boykott zu durchbrechen. Überdies sollte die Transkei ja musterhaftes Vorbild für das gesamte südafrikanische rassistische Projekt der "Unabhängigkeit für die Homelands" sein.

● "Österreich hilft" - mit massiver neokolonialistischer Einflußnahme in der Transkei

Es ist eine Tatsache, daß sich Österreich von Anfang an als Vorreiter einer internationalen Aufwertung der Transkei betätigte. Wie schon in vielen anderen Fällen nutzte der österreichische Imperialismus seinen Tarnmantel der "Neutralität", um gegenüber anderen imperialistischen Staaten, die stärker im Licht der Weltöffentlichkeit stehen, Vorteile herauszuschlagen. Bereits zu einem Zeitpunkt, als der österreichische UNO-Delegierte scheinheilig die Resolution über die Nichtanerkennung und den Boykott der Transkei mitunterstützte, waren offenbar österreichische Abgesandte in genau diesem Land unterwegs, um Investitionsprojekte auszuloten. 1978 bereits berichtet eine südafrikanische Zeitung über größere Investitionsvorhaben der österreichischen Steyr-Werke in der Transkei. Kaiser Matanzima bezeichnete Österreich und Taiwan als einzige Länder, die seinem Staat "technische Hilfe gewährten"(vgl. Sauer/Zeschin: Apartheid-Connection, S. 46). Im selben Jahr noch lief im ORF schon die erste Propaganda-Sendung für die Transkei und nur ein Jahr später hatte es die Transkei geschafft, die faktische politische Anerkennung zu erreichen: Österreich stellte in transkeiische Reisepässe Visa aus, also in ein Dokument eines Staates, den es völkerrechtlich eigentlich garnicht gibt. So wurde der "Republik Transkei" von seiten Österreichs massive Starthilfe gewährt und von staatlichen Stellen und Behörden alles unternommen, um die profitablen neokolonialistischen Beziehungen auszubauen und zu vertiefen.

Juli 1978 hatte der "Stellvertretende Staatssekretär für Äußeres" der Transkei Österreich besucht. Im Juni 1979 tauchte auch noch Kaiser Matanzima samt Geheimdienstchef und drei Ministern zu einem "Staatsbesuch" in Österreich auf. Ein weiteres Jahr später, im August 1980, wurde das "Transkei Handels- und Informationsbüro Wien" eröffnet, das ganz offen die Funktionen eines Konsulats der "Republik Transkei" übernahm. Wenn es auch von der österreichischen Regierung aus Verschleierungsgründen formal nicht als diplomatische Vertretung anerkannt wird, so wird es doch von der Transkei als solche bezeichnet. Chef dieses "Büros" ist ein gewisser Amos Somdaka aus der Transkei, während ihm der Österreicher Peter Zimpel tatkräftig zur Seite steht. Letzterer ist nicht zufällig gleichzeitig Prokurist bei den Steyrwerken, womit sich der politisch-wirtschaftliche Kreis österreichischer imperialistischer Machenschaften schließt. Österreichs imperialistisches Monopolkapital ist in der Transkei nämlich hauptsächlich durch die Steyr-Daimler-Puch AG vertreten, die ihrerseits Teil des staatlichen CA-Konzerns ist. Genau diese Steyr-Werke haben für das österreichische Monopolkapital die Vorreiterrolle übernommen.

● Die imperialistischen Machenschaften des österreichischen Monopolkapitals in der Transkei

Schon die ersten Wirtschaftsverbindungen zwischen Österreich und der Transkei wurden vermutlich über Abgesandte des Steyr-Konzerns geknüpft. Diesem weltweit vor allem durch Kürassier-Panzer und andere Waffenlieferungen berüchtigten Konzern ist ein besonderer Fischzug gelungen. 1979, zu einem Zeitpunkt also, als die konkurrierenden Imperialisten noch vorsichtig und versteckt die Lage sondierten, hatten die flinken Emissäre des "neutralen" österreichischen Monopolkapitals unter der Führung von Gerald Zeiser (Steyr AG) bereits einen ersten Liefervertrag über 300 Steyr-Traktoren in der Tasche.

Noch im selben Jahr kamen - ebenfalls auf Vermittlung der Steyr-Agenten - die ersten transkeiischen Studenten nach Österreich, um sich hier an Faschschulen und Universitäten weiterbilden zu lassen, und die staatseigene Holding ÖIAG verhandelte über Beteiligungen am Eisenbahnbau in der Transkei.

Weit wichtiger aber als der Abschluß einzelner "kleiner" Verträge war für den österreichischen Imperialismus der Vorsprung, den er dadurch gegenüber seinen Konkurrenten erzielt hatte. So waren seine Positionen in der Transkei so weit abgesichert, daß er 1980 gegen die immer stärker werdende Konkurrenz seine Vormachtstellung behaupten konnte: Die Steyr-Werke erhielten einen Großauftrag über 8000 Traktoren, die das Kernstück einer reaktionären "Landreform" in der Transkei darstellen.

Das Regime Kaiser Matanzimas war in den knapp vier Jahren der "Unabhängigkeit" unter so starken Druck der verarmten Kleinbauern geraten, daß es beschloß, die Flucht nach vorn anzutreten. Innerhalb weniger Jahre soll die Masse der Kleinbauern, die sich zum Teil in Genossenschaften zusammengeschlossen haben, von ihrem Land vertrieben, und ein System des kapitalistischen Großgrundbesitzes installiert werden, wozu die Traktoren notwendig sind. Der Anfang sollte im Herschel-Distrikt im Nordwesten der Transkei gemacht werden, wo der Widerstandskampf der armen Landbevölkerung am weitesten entwickelt und am stärksten ist.

Dieses "Traktoren-Projekt" hat vor allem zwei Ziele:

• Einerseits soll den Kleinbauern der letzte Rest des Bodens entrissen werden, um Arbeitskräfte für die - nach wie vor von den Weißen dominierte - Industrie der Transkei, die sogenannte "Grenzindustrie" und nicht zuletzt die südafrikanischen Industrie- und Bergbaubetriebe ganz allgemein zur Verfügung zu haben. Denn ohne die Einkünfte der Pendler und "Wanderarbeiter" wäre dieser künstliche Staat finanziell überhaupt nicht lebensfähig.

• Andererseits soll mit der neuen Klasse der Großbauern und Großgrundbesitzer eine stärkere politisch-ökonomische Basis für die wackelige Herrschaft der Lakaien Südafrikas geschaffen werden.

Um dieses Projekt finanzieren zu können, hat die Regierung erst einmal eine Sondersteuer von 60 Rand beschlossen, um die Lieferungen der Steyr-Werke überhaupt bezahlen zu können. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt derzeit bei etwa 250 Rand (vgl. Broschüre "Südafrika heute", hrgg. von der Weltmission, S.27). Erst werden sie ruiniert und wird ihnen das Land weggenommen, dann sollen sie auch noch für das gegen sie gerichtete "Traktoren-Projekt" zahlen, dessen "Nutzen" einer Handvoll korrumpierter Elemente und ihrer Hintermänner in Österreich zugute kommt ! Um zu verhindern, daß die betroffene Bevölkerung gegen diesen Angriff auf ihre minimalsten Lebensbedingungen zum traditionellen Kampfmittel des Steuerboykotts greift, wurde die Vergabe von Arbeitsgenehmigungen an die Bezahlung dieser "Steyr-Steuer" gekoppelt: Wer nicht für die österreichischen Traktoren bezahlen kann oder will - egal ob er überhaupt Land besitzt oder nicht - soll verhungern !

Und so werden seit 4 Jahren im Steyr-Montagewerk von Ezibeleni jährlich 500 Traktoren zusammengebaut, im Herschel-Distrikt werden riesige beschlagnahmte Ländereien mit Steyr-Traktoren umgepflügt und für das österreichische Monopolkapital steigen die Profite.

Allein schon dieses Beispiel zeigt, daß die österreichischen Imperialisten den geknechteten Völkern Südafrikas als geschworene Feinde ihrer nationalen und sozialen Befreiung gegenüberstehen, die österreichischen Imperialisten nicht nur von der Existenz des südafrikanischen Rassistenregimes profitieren, sondern sogar auch eine führende Rolle bei der Versklavung und Ausplünderung der Völker Südafrikas übernehmen.

ÖSTERREICHISCHE WAFFEN AN DAS SÜDAFRIKANISCHE RASSISTEN-REGIME

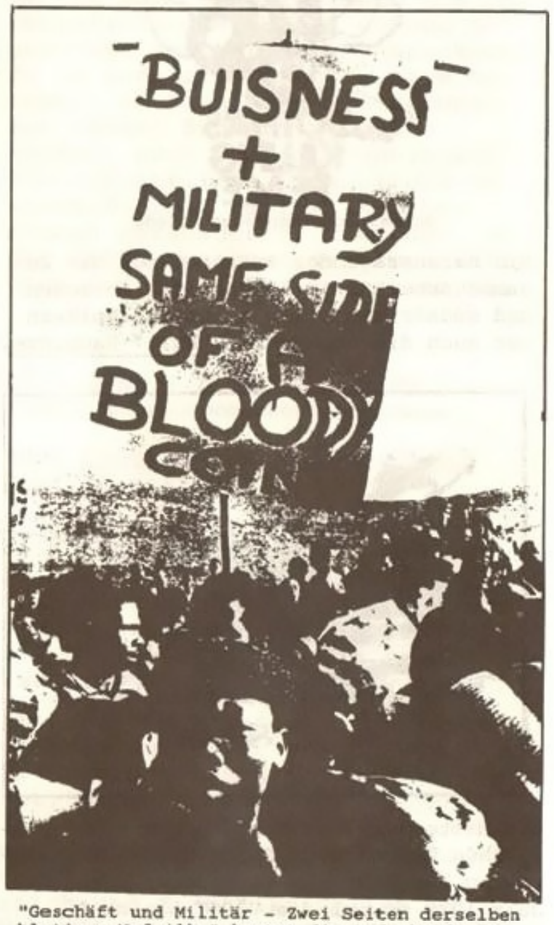
IM INTERESSE DES ÖSTERREICHISCHEN MONOPOLKAPITALS

Die österreichischen Imperialisten, erschrocken über das Anwachsen der Massenkämpfe in Südafrika, fürchten um die Erhaltung ihres dortigen Ausbeuterparadieses. Die österreichischen Waffenlieferungen an Südafrika zielen daher nicht nur auf unmittelbaren Profit, sondern dienen auch dazu, den Unterdrückungsapparat der südafrikanischen Rassisten und Militaristen mit Waffen und Militärausrüstung zu versorgen, abzusichern und zu stärken. Die Völker Südafrikas sollen gerade auch im Interesse des österreichischen Finanzkapitals mit eiserner Faust niedergehalten werden.

Die Vertreter des österreichischen Imperialismus haben zwar in der UNO dem Waffenembargo zugestimmt, brüsten sich mit ihrem strengen "Kriegswaffenexportgesetz", und trotzdem liefern sie laufend Kriegsgerät nach Südafrika ! Auch dieses zynische Doppelzünglertum, diese unverschämte Verlogenheit ist ein typisches Kennzeichen imperialistischer Politik.

Die militärische Kollaboration mit Südafrika ist weitreichend und vielfältig. Zum Beispiel liefern österreichische Unternehmen von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ständig Lizenzen aus der Nukleartechnik und Elektronik an die Rassisten.

Ein typisches Beispiel für militärischen "Technologie-Transfer" ist der Spezialreifen der burgenländischen Firma "Polyair". Für ihre Überfälle auf Angola und die Aufrechterhaltung ihrer Besetzung Namibias benötigten die südafrikanischen Rassisten dringend Spezialreifen für ihren Schützenpanzer RATEL. Österreich sprang freudig in die Bresche und verkaufte Lizenzen über Plastikreifen, die nicht nur schnell, geländegängig, schußsicher und ohne Luft verwendbar, sondern auch napalm- und feuerfest sind. Letztere Eigenschaft ist besonders wichtig, da die Rassistenarmee ihre Aggressionen ge-



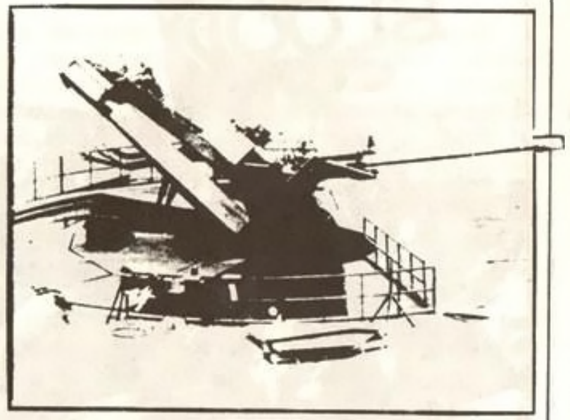
"Geschäft und Militär - Zwei Seiten derselben blutigen Medaille" lautet die Aufschrift dieser auf einer Protestkundgebung in Südafrika mitgeführten Tafel.

gen Angola und die namibische Befreiungsbewegung oft mit Napalm-Flächenbombardements begleitet.



Bothas todbringender Friede

Ein herausragendes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen österreichischen und südafrikanischen Militärtechnikern ist auch die sogenannte "Bull"-Haubitze,



die Mitte der 7oer Jahre vom nordamerikanischen Waffenmulti Space Research Corporation als Prototyp entwickelt wurde. Im Jahr 1979 erwarb die VÖEST-Alpine AG die Lizenz für diese 155 mm-Kanone, die mit entsprechender Spezialmunition eine Reichweite von 4o km umd mehr hat. Bald darauf begannen die österreichischen Rüstungsspezialisten mit der Produktion, wobei sie sich einen Dreck darum scherten, daß im Staatsvertrag Geschütze mit über 3o km Reichweite verboten sind. Den Vertrieb dieser Kriegswaffe mit der österreichischen Bezeichnung GHN-45 übernahm die VÖEST-Tochter Noricum, während die ebenfalls verstaatlichte Hirtenberger Patronenfabrik die zugehörige ERFB-Munition erzeugt. Groß war allerdings die Überraschung, als Österreich Anfang der 8oer Jahre nicht allein mit dieser neuen "Superwaffe" auf den Markt kam. Praktisch gleichzeitig tauchte der in Südafrika unter tatkräftiger österreichischer Mithilfe hergestellte eineiige Zwilling mit der Bezeichnung G-6 auf. Es war bis ins Detail hinein die VOEST-Kanone, nur der Name war - wie bei Zwillingen üblich - anders. Österreich und Südafrika haben in bezug auf die in ihrer Art als "beste Kanone der Welt" gepriesene "Bull"-Haubitze faktisch ein Kartell gebildet und den Weltmarkt für diese Waffe unter sich aufgeteilt. Zwischen Österreich und Südafrika gibt es "kein Konkurrenzgeschrei und keinen Brotneid. Warum? Weil zwischen den beiden Staaten eine Marketing-Abgrenzung vereinbart wurde". (Profil 4/85, S.39).

Insgesamt hat Österreich nach unvollständigen Angaben zwischen 1975 und 1983 Kriegsmaterial im Mindestumfang von über 1oo Millionen Schilling geliefert (Apartheid-Connection, S. 146). Dabei ist zu berücksichtigen, daß den österreichischen Waffenhändlern kein Trick zu mies, kein Betrug zu schäbig ist, um ins Geschäft zu kommen. So flog z.B. rein zufällig im Juni 1983 eine Lieferung von 45o Pistolen, Gewehren und Waffenteilen in Kopenhagen auf, die auf diesem Umweg nach Südafrika gelangen sollten. Die Waffen wurden nach Österreich zurückgeschickt und gelangten von hier über Israel doch noch nach Südafrika (vgl.Waffenembargo-Dokumentation der AAB Wien, S. 8). Andere österreichische Waffen- und Munitionslieferungen in den vergangenen Jahren waren als "Glasflaschen", "kaltgewalzte Rohre" usw. nach Südafrika unterwegs. Zuletzt ist der Export von Schußwaffen im 'ersten Vierteljahr 1985' bekannt geworden, die in der Außenhandelsstatistik unauffällig als "sonstige Jagdgewehre aller Art" deklariert sind (siehe Österreichische Außenhandelsstatistik, Quartal 1985, Serie 1 A, S.306).

Ungeachtet dieser erdrückenden Tatsachen schwatzt die österreichische Regierung weiterhin fleißig von "Einhaltung des Waffenembargos" und brüstet sich vor internationalen Foren und der österreichischen Bevölkerung salbungsvoll als Gegner der Apartheid.

WARUM UND INWIEFERN SPRECHEN SICH DIE ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISTEN "GEGEN DIE APARTHEID" IN SÜDAFRIKA AUS ?

Die österreichischen Imperialisten profitieren wirklich "hervorragend" vom Bestehen des südafrikanischen Rassisten-Regimes. Sie mästen sich am Blut und am Schweiß der geknechteten Völker Südafrikas.

Wie ist es dann zu verstehen, daß sich politische Vertreter der in Österreich bestehenden Ausbeuterordnung bisweilen auch "gegen Apartheid" wenden ? Ein richtiges Verständnis dieser Frage ist sehr wichtig, denn die Imperialisten betreiben gerade angesichts der heftigen Massenkämpfe in Südafrika nicht wenige Manöver, um nicht nur die schwarzen Völker Südafrikas selbst, sondern auch die internationale fortschrittliche Öffentlichkeit irrezuführen. Mehrere Aspekte müssen herausgestellt werden, um die Betrugsmanöver der Imperialisten und Rassisten zu entlarven.

I N W O R T E N "GEGEN APARTHEID" - I N T A T E N DAFÜR !

Anläßlich von Bothas "Besuch" in Wien im Juni 1984 lautete eine Schlagzeile in der bürgerlichen Presse:

> "Botha zufrieden mit 'gutem Empfang' -
>
> Sinowatz tadelt Apartheidregime Südafrikas."
> ("Die Presse", 9.6.1984)

Wie das ? Wie kann Botha "zufrieden" sein mit dem "guten Empfang", wenn Sinowatz, wie es heißt, das Apartheidregime Südafrikas "tadelt", ja wenn sich angeblich sogar "Sinowatz scharf gegen Apartheid" ("AZ", 9.6.1984) ausgesprochen habe und diesen Standpunkt gegenüber Botha "in sehr entschiedener Form" (ebenda) dargelegt habe ?

Die unmittelbare Erklärung dafür liegt in der sozusagen "berufsmäßigen" Verlogenheit von Sinowatz als Repräsentant der österreichischen Monopolbourgeoisie. So wie in der Innenpolitik, so gehört auch in der Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung Lüge und Betrug zum fixen Instrumentarium.

W o r t e gibt es "gegen Apartheid", um die Fassade zu wahren. Ein Beispiel für diese Methodik: "Sinowatz hatte dem Amtskollegen den Handschlag verweigert, s o - l a n g e Photographen dabei waren." ("Die Presse", 28.6.84).

Ein anderes Beispiel: Aus Image-Gründen wurde der Besuch von Botha als "streng privat" bezeichnet, als nichtoffizieller "Höflichkeitsbesuch", wie er im Rahmen der "korrekten" diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Südafrika üblich sei. Man nehme bloß die Gelegenheit wahr, um beim Gespräch Österreichs "entschiedene Ablehnung" der Apartheid zu deponieren.

Worum es bei den "Geheimgesprächen" i n d e r T a t ging, macht zumindest teilweise die folgende Zeitungsnotiz sichtbar: "Besprach die südafrikanische Delegation mit Sinowatz und Lanc nur die Lage in und um Südafrika, so kamen bei dem Treffen mit

Handelsminister Steger und Bundeskammerpräsident Rudolf Sallinger auch Wirtschaftsthemen zur Sprache. Hierbei wurden auch konkrete Lieferwünsche österreichischer Firmen präsentiert." ("Die Presse", 9.6.1984).

Und nicht nur das. Schon vor Bothas "Besuch" in Wien kündigten bürgerliche Medien an: "Steger plant Handelsmission ins südliche Afrika. Angesichts des Friedensprozesses (!!) zwischen Südafrika und den Nachbarstaaten will Vizekanzler Steger die Handelskontakte mit dem südafrikanischen Raum ausbauen: Ende dieses oder Anfang des kommenden Jahres wird er eine große Handelsmission in diesem Raum führen, der auch österreichische Firmen angehören werden. Neben Südafrika werden auch die Nachbarstaaten besucht." ("Die Presse", 19.5.1984).*

Angesichts der "Unruhen" und der internationalen Proteste gegen Südafrika hat es der Tross österreichischer Kapitalisten, angeführt von Vizekanzler Steger, für ratsam befunden, vorläufig von dieser Reise abzusehen, die leicht ein kräftiger Tritt ins Fettnäpfchen hätte werden können. Allerdings können sie ihre profitablen Geschäfte mit den südafrikanischen Rassisten auch ohne derartige spektakuläre Schritte abwickeln und sogar intensivieren, wie die Daten der österreichischen Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika im letzten Jahr zeigen.

"MARKETING-IRRTUM" - APARTHEID "VERGESSEN"

Die Textilfirma K. aus Wien hatte sich mit tragbaren modischen Damenbadeanzügen einen schönen Exportanteil am südafrikanischen Markt erobert. Eine großangelegte Werbekampagne mit Inseraten in Illustrierten und Postern für die Boutiquen sollte nun diesen Erfolg noch vergrößern. Ein junges, blondes, wohlgeformtes Mädchen, angetan mit dem Topmodell der Kollektion, posierte mit einem Drink in der Hand vor einem Strandkorb, ihm zur Seite eine ebenso attraktive farbige Schönheit in einem leuchtend roten Einteiler – weil schließlich die farbige Bevölkerung einen nicht unerheblichen Anteil der Kundschaft stellte.

Dazu der Slogan „Die zwei Schönsten von K."

In Wien war man begeistert, der Fotograf erntete ein Extralob und die Erwartungen des Marketings waren hochgeschraubt. Es war alles genau geplant und überdacht worden. Nur – auf die Apartheid hatte man vergessen! Mit diesem Motiv hatte man gegen ein Tabu verstoßen. Weiße und Farbige gemeinsam am selben Strand – undenkbar. Undenkbar auch, das Produkt einer Firma zu kaufen, die dieses Tabu verletzte. Was blieb der geschockten Firma anderes übrig, als die Werbung blitzartig zurückzuziehen. Die Poster hatten erst gar keine Abnehmer gefunden. Es bedurfte einiger Mühe des südafrikanischen Vertriebes, die Scharte wieder auszuwetzen, und man war dort mit Recht sauer, daß ihnen das Motiv nicht vorher zur Stellungnahme vorgelegt worden war. Einziger Trost: Das wunderschöne Motiv konnte mit einigem Erfolg in anderen Ländern eingesetzt werden.

Einmal mehr zeigt sich hier, daß die lokalen Gegebenheiten stärkste Beachtung verdienen. Ganz besonders bei der Werbegestaltung. Denn das war ganz eindeutig ein Mißton.

Aus: "Exportwerbung", S. 47

* Interessanterweise weist auch Kreici, Sprachrohr der österreichischen Kapitalisten, auf die Verlogenheit der Sinowatz und Co. hin, die sich "gegen Apartheid" aussprachen: "Im gleichen Atemzug aber... nützt man die Anwesenheit des sehr ungastlich behandelten Gastes, um über die Ausweitung des Handels zu sprechen. Welch letzteres durchaus richtig und in Ordnung ist. Ein Musterbeispiel an Verlogenheit !" ("Die Industrie", 20.6.1984). Klar, Krejci will die "Verlogenheit" beseitigen, indem sich die österreichische Bundesregierung klar und offen zur Kollaboration mit dem südafrikanischen Rassisten-Regime bekennen und den ganzen "Menschenrechtsplunder" ("Menschenrechte, immer wieder Menschenrechte") weglassen soll.

Krejci gibt damit offenherzig einen gewissen Einblick, welche Unterdrückungsmaßnahmen die österreichischen Kapitalisten für durchaus vertretbar, richtig und angemessen halten, um die ausgebeuteten Massen in ihrer Botmäßigkeit zu halten - heute in Südafrika, morgen auch in Österreich. Dagegen sind Demagogen wie Sinowatz und Lanc eindeutig die vorsichtigeren Politiker. Allerdings bezieht sich der Widerspruch zwischen Krejci und etwa Sinowatz im Grunde nur auf Äußerlichkeiten bei der Durchführung ein und derselben Politik. Erregt sich Krejci darüber, daß beim Botha-Besuch "die primitivsten Regeln des Anstandes, vom internationalen Protokoll ganz abgesehen, verletzt wurden", so hat Botha selbst ganz klar begriffen, worauf es wesentlich ankommt, indem er etwa die Verweigerung eines Handschlags von Seiten Sinowatz' vor Pressephotographen oder die Verweigerung einer Sitzgelegenheit beim Empfang durch Kohl in Bonn als nebensächliche "kleine Details" abtat, die "nur kleine Geister" verletzen würden (vgl. "Die Presse", 28.6.1985).

"DRUCK" AUF DAS SÜDAFRIKANISCHE RASSISTEN-REGIME IN RICHTUNG EINER "MODERNISIERUNG" - D.H. PERFEKTIONIERUNG - DER UNTERDRÜCKUNGSFORMEN DER AUSGEBEUTETEN SCHWARZEN VÖLKER SÜDAFRIKAS IM INTERESSE DER ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISTEN !

Der innigste Wunsch des österreichischen Finanzkapitals ist es, daß ihr Ausbeutungsparadies in Südafrika erhalten bleibt. Ihnen geht es tatsächlich darum, daß die Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Massen dort, besonders der versklavten schwarzen Völker, möglichst reibungslos und effektiv gewährleistet ist.

Gerade auch von ihrer imperialistischen Warte aus sind die Sachwalter des österreichischen Monopolkapitals mit dem Apartheid-Regime in Südafrika in seiner heutigen Form in gewisser Weise "unzufrieden". Außenminister Gratz etwa sprach sich im Frühjahr 1985 aus für "internationalen Druck o h n e Handelsboykott" ("Kronenzeitung", 30.3. 1985). Mit diesem "Druck" sollen vor allem zwei Dinge erreicht werden:

Erstens soll die bisherige starre "Apartheidpolitik" in der Richtung "geöffnet" und "flexibel" gemacht werden, daß den Erfordernissen der "modernen Industriewelt" genügend Rechnung getragen werde.

Dahinter stehen selbstverständlich keine humanitären Motive, vielmehr die "nüchterne" Einsicht des Monopolkapitals, daß sich die bisherige starre "Apartheidpolitik" zusehens als Hemmnis für den "Wirtschaftsprozeß" der hochindustrialisierten Sektoren Südafrikas erweist. So sind gewisse Schranken des heutigen Apartheid-Systems in Südafrika zunehmend ein Hindernis für die Deckung der Nachfrage der Kapitalisten nach qualifizierten Arbeitskräften.* Hier treffen sich übrigens die Interessen der ausländischen Monopolkapitalisten mit denen der südafrikanischen Kapitalisten, besonders den Industrieherren des verarbeitenden Sektors.

Zweitens. Wenn sich die "Menschenrecht"-Pharisäer bisweilen gegen das Apartheid-Regime in Südafrika aussprechen und sogar "Druck" dagegen machen wollen, dann hat das auch noch einen anderen, noch wesentlicheren Grund: Sie fürchten, daß eine solch "überholte" und sonst nirgends mehr auf der Welt bestehende Form menschlicher Erniedrigung, wie sie das Apartheidregime darstellt, auf die Dauer nicht geeignet ist, die unterjochten schwarzen Völker Südafrikas niederzuhalten. Ihrer Meinung nach dienen "differenziertere" Herrschaftsmethoden, darunter die "Modernisierung" des Apartheid-Regimes, auf längere Sicht besser der "gemeinsamen Sache" der österreichischen Imperialisten und der südafrikanischen weißen herrschenden Minderheit. Mehr noch, sie befürchten, daß gerade das unnachgiebige und starre Festhalten an diesem "überkomme-

* Ähnliches gilt übrigens auch für die "unabhängigen" schwarzen Marionetten-"Staaten" in Südafrika, in denen die Grundfaktoren der rassistischen Diskriminierung weiterbestehen und die Abhängigkeit vom weißen Apartheid-Regime in Südafrika weiterbesteht. Als 1976 die bis dahin größte österreichische "Wirtschaftsmission" die Industrieaufschließungszone Babelegi im "unabhängigen" Bophutatswana, damals eines der "Glanzstücke" der wirtschaftlichen "Dezentralisierungspolitik" Südafrikas, besuchte, lehnte sie es ab, konkrete Investitionen zu tätigen. Es mangelte an der nötigen Infrastruktur und an entsprechend qualifizierten "Arbeitskräften" (vgl. "Die Apartheid-Connection", S.121).

nen" Regime nur "das Schlimmste" heraufbeschwört. So fürchtet etwa der "grüne" ÖVP-"Ideologe" und Vize-Bürgermeister von Wien Busek: "Die westliche Welt soll sich nämlich genau überlegen, was dort vor sich geht, daß dort nämlich ein revolutionärer, kommunistischer Umsturzprozeß droht, wenn die Regierung nicht ihre gegenwärtige Haltung ändert, die unter den Schwarzen zur Radikalisierung führt. Die Regierung provoziert also genau jene Gefahr, vor der sie ständig warnt" ("Kronenzeitung", 30.3.1985).

Welch traute Einigkeit zwischen SPÖ- und ÖVP-Politikern ! Wenn es um die Rettung ihrer Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Einflußsphären geht, da rücken sie zusammen, stellen ihre "Zwistigkeiten" hintan und zeigen, daß sie völlig auf einer Linie liegen: Sie appellieren an die südafrikanischen Rassisten, "um Gottes Willen" den Ernst der Lage zu begreifen, von der "starren" Haltung abzugehen und wenigstens irgendwelche Verhandlungen mit den Führern der schwarzen Mehrheit zu veranstalten - den "gemäßigten" Führern, versteht sich. So fordert Sinowatz, daß "zur Vermeidung gewaltsamer Auseinandersetzungen und zur Einleitung eines friedlichen Evolutionsprozesses ein Dialog mit repräsentativen Führern der schwarzen Bevölkerung Südafrikas aufgenommen werden soll ("Wiener Zeitung", 9.6.1984). Ins selbe Horn stößt auch ÖVP-Busek, der angesichts der militanten Massenkämpfe in Südafrika dringend empfiehlt: "Hinfahren und reden, um Kurs zu stoppen, der Schwarze radikalisiert" ("Kronenzeitung", 30.3.1985).

In der selben Richtung argumentiert auch der südafrikanische weiße Industriellenverband, der die Verhängung des Ausnahmezustands kritisierte, da "Sicherheitsmaßnahmen a l l e i n" den Konflikt nicht lösen könnten, "wirkliche Verhandlungen" seien "der Schlüssel zur Rückkehr Südafrikas zu geordneten Verhältnissen" ("Frankfurter Rundschau", 22.7.1985).

Eben darin besteht auch ihrer aller gemeinsames "Anliegen": "Rückkehr zu geordneten Verhältnissen", d.h. zur Friedhofsruhe ihrer Ausbeuterordnung.

DIE KONTERREVOLUTIONÄRE DOPPELTAKTIK DER ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISTEN ENTLARVEN !

Nur scheinbar im Widerspruch zur aktiven Unterstützung und Beschönigung des südafrikanischen Rassisten-Regime steht, daß die Sachwalter des österreichischen Finanzkapitals sich zugleich auch als "Freunde der Befreiungsbewegungen" im südlichen Afrika aufspielen, Kontakte zu Oppositionsparteien und Organisationen knüpfen und pflegen, die gegen das gegenwärtige Apartheid-Regime kämpfen.

Diese scheinbar höchst "zwiespältige" Haltung wird tatsächlich ebenfalls von den imperialistischen Profitinteressen des österreichischen Finanzkapitals diktiert. Und das in zweierlei Weise: Erstens geht es auch bei diesen Kontakten darum, einer revolutionären Entwicklung mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Zweitens aber wollen die österreichischen Imperialisten zugleich angesichts der "unsicheren Lage" in Südafrika und in Namibia jedenfalls zwei Eisen im Feuer halten, um unter a l l e n Umständen ihre Einflußsphären für Kapitalexport, Absatzmärkte und Rohstoffgewinnung sichern und erhalten zu können. Selbstverständlich unterstützen sie zu diesem Zweck von vornherein keine wirklich revolutionären Befreiungsorganisationen, sondern "besonnene Führer", deren Ziele nicht über den für die österreichischen Imperialisten annehmbaren Rahmen hinausgehen und sich "perspektivisch" vor den schmutzigen Karren des österreichischen Finanzkapitals spannen lassen.

Schon heute gehen die österreichischen Imperialisten - vorausschauend - in gewissem Maß "auf Distanz zum Apartheidstaat" ("Die Presse", 28.1.1985). Der Sekretär für Internationale Beziehungen, der "SfiB" der SPÖ, Jankowitsch, der zugleich den Vorsitz der SPÖ-Arbeitsgemeinschaft "Österreich-Dritte Welt" hat, appellierte in diesem Sinne an die Bundesregierung, "das Netz der zwischen Österreich und Südafrika bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen zu überprüfen" (31.7.1985). Auch der "AZ"-Redakteur Pelinka warnt: "Österreich ist überdurchschnittlich engagiert. Es gibt bei uns viel zuwenig Opposition, und jetzt schlittern wir in eine Position, die politisch wie wirtschaftlich äußerst u n k l u g ist." ("Wochenpresse" Nr.32/1985, S.29).

Das hat überhaupt nichts mit irgendwelchen als "fortschrittlich" zu bewertenden und zu begrüßenden "Einsichten" zu tun. Das ist die diabolische Doppeltaktik der österreichischen Imperialisten, deren b e i d e Seiten sich g e g e n den revolutionären Befreiungskampf der unterjochten schwarzen Völker im südlichen Afrika und überall auf der Welt richten !

DEN ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISTEN GUTE "RATSCHLÄGE" FÜR EINE "KLÜGERE" POLITIK ERTEILEN ODER UNVERSÖHNLICHEN ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF FÜHREN ?

Es gibt Leute, die sich möglicherweise selbst sehr fortschrittlich vorkommen, welche das österreichische Monopolkapital davon zu überzeugen suchen, daß es doch viel "klüger" sei, sich von dem "überdurchschnittlich" starken Engagement in Südafrika zurückzuziehen. Solche Ratschläge werden dem österreichischen Finanzkapital in dem Buch "Die Apartheid Connection" erteilt.*

Der österreichischen Bourgeoisie wird dort vorgerechnet, daß die neokolonial vom Imperialismus bzw. vom russischen Sozialimperialismus abhängigen Staaten Tansania, Sambia, Botswana, Angola und Mocambique sowie Zimbabwe, Lesotho, Swasiland und Malawi, die in der "Southern African Development Coordination Conference (SADCC)" zusammengeschlossen sind, "über ein Südafrika überlegenes, aber noch weitgehend unerschlossenes Potential an mineralischen Rohstoffen und Erdöl" verfügen (S.66), weshalb man mehr auf dieses Pferd setzen sollte.

Wörtlich ist in diesem von Mitarbeitern der "Anti-Apartheid-Bewegung" Österreichs verfaßten Buch zu lesen:

> "Die österreichische Wirtschaft wäre gut beraten, die ideolo-

* In dem Buch "Die Apartheid Connection" wird eine ganze Menge von Daten und Fakten über die Unterstützung des südafrikanischen Rassisten-Regimes durch die österreichischen Imperialisten zusammengetragen, was von den Marxisten-Leninisten für die eigene Agitation und Propaganda verwendet werden kann. Doch gilt hier analog, was Lenin über die "gelehrten Kommis der Kapitalistenklasse" sagte: Man muß sich die von ihnen zutage geförderten Materialien anzueignen und zu verarbeiten verstehen und zugleich "v e r s t e h e n, die reaktionäre Tendenz derselben zu verwerfen, der e i g e n e n Linie zu folgen und d i e g a n z e L i n i e der uns feindlichen Kräfte und Klassen zu bekämpfen." (Lenin, "Materialismus und Empiriokritizismus", LW 14, S.347, Sperrungen im Original, 1908)

gische Brille abzulegen und die Entwicklung im Südlichen Afrika einmal nach rein ökonomischen Gesichtspunkten zu analysieren. Sie wäre dann vielleicht eher in der Lage, das Krachen im Gebälk des Apartheidstaates wahrzunehmen und das zu erkennen, was die unabhängigen schwarzafrikanischen Staaten der Region zu bieten haben." (S.68)

Tatsächlich gibt es keine über den Klassen stehenden "rein ökonomischen Gesichtspunkte". Für das österreichische Finanzkapital zählt ökonomisch nur der Profit. Deshalb bedeuten diese "Ratschläge" in der Tat, dem österreichischen Imperialismus vorzurechnen, wo und wie er am erfolgreichsten die Völker ausbeuten kann.

Die Verfasser des Buches gehen stillschweigend von der die Realität beschönigenden und vertuschenden Annahme aus, daß es einen österreichischen Imperialismus eigentlich gar nicht gebe, daß die imperialistische Bourgeoisie Österreichs "eigentlich" eine "fortschrittliche" Rolle spielen müsse und es lediglich gelte, entsprechenden "Druck" auszuüben, damit sie diese Rolle auch tatsächlich konsequent einnimmt.

Grundlegend begrüßen und unterstützen diese Leute folglich auch die Expansion des österreichischen Imperialismus:

"Wäre die Republik Südafrika ein Staat wie jeder andere auch, würde die Analyse der österreichisch-südafrikanischen Handelsbeziehungen ein Gefühl der Beruhigung (!) rechtfertigen. So haben sich im Zeitraum 1962 bis 1972 die Exporte und die Importe mehr als verdreifacht." (S.55)

Nein, niemals können es wirkliche Antiimperialisten "beruhigend" finden, wenn ihr "eigener" Imperialismus Neokolonialismus betreibt, die Ausbeutung anderer Völker verstärkt, egal wo und egal in welchen Formen. Die versklavten schwarzen Völker Südafrikas kämpfen nicht gegen das rassistische Regime mit dem Ziel, sich auf "normale" Weise imperialistisch ausplündern und knechten zu lassen. Eben das wird auch in einem in Südafrika anläßlich des Besuchs des amerikanischen "demokratischen" Senators Kennedy verteilten Flugblatt klipp und klar festgestellt:

"Die Imperialisten und ihre Verbündeten machen sich nun Sorgen, daß die ausgebeuteten Arbeiter Südafrikas ihr böses kapitalistisches System durchschauen. Senator Kennedy versucht, die Unterdrückten zu überzeugen, daß das 'freie' Unternehmertum des Kapitalismus gut für sie ist. Wir lehnen die Stärkung des Imperialismus in Südafrika ebenso ab, wie wir das Apartheidsystem ablehnen. Wir verwehren uns gegen alle Kennedys, Jesse Jacksons, Andersons und ALLE anderen imperialistischen Agenten und Einrichtungen, die sich als Freunde unseres Volkes ausgeben." (Zitiert nach "Falter" 6/85, S.9)

Es ist erstrangige Aufgabe der österreichischen Antiimperialisten und Revolutionäre, die österreichischen Imperialisten als geschworene Feinde der um ihre nationale und soziale Befreiung ringenden Völker zu bekämpfen und sämtliche ihrer imperialistischen Machenschaften aufzudecken, anzuprangern und anzugreifen, nicht aber mitzuhelfen, die Völker in die imperialistische Falle zu locken.

GEGEN DIE MANÖVER DER ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISTEN UND SÜDAFRIKANISCHEN RASSISTEN - FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG DER ANTIRASSISTISCHEN, AGRARREVOLUTIONÄREN UND ANTIIMPERIALISTISCHEN REVOLUTION IN SÜDAFRIKA

Was soll die Perspektive des Kampfes der schwarzen Völker Südafrikas sein und was bedeutet eine wirkliche Unterstützung ihres Kampfes ?

Die Ideologen des österreichischen Monopolkapitals zerbrechen sich heute schon den Kopf, wie es möglich sein wird, ihre imperialistischen Interessen über den "Tag X" hinaus in Südafrika zu bewahren oder sogar zu verstärken. So heißt es in der "AZ" der Regierungs-"Sozialisten": "Wie und wann das Apartheidregime stürzen wird, ist noch nicht klar. Aber es ist Zeit, jetzt schon die Frage nach dem Danach zu stellen." (14.8.1985)

Die "Frage danach" ist für das österreichische Finanzkapital die Frage, wie es "danach" die südafrikanischen Völker weiter wird aussaugen können. Es ist klar, daß die südafrikanischen weißen Machthaber notfalls auf die Apartheid auch weitgehend oder zumindest "formal" verzichten können, um ihr Ausbeuterparadies zu retten. Schon jetzt befürworten die Imperialisten das Manöver einer sogenannten "Machtteilung ohne Machtverlust" bzw. "Machtteilung ohne weiße Entmachtung", was eine Zeitschrift des Schweizer Monopolkapitals, das in Südafrika enorme "Interessen" hat, wie folgt charakterisiert: "Verwischung der Homeland-Strukturen, südafrikanische Staatsbürgerschaft für alle Schwarzen; konsequenter Abbau der gesetzlichen Rassentrennung und Aufbau lokaler, regionaler, sogar multirassischer Selbstverwaltungskörperschaften unter breitester Beteiligung aller, auch der heute noch gebannten schwarzen Organisationen und Führer, eine neue föderative oder konföderative Verfassung, die den Schwarzen vollintegrierte Mitsprache auf höchster zentralstaatlicher Ebene und den Weißen Minderheits- und Machtschutz garantiert". ("Weltwoche" Nr.34, 22.8.1985)

Der Kern dieses "Wandels" ist eben der "Machtschutz", das unbedingte Festhalten an den grundlegenden Ausbeutungsprivilegien der heutigen weißen Machthaber, um den Preis einer sogenannten "Integrierung" der Schwarzen. Für eine solche "Reform" macht sich auch der Zulu-Führer Buthelezi stark, der getreu der Forderung Bothas jegliche Gewaltanwendung der unterdrückten Schwarzen ablehnt und jedem Schwarzen statt gewaltsamem Widerstand und bewaffnetem Kampf empfiehlt: "Er soll sich auf seine Erziehung und Ausbildung konzentrieren" ! (Interview Buthelezis in der "Weltwoche" Nr.33/85, 15.8.1985). Würde Botha "grundlegende Reformen sowie ein entschlossenes Abrücken von der Apartheid" einleiten, "auch Schwarze wie ich würden sich voll hinter ihn stellen" !! (Ebenda). Das bedeutet, daß derartige "Reformen" gerade auch darauf abzielen, eine kleine Minderheit schwarzer Kräfte zur "Mitsprache" heranzuziehen, um die Mehrheit um so fester unterdrücken zu können.

Für die südafrikanischen weißen Machthaber und die Imperialisten ist nicht entscheidend, in welcher F o r m sie ihre Interes-

sen durchsetzen, sondern die Bewahrung und Festigung ihrer politischen Macht und ihrer ökonomischen Grundinteressen unter allen Umständen. Dafür sind sie unter dem Druck der Massenbewegung der Unterdrückten gegebenenfalls auch bereit, "Zugeständnisse" und "Reformen" in nicht entscheidenden Fragen zu machen. Sie sind bereit, sich den Pelz waschen zu lassen, falls garantiert ist, daß sie dabei nicht naß werden. Niemals aber sind sie bereit, "friedlich" auf ihre grundlegenden Ausbeuterprivilegien zu verzichten.

Stalin über

REFORM UND REVOLUTION

Infolge des Drucks von unten, des Drucks der Massen mag die Bourgeoisie gelegentlich unter Beibehaltung des bestehenden sozial-ökonomischen Systems bestimmte Teilreformen zugestehen. Wenn sie so handelt, kalkuliert sie, daß diese Zugeständnisse nötig sind, um ihre Klassenherrschaft zu erhalten. Das ist das Wesen der Reform. Revolution meint dagegen die Übertragung der Macht von einer Klasse auf eine andere. Deshalb auch ist es unmöglich, eine Reform als Revolution zu bezeichnen. Deshalb haben wir keinen Wandel des Gesellschaftssystems zu erwarten, der sich als unmerklicher Übergang von einem in ein anderes System auf dem Wege der Reform, durch Zugeständnisse der herrschenden Klasse vollzöge.

Stalin-Werke Bd.14, S.22

Die reichen Erfahrungen der weltweiten kommunistischen und Arbeiterbewegung, verallgemeinert in den Lehren des Marxismus-Leninismus, den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, haben gezeigt und bewiesen, daß es nur einen e i n z i g e n Weg gibt, die von einem kolonialistischen und rassistischen weißen Siedlerregime beherrschten Völker von Südafrika und Namibia von der Ausbeutung und Unterdrückung durch den Weltimperialismus wirklich zu befreien und der faschistisch-rassistischen Herrschaft der weißen Machthaber Südafrikas ein Ende zu bereiten:

DEN WEG DER ANTIRASSISTISCHEN, AGRARREVOLUTIONÄREN UND ANTIIMPERIALISTISCHEN BEWAFFNETEN VOLKSREVOLUTION UNTER FÜHRUNG DES PROLETARIATS UND SEINER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI !

- Nur auf dem Weg der konsequenten Beseitigung jeglichen rassistischen Systems;
- nur auf dem Weg der Agrarrevolution der landlosen schwarzen Bauern gegen die kolonialistischen weißen Großgrundbesitzer;
- nur auf dem Weg des revolutionären nationalen Befreiungskampfes, der nationalen Befreiung, der restlosen Zerschlagung der Macht und des Einflusses des Imperialismus im Land, was die vollständige Zerschlagung des Staatsapparates der herrschenden Klassen voraussetzt;
- nur auf diesem Wege wird der bewaffnete Befreiungskampf, der revolutionäre Befreiungskrieg der Volksmassen nicht damit enden, daß anstelle der gegenwärtig herrschenden Clique bloß eine andere tritt, oder die Abhängigkeit von einer oder mehreren imperialistischen Großmächten in anderen Formen fortbesteht oder aber an deren Stelle eine andere imperialistische Großmacht (darunter der russische Sozialmperialismus) tritt;
- nur dieser Weg führt zur Errichtung einer wirklich neuen revolutionär-demokratischen Macht, die eine Form der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern, eine wirkliche Volksmacht sein wird !

Soll sie wirklich siegen, so darf die Revolution nicht bei der Vertreibung und Zerschlagung des Systems des Rassismus und der Apartheid stehenbleiben. Die antirassistische, agrarrevolutionäre und antiimperialistische Etappe der Revolution ist nötig, um den ausgebeuteten Massen klarzumachen, daß die Ursache von Rassismus und Ausbeutung nicht in der weißen Rasse, sondern in der kapitalistischen Ordnung liegt, daß die Revolution von ihrer demokratischen Etappe zur sozialistischen Etappe weitergeführt werden muß, um die Diktatur des Proletariats zu errichten, um auf dem Weg zum Kommunismus eine neue sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

ZU EINIGEN PROBLEMEN DER PROLETARISCH-INTERNATIONALISTISCHEN UNTERSTÜTZUNG DER REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG IN SÜDAFRIKA

Das Vorhandensein und die Entwicklung einer militanten kämpferischen Massenbewegung der Völker Südafrikas in einer immer explosiveren Situation macht es auch unbedingt erforderlich, daß wir als Marxisten-Leninisten unsere Position zu den verschiedenen politischen Kräften und Strömungen des schwarzen Widerstands in Südafrika bestimmen.

Gegenwärtig verfügen wir noch über viel zu wenig Informationen über die verschiedenen Befreiungsorganisationen in Südafrika im allgemeinen und über revolutionäre Organisationen im besonderen. Deshalb können wir nachfolgend lediglich einige erste grobe Einschätzungen zu einigen Fragen geben, die uns zentral erscheinen, wobei es uns nicht so sehr auf die konkrete Einschätzung ankommt, als vielmehr auf den grundsätzlichen Standpunkt und das grundlegende Herangehen an Probleme der nationalen Befreiungsbewegungen und ihrer Unterstützung. Vorwiegend werden dabei die Fragen behandelt:

- Was bedeutet die entschiedene Unterstützung des nationalen, antiimperialistischen Befreiungskampfes und warum ist die Entlarvung der nationalreformistischen Bewegung nötig ?
- Welche Probleme des taktischen Herangehens an die nationalreformistische Bewegung ergeben sich, welche Bedeutung haben die Erfahrungen der Massen dabei ?
- Was bedeutet, den demokratischen Inhalt des bürgerlichen Nationalismus einer unterdrückten Nation gegen die Überheblichkeit und den Chauvinismus einer unterdrückten Nation zu verteidigen ?

ZUM PROBLEM DER EINSCHÄTZUNG DES NATIONALREFORMISMUS AM BEISPIEL DES ANC

Ohne Zweifel verfügt gegenwärtig der "African National Congress" (ANC) über den meisten Einfluß in der Massenbewegung der schwarzen Völker Südafrikas. Insbesondere sein herausragender Führer, der seit mehr als 20 Jahren von den Rassisten gefangen gehaltene Nelson Mandela, ist ungeheuer populär. Entscheidendes Gewicht hat der ANC auch in dem Anti-Apartheid-Zusammenschluß "Vereinigte Demokratische Front" (UDF), welche mehrere hundert Organisationen umfaßt, darunter auch Organisationen der Weißen in Südafrika, die sich gegen die Apartheid aussprechen, besonders aber auch Organisationen anderer nationaler Minderheiten,

der Inder und Mischlinge.

Der ANC wurde 1912, also kurz nach der Gründung der Südafrikanischen Union 1910, gegründet mit dem Ziel, für die schwarze Bevölkerungsmehrheit Gleichberechtigung und Bürgerrechte zu erkämpfen, was sich in einer entsprechenden neuen Verfassung manifestieren sollte.

Die KP Südafrikas bemühte sich besonders ab den Dreißigerjahren, den ANC in nationalrevolutionärem Sinne umzugestalten. So waren bereits 1949 neben den schwarzen Parteiführern J.B. Marks und Moses Kotane weitere schwarze Kommunisten in führenden Gremien des ANC vertreten. Letztendlich ist es aber nicht gelungen, den ANC in eine wirklich nationalrevolutionäre Befreiungsorganisation umzuwandeln. Besonders auch die völlige revisionistische Entartung der KP Südafrikas hat dazu beigetragen, daß die nationalreformistische Grundtendenz des ANC zementiert wurde. Insofern trifft wohl zu, was N.Mandela erklärt hat:

> "Der ANC hat niemals in seiner Geschichte revolutionäre Veränderungen in der ökonomischen Struktur des Landes befürwortet, noch hat er, so weit ich mich erinnere, jemals die kapitalistische Gesellschaft verurteilt."
> ("No easy Walk to Freedom", Articles, Speeches and Trial Adresses", 1964, S.179, eigene Übersetzung)

Nelson Mandela selbst bezeichnet sich als "Bewunderer" der bürgerlich-kapitalistischen parlamentarischen Systeme des Westens:

> "Ich habe große Achtung vor den politischen Institutionen Großbritanniens und vor dem Justizsystem dieses Landes. Ich betrachte das britische Parlament als die demokratischste Institution der Welt und die Unparteilichkeit seines Gerichtswesens erwecken meine Bewunderung.
>
> Der Amerikanische Kongreß, die Gewaltenteilung dieses Landes sowie die Unabhängigkeit seines Justizwesens wecken in mir ähnliche Gefühle."
> (N.Mandela, "No easy walk to freedom", Articles, Speeches and Trial Adresses, 1964, S.182/183, eigene Übersetzung)

Bis 1961 bekannte sich der ANC zu gewaltlosen Mitteln des Kampfes. In dieser Hinsicht gibt es durchaus Parallelen zu Gandhis Pazifismus.

Herausragendes Dokument des ANC, auf das er sich auch heute noch beruft, ist die "Freiheits-Charta" von 1955, in der bürgerlich-demokratische Rechte und ökonomische Maßnahmen verankert sind. Oliver Tambo, Präsident des ANC, sagte diesbezüglich 1985:

> "Was uns eint, ist das in unserer 'Freiheits-Charta" festgelegte Programm des ANC."
> ("Der Spiegel", Nr.33/85, S.89)

Mit dem Programm der "Freiheits-Charta" wandte sich der ANC nicht nur an die Schwarzen, sondern auch an die weißen "Liberalen" und sogar an Kräfte der herrschenden rassistischen National-Partei. Auf friedlichem Wege sollte erreicht werden, daß ein multinationaler Kongreß einberufen würde, welcher eine neue nichtrassistische Verfassung annehme.

Doch die herrschenden Rassisten, besonders die National-Partei, wollten davon nichts wissen. Im Gegenteil. Nach den Kämpfen in Sharpesville 1960 wurden zu Beginn der Sechzigerjahre der ANC und der PAC verboten, ihre Führer ins Gefängnis geworfen oder verbannt.

In dieser Situation war der ANC gezwungen, von der bisherigen Form seiner pazifistischen Praxis, der Beschränkung auf nichtbewaffnete und nichtgewaltsame Kampfformen, abzugehen. N.Mandela schrieb dazu, nachdem er auf die wachsende Unzufriedenheit breiter Massen mit der Beschränkung auf gewaltfreie Methoden verwiesen hat:

> "All diese Unruhen wiesen eindeutig darauf hin, daß unter den Afrikanern die Überzeugung unvermeidlich zunahm, daß Gewalt der einzige Ausweg sei - sie zeigten, daß eine Regierung, die Gewalt anwendet, um an der Macht zu bleiben, die Unterdrückten lehrt, sich dem mit Gewalt zu widersetzen. In den Städten waren schon kleine Gruppen entstanden, die spontan Pläne für gewaltsame Formen des politischen Kampfes entwickelten. Es entstand die Gefahr, daß diese Gruppen zum Terrorismus gegen Afrikaner und Weiße greifen würden, wenn sie nicht geführt würden... So kam ich mit einigen Kollegen Anfang Juni 1961 nach einer langen und sorgfältigen Einschätzung der Situation in Südafrika zu dem Ergebnis, daß es, da Gewalt in diesem Land unvermeidlich war, unrealistisch und falsch für die afrikanischen Führer wäre, weiterhin Frieden und Gewaltlosigkeit zu einer Zeit zu predigen, in der die Regierung unseren friedlichen Forderungen mit Gewalt begegnet."
> (N.Mandela, "The Struggle is my Life", London 1978, S.159f)

Diese Änderung der Taktik ergab sich also aus zwei Gründen: Zum einen, da es sich als offensichtlich unmöglich erwies, mit rein gewaltlosen Mitteln irgendein Ziel des ANC zu erreichen. Zum anderen, da ansonsten der ANC auch seinen Einfluß auf die nach militanten und gewaltsamen



Das Massaker von Sharpeville 1960. Bei Demonstrationen von etwa 20.000 Schwarzen erschoß die Polizei nach offiziellen Angaben 69 Menschen.

Kampfformen verlangenden und selbst zu diesen übergehenden schwarzen Massen rasch verloren hätte.

Damit war aber ganz und garnicht der Übergang zur Anerkennung der prinzipiellen Notwendigkeit einer gewaltsamen bewaffneten Revolution verbunden.

Erstens sollte lediglich Gewalt gegen Sachen ausgeübt werden, Sabotageaktionen usw. Dabei wurden - laut Nelson Mandela - "von Anfang an strikte Anweisungen an die Mitglieder erteilt, daß sie bei der Planung und Durchführung der Operationen auf keinen Fall Menschen verletzen oder töten sollten" (ebenda, S.164).

Zweitens sollten gewaltsame Aktionen durchgeführt werden, nicht um das rassistische System im revolutionären Krieg zu zerschlagen, sondern... um eine "friedliche Lösung" herbeizuführen. Die gewaltsamen Aktionen sollten lediglich ein Mittel des Drucks auf die Regierung und die weißen Rassisten überhaupt sein, um schließlich doch noch die ursprünglichen Ziele, insbesondere die Einberufung eines multinationalen Kongresses zur Verabschiedung einer nichtrassistischen Verfassung durchzusetzen. Dazu N.Mandela wiederum, der seine Hoffnung ausdrückte,

> "daß unsere erste Aktion jeden aufweckt und ihn die verheerende Situation erkennen läßt, in die die Politik der Nationalisten führt. Wir hoffen, daß wir die Regierung und ihre Anhänger wieder zu Sinnen bringen, bevor es zu spät ist, damit die Regierung und ihre Politik geändert werden können, bevor das verzweifelte Stadium des Bürgerkrieges erreicht ist" (ebenda, S.154).

Angesichts der Unnachgiebigkeit der weißen Rassisten faßte der ANC 1969 den Beschluß, die detaillierten Vorbereitungen für den Beginn des Guerillakampfes in Angriff zu nehmen und seinen bewaffneten Arm "Umkhonto We Sizwe" ("Speer der Nation") verstärkt aufzubauen. Doch entscheidend hat sich dadurch nichts geändert, weil sich das Wesen der vom ANC verfolgten Politik und deren Ziele nicht geändert hatten. Stalin hat diesbezüglich geschrieben:

> "Es muß hervorgehoben werden, daß der Weg der Reformen, der konstitutionelle Weg 'revolutionäre Aktionen' und 'revolutionären Kampf' keineswegs ausschließt. Bei der Bestimmung des revolutionären beziehungsweise des reformistischen Charakters dieser oder jener Partei sind nicht die 'revolutionären Aktionen' an sich als entscheidend zu betrachten, sondern die politischen Ziele und Aufgaben, derentwegen diese Aktionen von der Partei unternommen und ausgenutzt werden. Die russischen Menschewiki machten 1906, nach der Auseinanderjagung der ersten Duma, bekanntlich den Vorschlag, den 'Generalstreik' und sogar den 'bewaffneten Aufstand' zu organisieren. Das änderte jedoch nicht im geringsten etwas daran, daß sie Menschewiki blieben. Denn zu welchem Zweck schlugen sie damals das alles vor ? Natürlich nicht, um den Zarismus zu zerschmettern und der Revolution zum vollen Siege zu verhelfen, sondern um auf die zaristische Regierung 'einen Druck auszuüben' zwecks Erzwingung einer Reform, zwecks Erweiterung der 'Verfassung', zwecks Einberufung einer 'verbesserten' Duma. 'Revolutionäre Aktionen', um die alten Zustände bei Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klasse zu reformieren - das ist e i n e Sache, das ist der konstitutionelle Weg. 'Revolutionäre Aktionen', um mit den alten Zuständen aufzuräumen, um die herrschende Klasse zu stürzen - das ist etwas anderes, das ist der revolutionäre Weg, das ist der Weg des vollständigen Sieges der Revolution. Der Unterschied ist hier grundlegender Natur." (Stalin, "Noch einmal zur nationalen Frage", SW 7, S.188/189, 1925)

Negativ kommt hinzu, daß der ANC die Frage der Gewalt nicht als Sache der breiten Massen betrachtet, seine Linie und Politik nicht darauf gerichtet ist, die schwarzen Massen Südafrikas zur revolutionären Gewalt zu erziehen. Im Gegenteil, der Einfluß des ANC wirkt diesbezüglich auf die Volksmassen bremsend und abwiegelnd, weil er es so erscheinen läßt, als sei der bewaffnete Kampf nicht ureigenste Sache der breiten Arbeiter- und Bauernmassen selbst, sondern bloß Angelegenheit einer bewaffneten Elite.*

Der ANC hat den bewaffneten Kampf aber auch deshalb nicht entscheidend vorangetrieben und ist nicht gewillt, die sich dafür zunehmend eröffnenden Möglichkeiten auch wirklich auszunützen, weil er nach wie vor noch einen großen Teil seiner Hoffnungen auf einen "Ausgleich" mit dem Lager der herrschenden Weißen, genauer gesagt der "liberalen" Kapitalisten setzt, die sogar ins Ausland "pilgern", um mit dem ANC "Verhandlungen" über die Zukunft Südafrikas zu führen und dabei vor allem eins gesichert sehen wollen: ihre ökonomischen und politischen Machtpositionen. Am 13.September 1985 fand in Sambia erstmalig ein offizielles Treffen zwischen weißen südafrikanischen Kapitalistenvertretern und Monopolherren und Vertretern des ANC statt. In diesem Zusammenhang darf es nicht als Zufall angesehen werden, daß die Forderung der "Freiheits-Charta" von 1955: "Die Bodenschätze, Banken und Monopolbetriebe werden in Eigentum des ganzen Volkes überführt" von der Durban-Erklärung der UDF 1983 n i c h t mehr bekräftigt wurde. Auf die Frage eines Journalisten über die Vorstellungen des ANC zum zukünftigen Wirtschaftssystem in Südafrika, die lautete: "Wäre da noch Platz für einheimische Privatunternehmen und die amerikanische Ford Motor Company zum Beispiel ?" antwortete der ANC-Präsident Tambo: "Warum nicht ? Hier in Sambia sind Banken und Minen nationalisiert, und dennoch gibt es private und ausländische Unternehmen im Lande." ("Der Spiegel", Nr.33/85, S.89). Das bedeutet die klare Absage an die Durchführung eines wirklich an die Wurzel gehenden antiimperialistischen Wirtschaftsprogramms. Das ist ein deutliches Bekenntnis zum Bestehenlassen des neokolonialen Einflusses im Lande und zur Bewahrung der wirtschaftlichen Machtpositionen auch der einheimischen (und mit dem ausländischen Kapital verwobenen) Großbourgeoisie.

So wie auf bestimmte "liberale" Kreise der einheimischen weißen Kapitalisten, so setzt der ANC seine "Hoffnungen" auch auf sogenannte "demokratische" Politiker, Vertreter des Imperialis-

---

* Äußerst lehrreich sind diesbezüglich auch die Erfahrungen mit dem "Republikanischen Schutzbund" in der 1.österreichischen Republik. Die SP-Führung verband mit dem Aufbau des Schutzbunds keinerlei revolutionäre Absichten. Ihre Vorstellung einer besonderen bewaffneten Formation unter dem Kommando des Parteivorstands stand im unversöhnlichen Gegensatz zur Bewaffnung des Proletariats, war nur die Kehrseite der V e r n e i n u n g des bewaffneten Aufstands der Massen, war nur eine Form der tatsächlichen E n t w a f f n u n g dieser Massen. Der Schutzbund war für sie die Möglichkeit, eine Art von "Arbeitsteilung" zu propagieren: Die Massen brauchen nur jeweils "sozialistisch" zu wählen, zum eventuell unvermeidlichen, aber hoffentlich garnicht notwendigen gewaltsamen Widerstand gegen den gewaltsamen Angriff der Reaktion sind a n d e r e da, das ist Ressortangelegenheit des Schutzbundes. Sie verbeiteten die verhängnisvolle Vorstellung, die immer unausweichlicher werdende bewaffnete Auseinandersetzung mit der faschistischen Reaktion sei n i c h t Sache der Arbeiterklasse und ihrer Bundesgenossen überhaupt, sondern bloß eines besonderen, s p e z i e l l e n O r g a n s - noch dazu eines solchen, das auf Grund seiner militärischen Organisation der Befehlsgewalt des opportunistischen SP-Vorstandes unterworfen war. Der Februar 1934 war dann tatsächlich eine bittere und blutige "Kritik" an dieser verräterischen sozialdemokratischen Vorstellung. (Vgl. dazu ausführlicher: "Revolutionäre Lehren des 12.Februar 1934", hrgg. vom ZK der MLPÖ).

mus wie z.B. Kennedy, dem von der UDF Anfang 1985 ein begeisterter Empfang bereitet wurde, als er sich als "Anwalt" der unterjochten Völker präsentierte. Es ist klar, daß dabei nur ein schändlicher Ausverkauf herauskommen kann !

Zugleich streckt der ANC seine Hände auch nach den russischen Sozialimperialisten aus, die als "natürliche Verbündete" der schwarzen Völker Südafrikas eingeschätzt werden, obwohl der ANC selbst immer wieder bekräftigt, daß er keineswegs "kommunistisch" ist und sowohl von den "Vorzügen" des Westens wie des Ostens profitieren will. So spricht O.Tambo von den "sozialistischen Ländern" ("Der Spiegel" Nr.33/ 1985, S.89), welche neben verschiedenen Staaten Afrikas den ANC militärisch unterstützen würden, unterstreicht zugleich aber auch: "Wenn uns die USA Waffen gäben, könnten wir die benutzen und nicht kommunistische Waffen." (Ebenda). Dabei muß man auch wissen, daß die durch und durch revisionistische "K"P Südafrikas im ANC wichtige Positionen einnimmt.

Das alles macht deutlich, daß die Politik des ANC, auch wenn sie auf die Unterstützung breiter Massen angewiesen ist, ihrem Inhalt nach n i c h t dem Interesse der breiten Arbeiter- und Bauernmassen entspricht, sondern im Interesse einer bürgerlichen Oberschicht der Schwarzen liegt, die gegen die Apartheid auftreten als dem entscheidenden Hindernis, das ihre politische Machtbeteiligung verhindert und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung als schwarze Bourgeoisie im Wege steht.

Daraus erklärt sich auch, daß der ANC und die UDF zwar immer wieder auch zu bestimmten Massenaktionen und Mobilisierungen aufrufen, um "Druck" zu erzeugen. aber genau dort und dann abbremsen und blockieren, wo es darum ginge, den selbständigen Kampf der schwarzen werktätigen Massen kraftvoll zu entwickeln und auf eine höhere Stufe zu heben. Stattdessen sind sie mit allen Mitteln bemüht, den Kampf der Volksmassen im Rahmen ihres reformistischen Konzepts zu halten, ihn so zu kanalisieren, daß er Wasser auf die Mühlen ihrer egoistischen Aspirationen einer Machtteilhabe im Staate leitet, während die breiten schwarzen Massen ausgebeutet und unterdrückt bleiben.

Wir sind mit allen vom südafrikanischen Rassisten-Regime sozial und national Verfolgten und Unterdrückten solidarisch. Doch muß diese wahre Natur der Politik des ANC aufgedeckt werden und dürfen Kommunisten einer solchen Politik nicht ihre Unterstützung geben. Lenin hat ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen nationalrevolutionären und nationalreformistischen Bewegungen hingewiesen und betont,

■ "daß wir als Kommunisten die bürgerlichen Befreiungsbewegungen in den kolonialen Ländern nur dann unterstützen müssen und werden, wenn diese Bewegungen wirklich revolutionär sind, wenn ihre Vertreter uns nicht hindern, die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten in revolutionärem Geist zu erziehen und zu organisieren."
(Lenin, "Bericht der Kommission für die nationale und koloniale Frage", II.Kongreß der KI, 1920, LW 31, S.230)

Zugleich wäre es allerdings auch falsch, sich aufgrund der Erkenntnis der bürgerlich-reformistischen Klassennatur der Politik des ANC dazu verleiten zu lassen, den ANC und die UDF einfach zu "verdammen". Denn auch wenn es in der Geschichte des ANC schon Verrätereien am Kampf der schwarzen Arbeiter und Bauern gegeben hat*

* So berichten die "Materialien über die Tätigkeit der Sektionen der Komintern" vor dem VII. Weltkongreß der Komintern:

"In den Jahren 1929 und 1930 ergoß sich über ganz Südafrika eine Welle von Massenbewegun-

Fortsetzung der Fußnote auf S.39

und sich die ANC-Politik in Richtung auf ein Kompromiß mit den reaktionären weißen Herrschenden in Südafrika bewegt, würde man es sich angesichts der Kompliziertheit der Entwicklung damit zu einfach machen und gewisse Dinge "überspringen".

Dabei müssen wir unbedingt auch unterscheiden zwischen Problemen des Kampfes der Revolutionäre und Marxisten-Leninisten in Südafrika selbst und den Problemen u n s e r e r Unterstützung für die nationale Befreiungsbewegung dort.

Wir wollen das anhand dessen veranschaulichen, was in den "Thesen über die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien" des VI.Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1928 in Bezug auf den Nationalreformismus, der eng mit der Frage der nationalen Bourgeoisie im Zusammengang steht, geschrieben wurde. Die "Thesen" weisen darauf hin, daß bei der Einschätzung des Nationalreformismus vor allem zwei Fehler möglich sind:

"a) Das Nichtverstehen des Unterschieds zwischen der nationalreformistischen und der nationalrevolutionären Richtung kann zu einer Politik des Hinterherlaufens hinter der Bourgeoisie, zu einem nicht genügend klaren politischen und organisatorischen Abrücken des Proletariats von der Bourgeoisie, zu einer Vertuschung der wichtigsten revolutionären Losungen (insbesondere der Losung der Agrarrevolution) usw. führen...

b) Die Unterschätzung jener besonderen Bedeutung, die der bürgerliche Nationalreformismus zum Unterschied von dem feudalistisch-imperialistischen Lager dank seinem Einflusse auf die Massen der Kleinbourgeoisie, der Bauernschaft und sogar eines Teils der Arbeiter, zumindest in den ersten Etappen der Bewegung, besitzt, kann zu einer Sektantenpolitik, zur Isolierung der Kommunisten von den werktätigen Massen usw. führen."
(Protokoll des VI.Weltkongresses der Komintern, Band II, Thesen/Revolutionen/Programm/Statuten S.173)

Die "Thesen" weisen darauf hin, daß die nationalreformistischen Kräfte bei jedem Konflikt mit dem Imperialismus einerseits ihre nationalistische "Prinzipienfestigkeit" simulieren, um die kleinbürgerlichen und anderen Massen hinter sich zu halten und den Imperialismus zu gewissen Zugeständnissen zu zwingen, andererseits Illusio-

Fortsetzung der Fußnote von S.38

gen gegen den Imperialismus: der Landarbeiter- und Pächterstreik in Worcester, der in einen bewaffneten Aufstand hinüberwuchs und durch den Verrat des Afrikanischen Nationalkongresses abgewürgt wurde" ("Materialien", abgedruckt auch weiter hinten in dieser RF-Nummer)

Stalin über

DIE BEDEUTUNG DER BÜRGERRECHTE FÜR DAS PROLETARIAT

"Wir verstehen sehr wohl, welche große Bedeutung die Bürgerrechte für die Proletarier haben. Bürgerrechte sind eine Waffe im Kampf; diese Rechte rauben, heißt die Waffe rauben; wer aber wüßte nicht, daß waffenlose Proletarier nicht gut kämpfen können? Für das Proletariat Rußlands aber ist es notwendig, daß die Proletarier aller Nationalitäten Rußlands gut kämpfen, denn je besser diese Proletarier kämpfen werden, um so mehr Klassenbewußtsein werden sie haben, um so fester wird die Klasseneinheit des Proletariats Rußlands sein. Jawohl, alles das ist uns bekannt, und deshalb kämpfen wir und werden wir mit allen unseren Kräften für die bürgerliche Gleichheit der Nationalitäten Rußlands kämpfen ! Lest Artikel 7 unseres Parteiprogramms, wo die Partei von der 'vollen Gleichberechtigung aller Bürger, ohne Unterschied von Geschlecht, Religion, Rasse und N a t i o n a l i t ä t' spricht, - und ihr werdet sehen, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands die Verwirklichung dieser Forderungen übernimmt."

(Stalin, "Welche Auffassung hat die Sozialdemokratie von der nationalen Frage?", Stalin-Werke Bd.1, S.38, 1904, Sperrung im Original)

nen über die Möglichkeit eines friedlichen Kompromisses mit dem Imperialismus säen.

Die "Thesen" weisen darauf hin, daß die bürgerlich-reformistische Opposition ihre reale, spezielle Bedeutung - "sowohl eine negative als auch eine positive - für die Entwicklung der revolutionären Bewegung" hat, insofern allerdings als sie überhaupt Einfluß auf die Massen besitzt (was in Südafrika jedenfalls zutrifft):

"Das Wichtigste ist, daß sie einen h e m m e n d e n, v e r z ö g e r n d e n Einfluß auf die Entwicklung der revolutionären Bewegung hat, insofern es ihr gelingt, sich die Gefolgschaft der werktätigen Massen zu sichern und sie vom revolutionären Kampfe abzuhalten. Andererseits kann das Auftreten der bürgerlichen Opposition - auch wenn es nicht sehr weit geht - gegen den herrschenden imperialistisch-feudalistischen Block einen gewissen b e s c h l e u n i g e n d e n Einfluß auf den Prozeß des politischen Erwachens der breiten werktätigen Massen haben; die konkreten offenen Konflikte der nationalreformistischen Bourgeoisie mit dem Imperialismus können, obwohl sie an sich von geringer Bedeutung sind, unter bestimmten Verhältnissen indirekt die Ursache der Entfaltung sogar von großen revolutionären Massenaktionen werden.



P a ß v e r b r e n n u n g e n . Bereits seit mehreren Jahrzehnten führten Organisationen des schwarzen Widerstands Kampagnen gegen das verhaßte Paßwesen durch. Für die schwarze Mehrheit in Südafrika gibt es innerhalb des Landes kein Recht auf Freizügigkeit. Ihr jeweiliger Aufenthalt wird durch ein schikanöses System von Vorschriften kontrolliert, die als "Paßgesetze" bekannt sind, und die nur für Afrikaner gelten. Jeder Afrikaner über 16 Jahren muß stets einen Satz von persönlichen Ausweisdokumenten mit sich führen.

Allerdings strebt die reformistische Bourgeoisie selbst danach, solche Auswirkungen ihrer oppositionellen Aktionen unmöglich zu machen, und versucht auf diese oder jene Weise, sie von vornherein zu paralysieren. Aber dort, wo objektive Voraussetzungen für eine tiefe politische Krise vorhanden sind, können die Aktionen der nationalreformistischen Opposition, sogar unbedeutende Konflikte mit dem Imperialismus, die am allerwenigsten etwas mit dem wirklichen Herd der Revolution zu tun haben, die ernsteste Bedeutung erlangen.

Die Kommunisten müssen es lernen, alle und jede Konflikte auszunützen, sie zu entfachen und ihre Bedeutung zu steigern, die Agitation für die revolutionären Losungen damit zu verbinden, die Kunde über diese Konflikte in die breiten Massen hineinzutragen, diese Massen zu selbständigen, offenen Aktionen mit eigenen Forderungen usw. anzuregen." (S.177/178)

Offensichtlich sind diese wichtigen Ausführungen hochaktuell für das Herangehen der Revolutionäre und Marxisten-Leninisten Südafrikas an die Probleme der schwarzen Massenbewegung dort, wo selbst das Auftreten von Leuten wie Bischof Tutu und anderen seinesgleichen durchaus mit widersprüchlichen Ergebnissen verbunden sein kann. Revolutionäre dürfen sich nicht naserümpfend darüber hinwegsetzen, sondern müssen es eben lernen, wie die "Thesen" betonen, alle möglichen Konflikte zur Anfachung und Entfaltung der selbständigen Aktionen der Volksmassen mit eigenen Forderungen auszunützen !

Über Parteien, die den revolutionären nationalen Befreiungskampf mit ihren Taten schon wiederholt verraten haben, aber noch nicht endgültig und offen ins Lager der Konterrevolution übergegangen sind, heißt es in den "Thesen" weiter:

"Zweifelsohne werden sie das noch tun, aber gegenwärtig sind sie ja gerade deswegen gefährlich, weil ihr wirkliches Antlitz noch nicht vor den Augen der breiten Massen der Werktätigen enthüllt worden ist. Um sie zu entlarven, ist noch eine sehr große kommunistische Aufklärungsarbeit notwendig, ferner eine sehr große, neue, eigene politische Erfahrung dieser Massen. Wenn es den Kommunisten nicht gelingt, bereits in diesem Stadium das Vertrauen der werktätigen Massen zur bürgerlichen nationalreformistischen Führung der nationalen Bewegung zu erschüttern, so wird diese Führung bei dem nächsten Aufschwung der revolutionären Bewegung eine gewaltige Gefahr für die Revolution werden." (Ebenda, S.178)

In der jetzigen antirassistischen, agrarrevolutionären und antiimperialistischen Etappe des Befreiungskampfes steht als Hauptfrage nicht der Kampf zwischen schwarzem Proletariat und schwarzer Bourgeoisie an, sondern die Erkämpfung der Hegemonie des Proletariats im nationalrevolutionären Befreiungskampf gegen die weißen Unterdrücker und Ausbeuter. Dies erfordert jedoch unbedingt auch den Kampf gegen den Reformismus und das Kompromißlertum der schwarzen Bourgeoisie. Deshalb ist für Südafrika heute aktuell, wenn die "Thesen" des VI.Weltkongresses der KI den Kommunisten die Aufgabe stellten, vor den werktätigen Massen und anhand der Erfahrungen den gefährlichen Charakter des Nationalreformismus rücksichtslos zu entlarven,

"insbesondere ihre Führer, ihre Halbheit und Schwankungen in der nationalen Bewegung, ihre Schacherpolitik, ihr Streben nach Kompromissen mit den ... Imperialisten, ihre früheren Kapitulationen und konterrevolutionären Handlungen, ihren reaktionären Widerstand gegen die Klassenforderungen des Proletariats und der Bauernschaft, ihre hohlen nationalistischen Phrasen, ihre Verbreitung der schädlichen Illusionen über eine friedliche Dekolonisierung des Landes und ihre Sabotage bei der Anwendung von revolutionären Methoden im nationalen Befreiungskampfe." (Ebenda, S. 179)

Ist das in erster Linie auch ein Problem der Marxisten-Leninisten Südafrikas selbst und können wir diesbezüglich die taktischen Erfordernisse von hier aus keinesfalls bestimmen, so ist damit zugleich doch auch die Frage u n s e r e r Haltung angesprochen.

Die von der Komintern angesprochene Gefahr der "Unterschätzung jener besonderen Bedeutung, die der bürgerliche Nationalreformismus zum Unterschied von dem feudalistisch-imperialistischen (in Südafrika: rassistisch-imperialistischen, AdV) Lager dank seines Einflusses auf die Massen der Kleinbourgeoisie, der Bauernschaft und sogar eines Teils der Arbeiter" ausübt, führt vom Blickwinkel eines imperialistischen Landes aus betrachtet, welches an der imperialistischen Ausbeutung der unterjochten Schwarzen massiv teilhat und das rassistische Regime ebenso massiv unterstützt, unvermeidlich zu europäischem Chauvinismus und Überheblichkeit. Das wäre eine Verletzung des proletarischen Internationalismus, weil sich dadurch unweigerlich eine Geringschätzung der Kämpfe der unterdrückten Völker dort ergibt.

Betrachtet man zum Beispiel die Entwicklung der strategischen Linie des ANC von Gewaltlosigkeitspropaganda zur Propagierung zumindest bestimmter Formen von Gewaltanwendung, so zeigt sich hier deutlich das Wirken von zwei höchst verschiedenen, ja gegensätzlichen Faktoren: einerseits das Bemühen der nationalreformistischen Führer um die Erhaltung ihres Masseneinflusses, andererseits aber auch die Tatsache eines gewaltigen Lernprozesses der Massen, der nicht nur Achtung erfordert, sondern auch zu großem Optimismus über die zunehmenden Möglichkeiten wirklich revolutionärer Kräfte berechtigt.

Hochaktuell sind da die Worte Lenins, der sich ausdrücklich gegen eine "Kritik" gewandt hat, bei der unter der Hand eine Verurteilung der nationalen Bewegung herauskommt:

"Wenn wir nicht selten (...) feststellen, daß die Bourgeoisie der unterdrückten Nation vom nationalen Aufstand n u r schwätzt, in Wirklichkeit jedoch hinter dem Rücken des eigenen Volkes u n d g e g e n ihr Volk reaktionäre Abmachungen mit der Bourgeoisie der Unterdrückernation trifft, so darf sich in derartigen Fällen die Kritik der revolutionären Marxisten nicht gegen die nationale Bewegung richten, sondern muß gegen ihre Verflachung, gegen ihre Trivialisierung, gegen ihre Verwandlung in ein kleinliches Geplänkel gerichtet

sein... aber daraus (aus der Kritik, AdV) folgt nicht, daß es erlaubt wäre, dem nationalen Aufstand oder einem ernsten Kampf eines ganzen Volkes gegen nationale Unterdrückung die Unterstützung zu versagen."
(Lenin, "Über eine Karikatur auf den Marxismus", LW 23, S.54/55, 1916, Sperrungen im Original)

ZUR EINSCHÄTZUNG DES PAC UND DER ORGANISATIONEN DES "NATIONAL FORUM" IM ZUSAMMENHANG MIT DER FRAGE DES AFRIKANISCHEN NATIONALISMUS IN DER GEGENWÄRTIGEN ETAPPE DER REVOLUTION

Neben dem ANC und der vom ANC stark beeinflußten UDF gibt es in Südafrika noch eine ganze Reihe weiterer Organisationen im schwarzen Widerstand, die eine mehr oder weniger bedeutende Rolle spielen, auch wenn sie gegenwärtig dem ANC in Bezug auf Masseneinfluß nachstehen.*

Es handelt sich dabei vor allem um den "Pan African Congress", der sich 1959 vom ANC hauptsächlich wegen Differenzen in Bezug auf den "afrikanischen Nationalismus", aber auch wegen anderer Widersprüche abgespalten hat.

Außerdem geht es um Organisationen, die in der Tradition der "Black Conscious"-Bewegung der Sechzigerjahre stehen und sich im Unterschied zu den Organisationen der UDF im "National Forum" zusammengeschlossen haben. Das sind Organisationen wie die AZAPO (Azanische Volksorganisation) oder die "Cape Action League", die besonders auch mit antiimperialistischen Aktionen hervorgetreten sind.**

Die erwähnten Organisationen üben zum Teil scharfe Kritik an den Standpunkten und der Politik des ANC und nehmen selbst in verschiedenen Fragen Standpunkte ein, die Wert sind, hervorgehoben zu werden, unabhängig davon, daß wir gegenwärtig über keine Gesamteinschätzung dieses Organisationen verfügen.

So sagte der Vorsitzende des PAC, John Nyati Pokela zur Frage der revolutionären Gewalt:

> "Der PAC machte Schluß damit, der Gewaltlosigkeit als Kampfmittel anzuhängen, und bereitete entscheidend den Weg zur Anerkennung des revolutionären bewaffneten Kampfes... als dem einzig wirkungsvollen Mittel, den Sieg des Volkes zu sichern" (zitiert in: "Ikwezi", April 1982, S.56)

Wenn auch indirekt, übt der PAC-Vorsitzende folgende berechtigte Kritik am ANC in dieser Frage:

> "Darüber hinaus... kann das südafrikanische Rassistenregime nicht lediglich durch Angriffe, egal wie häufig, auf Anlagen und andere leblose Objekte in die Knie gezwungen werden. Das Regime wird durch Armee und Polizei an der Macht gehalten. Es sind diese beiden Säulen des Apartheid-Staates, die kraftvoll und systematisch angegriffen werden müssen, wenn das Regime zu Fall gebracht werden soll. Um die Einstellung der rassistischen Siedler und ihrer Anhänger radikal zu ändern*, muß der bewaffnete Kampf in erster Linie gegen Sterbliche geführt werden." (Ebenda, S.56)

Zur Frage der Haltung zum Imperialismus sagte der PAC-Vorsitzende richtig:

> "Der PAC macht keinen Unterschied zwischen dem US- und dem westdeutschen Imperialismus. Der Imperialismus ist in der ganzen Welt der gleiche. Wir in Afrika sind Opfer des Imperialismus. Afrika wurde durch imperialistische Machenschaften und Praktiken arm gehalten. Wir wenden uns gegen alle Formen von Imperialismus, da wir wollen, daß die Reichtümer unseres Landes und unseres Kontinents den Bedürfnissen und Interessen unseres Volkes zugute kommen." (Ebenda, S.3)

Die Frage der Haltung zum russischen Sozialimperialismus ist angesprochen, wenn der PAC-Vorsitzende betont, es werde der PAC

> "niemals der Vasall oder Stellvertreter der einen oder anderen Supermacht** werden." (Ebenda, S.56)

Auch von der AZAPO lassen sich wichtige richtige Positionen anführen, die sie diesbezüglich klar vom ANC abheben. So warnt die AZAPO eindringlich vor einer "Lösung", bei der zwar die heute existierende Apartheid beseitigt wird, aber das bestehende Ausbeuterregime am Leben erhalten wird:

> "Andererseits ist es durchaus möglich - wie es eine Fraktion der nationalistischen Regierung derzeit beabsichtigt - die Rassengesetze abzuschaffen, ohne damit den Charakter

---

* Eine zunehmend wichtige Rolle spielen auch die Gewerkschaften. Im November 1985 wurde ein neuer Gewerkschaftszusammenschluß gebildet, der Kongreß der Südafrikanischen Gewerkschaften COSATU. Die COSATU ist die größte gewerkschaftliche Vereinigung in der Geschichte Südafrikas. Sie umfaßt 36 Gewerkschaften mit 500.000 Arbeitern, die große Mehrheit davon sind schwarz. Die COSATU-Führung steht in einem engen Zusammenhang mit der UDF.

Neben der COSATU gibt es noch andere Gewerkschaften, die der "Black Conscious"-Bewegung bzw. den Organisationen des "National Forum" nahestehen oder anderen politischen Richtungen und zirka 200.000 schwarze Arbeiter umfassen.

Sehr wichtig ist, daß sich die Gewerkschaften heute nicht mehr auf Kämpfe für höhere Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen beschränken, sondern zunehmend politische Forderungen stellen.

** AZAPO und "Cape Action League" haben mit antiimperialistischen Transparenten, Flugblättern und Sprechchören dem Imperialistenvertreter Kennedy Anfang 1985 einen "heißen Empfang" bereitet, worüber berichtet wird:

> "Mitten drunter US-Senator Edward Kennedy vor der Fahne des verbotenen Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der mit schneidender Stimme seine Sippschaft vorstellt und verspricht, die Kunde vom Leid des südafrikanischen Volkes nach Amerika zu tragen.
>
> Und dann plötzlich ein Wald von Transparenten: 'Kennedy go home', 'Remember Vietnam', 'Liberation yes, Imperialism no', 'Kennedy for Peaceful Profits' und 'Hands off Nicaragua'." ("Falter" 6/85, S.9)

* Hier bleibt allerdings Raum für die Auffassung, als wäre der bewaffnete Kampf notwendig, "um die Einstellung der rassistischen Siedler und ihrer Anhänger radikal zu ändern", und als ob die Differenz zum ANC lediglich darin bestehe, daß dieser dieses Ziel durch bloße Sabotagemaßnahmen erreichen wollte, während das nur durch bewaffneten Kampf in erster Linie gegen Sterbliche durchzusetzen sei. Natürlich ist der bewaffnete Kampf, der revolutionäre Krieg, in erster Linie notwendig, um den konterrevolutionären Staatsapparat der weißen Machthaber zu zerschlagen. Das Ziel eines wirklichen revolutionären Volkskriegs ist niemals, einen "Sinneswandel" der reaktionären herrschenden Klassen herbeizuführen, weil die Unterdrückten niemals mit der "Einsicht" ihrer Unterdrücker rechnen können. Daß im Verlaufe der Entwicklung des bewaffneten Kampfes, des Voranschreitens der Revolution Anhänger der Rassisten ihre Einstellung ändern, ist nicht ausgeschlossen, kann aber für die Verwirklichung der Ziele des nationalen Befreiungskriegs nur von untergeordneter Bedeutung sein.

** Der PAC-Vorsitzende verwendet hier den Begriff "Supermacht" zur Bezeichnung des russischen Sozialimperialismus bzw. des US-Imperialismus.

Wir haben schon wiederholt dargelegt, daß die Kategorie "Supermacht" dem Leninismus widerspricht. Ein wesentliches Kennzeichen des Imperialismus ist das Ringen einiger imperialistischer Großmächte um Weltherrschaft. Den US- und den SU-Imperialismus als "Supermächte" auszusondern, vertuscht, daß eben alle imperialistischen Großmächte um Vorherrschaft in der Welt ringen, d.h. auch imperialistische Räuber und Kriegstreiber wie der westdeutsche, französische, britische oder japanische Imperialismus, und nicht nur zwei von ihnen, nämlich die USA und die SU.

Die "Theorie der Supermächte" ist untrennbarer Bestandteil der konterrevolutionären "Drei-Welten-Theorie". Die Konstruktion sogenannter "Supermächte" liegt eben der revisionistischen Unterscheidung zwischen "Erster Welt" und "Zweiter Welt" zugrunde. (Vgl. dazu ausführlich u.a. RF 165 "Kritik am revisionistischen Drei-Welten-Schema Deng Hsiao-pings.)

Wir haben keine Informationen, wie der PAC zur "Drei-Welten-Theorie" überhaupt steht. Seine oben im Text zitierten richtigen Positionen, etwa zum westdeutschen Imperialismus, deuten darauf hin, daß er diese revisionistische "Theorie" zumindest kaum in all ihren reaktionären Konsequenzen vertritt.

Allerdings ist uns auch nicht bekannt, daß sich der PAC klar und offen gegen die heutige konterrevolutionäre Führung der KP Chinas ausgesprochen hätte.

des kolonialen und bürgerlichen Staates zu ändern. Das wäre eine neokoloniale Situation, vor der wir uns hüten müssen. Aus diesem Grund dürfen wir nicht darauf hereinfallen, unseren Kampf als Anti-Apartheid-Kampf zu bezeichnen oder auch nur von einem Rassenkrieg zu reden. Die Anti-Apartheid-Strategie verwickelt uns in Probleme auf der Ebene des Überbaus, die Beseitigung bestimmter Gesetze, aber sie garantiert uns nicht die revolutionäre Demontage des Kolonialstaats und ein Ende der imperialistischen Unterdrückung. Die Parole von einem Rassenkrieg dient also ähnlichen Zielen."
(Dokument der Delegiertenkonferenz der AZAPO von 1980, zitiert nach "Ikwezi" April 1982, S,58)

Die hier angesprochenen Organisationen kritisieren den ANC auch hinsichtlich seiner kompromißlerischen Haltung zur weissen Minderheit, d.h. seiner inkonsequenten Verteidigung der Interessen der unterjochten schwarzen Mehrheit. Der Formel des ANC, "daß Südafrika all denen gehört, die darin leben, ob schwarz oder weiß" (ANC-Freiheits-Charta 1955), wird - unserer Meinung nach zurecht - entgegengehalten, daß Südafrika ein schwarzes Land ist. Die AZAPO schreibt etwa dazu:

"Der Kampf um das Land läßt sich politisch korrekt als Kampf um Selbstbestimmung durch die eingeborenen afrikanischen Völker bezeichnen. Diese Selbstbestimmung nimmt die politische Form des Rechts auf Bildung einer Regierung an, die die Interessen der Mehrheit ihrer Völker widerspiegelt, was unter den Bedingungen unseres Landes natürlich eine schwarze Mehrheitsregierung bedeutet."
(Dokument der Delegiertenkonferenz der AZAPO 1980, zitiert nach: "Ikwezi" April 1982,S.58)

Die weißen Chauvinisten haben diese Organisationen deshalb gleich mit schmutzigen Verleumdungen überschüttet. Sie behaupten, sich "pluralistisch" tarnend, daß damit "schwarzer Rassismus", d.h. Rassismus mit lediglich umgekehrtem Vorzeichen vertreten würde. So verbreitet etwa die europäisch-chauvinistische "K"PÖ, die AZAPO würde eine Art "Gegenrassismus" befürworten und behaupten "alle Weissen sind Rassisten" ("Volksstimme" 4.8.1985, "Wochenend"-Beilage).

Diese Chauvinisten offenbaren damit nur ihr eigenes reaktionäres und auch antikommunistisches Wesen. Denn es war die Kommunistische Internationale, welche gegen chauvinistische Widerstände in der KP Südafrikas die Losung einer

"unabhängigen südafrikanischen Eingeborenen-Republik als eine Etappe zu einer Arbeiter- und Bauernrepublik mit Gleichberechtigung für alle Rassen, für Schwarze, Farbige und Weiße" ("Resolution zur Südafrika-Frage" des EKKI 1928, abgedruckt weiter hinten in dieser Nummer)

propagiert hat. Das Exekutivkomitee der Komintern stellte heraus, daß diverse "Einwände" gegen diese Losung direkt dem weißen Chauvinismus entspringen:

"Diese Losung bedeutet nicht, daß wir die nichtausbeuterischen Elemente der weißen Bevölkerung nicht beachten oder ihrer vergessen. Im Gegenteil, die Losung fordert volle und gleiche Rechte für alle Rassen. Die weißen werktätigen Massen müssen begreifen, daß sie in Südafrika nationale Minderheiten bilden, und es ist ihre Aufgabe, die eingeborenen Massen zu unterstützen und mit ihnen gemeinsam zu kämpfen gegen die englische Bourgeoisie und den weißen Imperialismus. Die Einwendung gegen die Losung einer Eingeborenenrepublik, sie beschütze die Weißen nicht, ist objektiv nichts anderes als ein Deckmantel für die Ablehnung des richtigen Grundsatzes, daß Südafrika der eingeborenen Bevölkerung gehört." (Ebenda)

Wenn wir die Frage des "afrikanischen Nationalismus" diskutieren, muß dieser Punkt also von vornherein klar sein. Die drekkigen Verleumdungen der Revisionisten und anderer Chauvinisten müssen entlarvt werden. Nur auf dieser Grundlage kann korrekt Stellung genommen werden zu wirklich existierendem afrikanischen Nationalismus.

Die Entwicklung des "Afrikanismus" ist ohne Zweifel Antwort und Reaktion auf die barbarische nationale und rassistische Unterdrückung der Schwarzen in Südafrika.*

Beim Herangehen an den afrikanischen Nationalismus gilt es den wichtigen Hinweis Lenins zu verstehen und zu beachten:

"J e d e r bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich g e g e n die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wir u n b e d i n g t, wobei wir das Streben nach eigener nationaler Exklusivität streng ausschalten" (Lenin, "Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", LW 20, S.415, 1914, Sperrungen im Original)

Diese Worte Lenins machen deutlich, daß sich die Unterstützung nicht auf den gesamten Inhalt dieses bürgerlichen Nationalismus beziehen darf, sondern lediglich auf dessen "demokratischen Inhalt", denn Lenin läßt sofort die Einschränkung folgen: "wobei wir das Streben nach eigener nationaler Exklusivität streng ausschalten".

Diesen "demokratischen Inhalt" herauszuarbeiten, das bedeutet eben zu zeigen, daß hinter dem schwarzen Nationalismus unter den heutigen Bedingungen in Südafrika das Ringen um ein eigenes Nationalbewußtsein steckt, darin der Kampf um die Konstituierung als Nation deutlich erkennbar wird, was eine fortschrittliche Rolle spielt, weil es den Kampf gegen die nationale Unterdrückung vorwärtstreibt. Insbesondere ist das ein fortschrittlicher Faktor zur Überwindung der Zersplitterung durch Stammesfehden. Die weißen Machthaber versuchen gerade heute verstärkt, Stammeszugehörigkeit und Stammesbewußtsein hochzuspielen, um die unterdrückten Schwarzen gegeneinander auszuspielen und gegeneinander aufzuhetzen. Unter diesen Umständen steht für die Kommunisten Südafrikas als eine Aufgabe an, was Lenin für die Kommunisten der unterjochten Völker feststellte:

"Sie werden anknüpfen müssen an dem bürgerlichen Nationalismus, der sich bei diesen Völkern regt und zwangsläufig regen muß und für den es eine geschichtliche Erklärung gibt."
(Lenin, Referat auf dem II. Kongreß der kommunistischen Organisationen des Ostens, LW 30, S.147, 1919)

Lenin spricht ausdrücklich nur von einem "anknüpfen" an dem bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nation, denn es geht hier um das Anknüpfen an dem "demokratischen Inhalt" dieses Nationalismus, keineswegs also um eine Art Übernahme dieses gesamten Nationalismus, denn das "Streben nach nationaler Exklusivität" muß

* Anton M.Lembede, der 1947 verstorbene erste Präsident der ANC-Jugendliga, definierte u.a. als Hauptprinzipien des afrikanischen Nationalismus - bereits im Widerspruch zur damaligen ANC-Führung:

"Die Afrikaner sind eins. Aus den heterogenen Stämmen muß eine homogene Nation entstehen. Die Grundlage der nationalen Einheit ist das nationalistische Empfinden der Afrikaner, das Gefühl, Afrikaner zu sein, unabhängig von Stammeszugehörigkeit, sozialem Status, Ausbildungsniveau oder ökonomischer Klasse..."
(Zitiert nach: Orbon, "Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania", Westberlin 1980, S.476)

streng ausgeschaltet werden. Zugleich muß nämlich bewußt sein, daß der bürgerliche Nationalismus stets auch zumindest gewisse negative Züge und Folgen hat.

Das "Streben nach eigener nationaler Exklusivität", das ist eben der Nationalismus der Bourgeoisie. Darüber schreibt Lenin im selben Zusammenhang, daß es wichtig ist, zwei Tendenzen prinzipiell hervorzuheben:

"I n s o f e r n die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation gegen die unterdrückende kämpft, i n s o f e r n sind wir stets und in jedem Fall entschlossener als alle anderen d a f ü r, denn wir sind die kühnsten und konsequentesten Feinde der Unterdrückung. Sofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation i h r e n bürgerlichen Nationalismus vertritt, sind wir dagegen. Kampf gegen die Privilegien und die Gewaltherrschaft der unterdrückenden Nation und keinerlei Begünstigung des Strebens nach Privilegien bei der unterdrückten Nation."
(Lenin, ebenda, S.414/415, Sperrungen im Original)

Auch in dieser Frage kommt es darauf an, streng zwischen den Aufgaben von Kommunisten der unterjochten Nation und den Kommunisten der unterjochenden bzw. imperialistischen Nation zu unterscheiden.

Auch für uns als Marxisten-Leninisten eines imperialistischen Landes gilt: "Keinerlei Begünstigung des Strebens nach Privilegien bei der unterdrückten Nation". Doch der K a m p f gegen das Streben nach "nationaler Exklusivität" kann n u r Sache der Revolutionäre der unterdrückten Nationalität s e l b s t sein. Denn ein solcher Kampf von der Position der unterdrückenden Nationalität oder auch Rasse aus, würde u n w e i g e r l i c h von der unterjochten Nation oder Rasse als weiterer feindlicher Akt der Versklavung aufgefaßt werden und müßte auch so aufgefaßt werden. In dieser Hinsicht gilt analog, was Stalin 1923 unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur in Rußland in Bezug auf die Aufgaben im Kampf gegen den Chauvinismus gesagt hat:

"Die russischen Kommunisten können nicht gegen den tatarischen, den georgischen, den baschkirischen Chauvinismus kämpfen; denn wenn der russische Kommunist die schwere Aufgabe des Kampfes gegen den tatarischen oder georgischen Chauvinismus auf sich nimmt, so wird dieser Kampf als Kampf eines großrussischen Chauvinisten gegen die Tataren oder die Georgier eingeschätzt werden. Das würde die ganze Frage verwirren. Nur die tatarischen, georgischen und sonstigen Kommunisten können gegen den tatarischen, georgischen und sonstigen Chauvinismus kämpfen, nur die georgischen Kommunisten können mit Erfolg ihren eigenen georgischen Nationalismus oder Chauvinismus bekämpfen."
(Stalin, "Schlußwort zum Referat über die nationalen Momente im Partei- und Staatsaufbau", XII.Parteitag der KPR(B), SW 5, S.234, 1923)

Im Grunde geht es also um das tiefgehende Verständnis dessen, daß der Schwerpunkt der proletarisch-internationalistischen Erziehung in Österreich als einem imperialistischen Land nur der unerbittliche Kampf gegen den bei uns herrschenden nationalen und europäischen Chauvinismus in all seinen Formen sein kann.

"Die... Partei, die in Worten Feind des Imperialismus ist, in Wirklichkeit jedoch in 'ihren' Kolonien keinen revolutionären Kampf zum Sturz 'ihrer' Bourgeoisie führt, die überall begonnene revolutionäre Arbeit in den Kolonien nicht systematisch unterstützt, dorthin keine Waffen und keine Schriften für die revolutionären Parteien in den Kolonien bringt, ist eine Partei von Lumpen und Verrätern," LENIN, Werke Bd.29, S.497

DIE HALTUNG DER MARXISTEN-LENINISTEN ÖSTERREICHS ZUR UNTERSTÜTZUNG DES BEFREIUNGSKAMPFES IN SÜDAFRIKA IN DER HEUTIGEN SITUATION

Die Marxisten-Leninisten wissen, was die weltgeschichtlichen Erfahrungen positiv und negativ immer wieder bestätigt haben:

O h n e eine wirklich revolutionäre Führung, ohne die Führung durch die Avantgarde des Proletariats, durch eine marxistisch-leninistische Partei, die mit einer revolutionären Theorie, mit der Kenntnis der Gesetze der Bewegung und Revolution gewappnet ist und den Millionenmassen durch eine richtige Strategie und Taktik Orientierung geben und revolutionäres Bewußtsein und Organisiertheit unter ihnen schaffen kann, kann eine revolutionäre Befreiungsbewegung letzten Endes nicht siegen.

Wenn eine solche revolutionäre Partei, eine solche revolutionäre Kraft heute weder in Südafrika noch in Namibia sichtbar ist, geschweige denn die Massenbewegung führt, heißt das dann für die Marxisten-Leninisten hierzulande lediglich als Beobachter von außen die wachsende spontane Massenbewegung im südlichen Afrika zu betrachten, ansonsten aber abzuwarten, bis sich solche Kräfte zeigen ? Oder gar zu jammern, die ganze Bewegung habe keinen Sinn, weil sie ja doch zwangsläufig mit einer Niederlage enden müsse ?

Nehmen wir uns ein Beispiel an Karl Marx, der 1870 die Niederlage der Pariser Kommunarden voraussah, die Arbeiter warnte und den Versuch unter so unreifen Voraussetzungen, die Regierung zu stürzen, eine verzweifelte Torheit nannte. Aber als im März 1871 der bewaffnete Aufstand zur Tatsache wurde, b e g r ü ß t e Marx die proletarische Revolution, die "Himmelsstürmer" der Pariser Kommune, mit der größten Begeisterung und zeterte nicht wie der russische Renegat Plechanow nach der Niederlage der Revolution in Rußland von 1905 "Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen !". Marx erblickte in der revolutionären Massenbewegung, obgleich sie ihr Ziel nicht erreichte und unter den gegebenen Umständen nicht erreichen konnte, einen gewaltigen Schritt vorwärts in der proletarischen Weltrevolution und analysierte diesen Versuch, um daraus die Lehren zu ziehen.

Für die Marxisten-Leninisten Österreichs ändert die unbedingte Notwendigkeit der Führung der Revolution durch eine proletarische, marxistisch-leninistische Partei nichts daran, daß sie die spontane Massenbewegung im südlichen Afrika, die sich nicht mehr durch irgendwelche Reförmchen abspeisen läßt, sich immer mehr gegen das verhaßte rassistisch-faschistische Regime richtet und zunehmend revolutionäre Formen annimmt, mit allen Kräften unterstützen müssen. Zugleich müssen sich die Marxisten-Leninisten in Österreich umfassend und tiefgehend mit den Programmen und politischen Linien der verschiedenen Befreiungsorganisationen und den in ihnen wirkenden revolutionären Kräften auseinandersetzen, um aus ihrem Kampf lernen und ihrer proletarisch-internationalistischen Pflicht maximal entsprechen zu können.■



NIEDER MIT DER APARTHEID IN ÖSTERREICH !

ONE MAN, ONE VOTE ! - EIN MENSCH, EINE STIMME ! Das ist eine der Losungen der nationaldemokratischen Bewegung in Südafrika gegen das gerade auch vom österreichischen Imperialismus massiv unterstützte faschistische Rassistenregime, gegen das System der Apartheid, welches den Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe und Herkunft elementarste demokratische Rechte - wie zum Beispiel das Stimmrecht - verwehrt.

Angesichts des Aufschwungs der militanten Kämpfe gegen das südafrikanische Rassistenregime heucheln gerade in letzter Zeit nicht wenige politische Repräsentanten des österreichischen Imperialismus - sofern sie nicht direkt die südafrikanischen Verhältnisse verteidigen - Empörung ob der "undemokratischen Zustände" in Südafrika und empfehlen gleiches Wahlrecht. Sie tun das natürlich nicht, weil sie gar so glühende Anhänger der "Demokratie" sind, sondern weil sie sich davon erhoffen, daß mit Illusionen über die "Macht" des Stimmzettels der revolutionäre Schwung aufgehalten oder doch wenigstens abgebremst würde.

Und diverse "Grün-Alternative" und sich selbst als "Linke" vorstellende Kräfte ? Sie entlarven nicht diese abgrundtiefe Heuchelei, sondern feiern sie als erste Schritte auf dem richtigen Weg und fordern im Grunde noch mehr, noch größere, noch bessere Heuchelei von den Politikern jenes österreichischen Imperialismus, der nicht nur in Südafrika den faschistischen Terror unterstützt und davon profitiert, sondern auch in der Türkei, in Chile, Marokko usw.

● AM BEISPIEL DER AUSLÄNDISCHEN ARBEITER IN ÖSTERREICH

Wie ernst es diesen Herren mit ihrer Forderung ist, sieht man, wenn man sich die Lage der ausländischen Arbeiter in Österreich anschaut. Herrscht nicht hier auch eine Art von "Apartheid", sind die ausländischen Arbeiter nicht auch Menschen zweiter Klasse für die Regierung des österreichischen Finanzkapitals - für alle Regierungen Österreichs in Vergangenheit und Gegenwart, egal ob ÖVP- oder SPÖ-Regierungen ?!?

♦ Obwohl die Werktätigen aus den verschiedenen Ländern hier in Österreich leben und arbeiten, wird ihnen <u>das Wahlrecht vorenthalten</u>.

♦ Für Werktätige aus anderen Ländern gelten rassistisch-faschistische <u>Sondergesetze</u> ("Ausländerbeschäftigungsgesetz" und "Fremdenpolizeigesetz"), die von der SPÖ-Regierung in direkter Fortsetzung der bis 1975 gültigen nazifaschistischen Bestimmungen erlassen wurden, die unter anderem festlegen:

● Die "Beschäftigungserlaubnis" wird n i c h t dem Werktätigen erteilt, sondern dem Kapitalisten;

● Über die Erteilung der "Beschäftigungsbewilligung" verhandelt die Behörde nur mit dem Kapitalisten, der arbeitssuchende Werktätige hat nicht einmal das Recht auf Akteneinsicht;

● Die "Beschäftigungsbewilligung" wird maximal auf ein Jahr erteilt (erst nach 8 Jahren kann um einen jederzeit widerruflichen "Befreiungsschein" angesucht werden) und kann jederzeit aufgehoben werden. Sie gilt nur für einen bestimmten Arbeitsplatz, wodurch der ausländische Werktätige persönlich von "seinem" Kapitalisten extrem abhängig wird und für ihn eine freie Wahl des Arbeitsplatzes weitgehend beseitigt ist;

● Über die in einer Branche "zulässigen" ausländischen Werktätigen "verhandeln" die "Sozialpartner" und legen die Behörden "Kontingente" fest, deren Größe sich allein nach den "Bedürfnissen" des Kapitals richten;

● Nicht nur in Südafrika, auch in Österreich herrscht "Job-Reservation": Staatsbürger haben ein Vorrecht auf Arbeitsplätze, Ausländer dürfen erst genommen werden, wenn sich kein Inländer findet, während sie umgekehrt als erste entlassen werden müssen - laut Gesetz !

● Ausländische Werktätige haben kein Recht, Betriebsräte zu werden;

● Wenn es dem Ausländer nicht gelingt, eine "ortsübliche Unterkunft" zu finden, kann ihm die Beschäftigungsbewilligung sofort entzogen werden. Berücksichtigt ist die sogenannte "Quadrature", die Notwendigkeit, vom Quartiergeber immer wieder (z.B. Arbeitsplatzwechsel) eine Bestätigung zu erhalten, daß das Quartier genügend groß ist und einen gewissen Mindeststandard aufweist;*

● Die Miete für Ausländerwohnungen darf laut Gesetz bis zum vierfachen des "ortsüblichen Preises" betragen, wenn sie über keine Dusche verfügt. Wenn sie eine Dusche oder Bad hat, ist die Miete überhaupt unbegrenzt;

● Sobald ein jugendlicher Ausländer das 18.Lebensjahr erreicht hat, wird er abgeschoben, falls er keine Arbeit findet.

♦ Ausländische Werktätige zahlen wie Inländer Sozialabgaben und Steuern, aber Ausländer sind von der Sozialhilfe insofern de fakto ausgeschlossen, als sie in diesem Fall von der Abschiebung bedroht sind. In Wien wurde mit dem neuen "Sozialhilfe-Gesetz" jegliche Sozialhilfe an ausländische Werktätige nunmehr auch direkt abgeschafft !

● Ausländer haben kein Recht auf Geburtenbeihilfe, wenn sie nicht mindestens drei Jahre ohne Unterbrechung in Österreich waren.

● Sie haben kein Recht auf Notstandshilfe bei Arbeitslosigkeit;

● Für im Heimatland lebende Kinder erhalten sie nur eine verminderte Familienbeihilfe, für behinderte Kinder keinerlei Zulagen.

♦ Eine Reihe von Lehrberufen sind für Türken und Jugoslawen ausdrücklich (!) gesperrt.

♦ Das Arbeitsamt vermittelt heute keine Ausländer.

♦ Asylwerber werden ins "Flüchtlingslager" Traiskirchen gepfercht, wo sie oft monatelang unter unbeschreiblichen Bedingungen leben müssen. 5 Personen müssen sich einen Raum in einer Holzbaracke teilen, auf 10 Familien (!) kommt durchschnittlich eine Dusche... Alleinstehende Personen müssen in Schlafsälen mit bis zu 40 Stockbetten hausen...

* Die Art, wie in Österreich das Wohnungselend der sogenannten "Gastarbeiter" "bekämpft" wird, ist so zynisch, daß selbst Botha noch was davon lernen könnte: Wer vom Hausherrn bzw. Quartiergeber nicht immer wieder bestätigt bekommt, daß er "anständig" untergebracht ist, nämlich mit genügend Quadratmeter Wohnfläche, eigener Schlafstelle, eigenem Eßplatz, Kastenraum, genügend Fenstern usw., der läuft Gefahr, seine Arbeitsbewilligung zu verlieren ! Offenbar eine originelle Methode, dem Wohnungselend der ausländischen Arbeiter entgegenzuwirken: wer keine Bestätigung eines gewissen Mindeststandards vorlegen kann, egal wie teuer er sie erkauft hat und wie fiktiv sie ist, wird halt abgeschoben !



● AM BEISPIEL DER NATIONALEN MINDERHEITEN IN ÖSTERREICH

Doch nicht allein für ausländische Werktätige herrschen heute in Österreich Zustände, die wesentliche Parallelen zu Südafrika aufweisen. <u>"Apartheid" herrscht auch für die nationalen Minderheiten in Österreich</u>, speziell, doch nicht allein für die Slowenen in Kärnten, die "Fremde im eigenen Land" sind.

Die Kärntner Slowenen wie auch die Kroaten im Burgenland sind vielfältigen Diskriminierungen und Schikanen ausgesetzt, die auf der Linie der Zwangsgermanisierung bzw. Zwangsassimilierung auf die Zerschlagung der Existenz dieser nationalen Minderheiten hinausläuft und von allen Parlamentsparteien betrieben wird. Die Hitlerfaschisten wollten die "Endlösung" der "Slowenenfrage" in Kärnten, und was die Nazifaschisten nicht ganz erreicht haben mit Deportationen, Aussiedlungen und Pogromen, das wollen jetzt jene erreichen, die nicht müde werden, sich als großartige "Demokraten" auszugeben.

Die 2.Republik brachte den Slowenen in Kärnten wie auch den anderen nationalen Minderheiten in Österreich de fakto Zug um Zug eine Verschlechterung ihrer Situation, eine immer größere Einschränkung ihrer nationalen Rechte, wobei sich die Herrschenden und ihre Regierungen jederzeit über ihre eigenen auf dem Papier stehenden Gesetze hinweggesetzt haben, besonders über die sich aus dem § 7 des Staatsvertrags ergebenden Verpflichtungen in Bezug auf die Rechte der nationalen Minderheiten. Schritt für Schritt wurden die Gebiete mit zweisprachigen Schulen und der Sprache der nationalen Minderheiten als Amtssprache usw. beschnitten.

In jüngster Zeit konzentrieren sich die chauvinistischen und rassistischen Attaken auf die Herbeiführung einer besonderen Apartheid in Kärnten. Apartheid heißt "getrennte Entwicklung", und genau diese soll nunmehr in Kärnten mit Rückendeckung aller Parlamentsparteien durchgesetzt werden, um die slowenische nationale Minderheit zu isolieren, ihre Existenz- und Entwicklungsbedingungen unmöglich zu machen. Die "Begründungen", die von den Chauvinisten dafür gegeben werden, sind nicht minder demagogisch wie jene, mit denen in Südafrika die Apartheid gerechtfertigt wird: "Getrennte Entwicklung" diene ja gerade zur Entfaltung der nationalen Identität, sei entwicklungsfördernd, während sie in Wirklichkeit brutale Unterdrückung bedeutet.

Hier schließt sich auch der Kreis. Es ist kein Wunder und kein Zufall, daß gerade in Kärnten die "Freundschaft" mit dem rassistischen Apartheid-Südafrika in besonderem Maße gehegt und gepflegt wird, z.B. durch den "Österreichisch-Südafrikanischen-Club Kärnten", der bezeichnenderweise mitten während des vom "Kärntner Heimatdienst" initiierten und indirekt von allen Parlamentsparteien unterstützten "Volksbegehrens" für die faktische Abschaffung des zweisprachigen Unterrichts und der gemeinsamen Schulen einen Rassisten der südafrikanischen Botschaft in Wien herbeiholte, der zum Thema "Die Erziehung der schwarzen Südafrikaner - Probleme und Erfolge" sprach.

Jeder klassenbewußte Arbeiter, jeder ehrliche Antifaschist und Antiimperialist und erst recht jeder Marxist-Leninist muß der rassistisch-faschistischen und chauvinistischen Politik in all ihren Formen, von den raffiniertesten bis zu den brutalsten, energisch entgegentreten. Der Kampf dagegen wird immer dringender und muß angesichts der sich verschärfenden und zunehmenden chauvinistischen und rassistischen Vorstöße gerade auch gegen jede Form der G e w ö h n u n g an diese zunehmende Faschisierung, an den alltäglichen Faschismus und Chauvinismus geführt werden, dabei bewußt machend, daß es vor allem die Wurzel der nationalen und rassistischen Unterdrückung auszureißen gilt, das imperialistische Ausbeutersystem selbst zerschlagen werden muß.■

NIEDER MIT DEM RASSISMUS DER ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISTEN !

Unter endlosen Berufungen auf "Demokratie", "Freiheit", "Fortschritt", "Humanismus", verlogen mit dem "Hausverstand" argumentierend und an diesen appellierend, wird von den bürgerlichen Medien hierzulande unter den Millionenmassen der Werktätigen pausenlos unverkennbarer Rassismus propagiert. Sei es von "Staberl" in der "Krone", sei es von Otto Habsburg in den "Vorarlberger Nachrichten", um nur zwei Beispiele zu nennen.

Sattsam bekannt sind "Staberl's" faschistoide "Kommentare" in der "Neuen Kronenzeitung". Kämpfen alte und neue Nazis gegen die angebliche "Nazi-Lüge", womit die millionenfachen Morde des Hitlerfaschismus in den Konzentrationslagern vordergründig vergessen gemacht, in Wirklichkeit aber gerechtfertigt werden sollen, so ist es - unter anderem ! - das Anliegen von "Staberl" alias Nimmerrichter, gegen die angebliche "große Lüge über Südafrika"

Fortsetzung des Kastens auf S.51

Fortsetzung des Kastens von S.50

("Kronenzeitung",2.4.84) zu Felde zu ziehen. "Staberl" hat auch schon vor langem entdeckt, daß die Verhältnisse in Südafrika etwa im Vergleich zu Polen geradezu "paradiesisch" seien !

Allerdings können es in dieser Beziehung auch andere bürgerliche Massenmedien Österreichs mit "Staberl" und der "Kronenzeitung" aufnehmen, was die Verbreitung übelsten Rassismus und Chauvinismus angeht. Nehmen wir als Beispiel nur zwei Artikel der "Vorarlberger Nachrichten" von 1982 und 1985.

Da erklärt in den "VN" Herr Habsburg: "Südafrika ist eine Demokratie, zumindest für den weißen Teil seiner Bevölkerung. Das bedeutet nicht zuletzt freie Wahlen und eine unabhängige Presse." ("VN", 9.4.1982). Daß die Schwarzen, welche die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bilden, von dieser "Demokratie" und diesen "freien Wahlen" gänzlich a u s g e s c h l o s s e n sind, zählt für diesen habsburgischen Blinddarm nicht, spielt keine Rolle, ist offensichtlich für diesen "abendländischen Denker" kein Maßstab !

Der von den "Vorarlberger Nachrichten" verkündete weiße Herrenmenschen-Standpunkt wird nur bestätigt und unterstrichen, wenn es in einem Artikel 1985 zur "neuen Verfassung" Südafrikas heißt: "Inder und Mischlinge haben mit Jahresbeginn s o g a r Einzug in die Parlamente gehalten." (1.4.85) Man denke nur, was die jetzt schon alles "dürfen" ! Was kümmert's den rassistischen Schreiberling der "VN", daß nach wie vor die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in Südafrika, gesetzlich sanktioniert durch eine offen rassistische Verfassung, nach wie vor politisch entrechtet und gedemütigt wird. Es sind in seinen Augen halt doch nur "Menschen zweiter Klasse" !

Die kolonialistischen und imperialistischen "europäischen" Ansprüche auf die weiße Vorherrschaft über die Völker Südafrikas kommt noch unverhüllter zum Vorschein, wenn direkt die "europäischen" Interessen angesprochen werden. Die "Schwarzen" sollen kuschen, denn: "Schließlich gibt es handgreifliche europäische Interessen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Rohstoffe Südafrikas für uns lebenswichtig sind." ("VN", 9.4.1982) Mit anderen Worten: Die schwarzen Völker Afrikas müssen bluten und unter'm Joch dahinvegetieren, damit "wir", "die Europaer" "leben" können ! Folglich wird auch Gift und Galle gespuckt gegen irgendwelche Boykottmaßnahmen und Sanktionen gegen Südafrika: "Man will also, daß wir, entgegen den Interessen unserer Bevölkerung einen Markt verlieren" (ebenda). Den Gipfel bildet schließlich Habsburgs "ja, aber"-Ausspruch: "Gewiß soll Europa in seiner Politik nach Kräften für Menschenrechte eintreten und diese wo immer möglich verfechten. Man darf a b e r nicht vergessen, daß auch die Europäer Menschen sind und ein Recht auf Leben haben." (Ebenda). Deutlicher kann der weiße Sklavenhalterstandpunkt kaum zum Ausdruck gebracht werden !

Die österreichische Bourgeoisie weiß schon, warum sie unter anderem den Habsburger einlädt, seinen rassistischen Dreck in ihren Medien abzuladen. Schließlich ist in der Person dieser kaiserlichen Nachgeburt die Ideologie der rassistischen Erniedrigung besonders der slawischen Völker des Habsburgischen Völkerkerkers noch besonders lebendig und, wie man sieht, immer noch verwertbar.

Die "minderwertigen" Völker müssen unterworfen, der "überlegenen Rasse" untertan gemacht werden, das ist von jeher die "Herrenmenschen"-Ideologie der Kolonialisten und Imperialisten. Das ist die Ideologie des Hitlerfaschismus, der die Völker dahinschlachtete, damit "wir Deutsche leben können". Das ist die barbarische Ideologie des Rassismus, Faschismus und Chauvisnismus, die es in allen ihren Spielarten und Erscheinungsformen unerbittlich zu bekämpfen gilt !■

ZUR SÜDAFRIKA-DEMONSTRATION IM AUGUST 1985 IN WIEN:

EIN BILD DES JAMMERS !

Am 18.9.1985 fand in Wien eine Demonstration statt unter dem Motto "Apartheid Nein !", an der zirka 1000 Menschen teilnahmen.

Diese Demonstration bot wieder einmal ein deutliches Bild vom traurigen Zustand der antiimperialistischen Bewegung in Österreich.

Schon vom äußeren Bild her zeigte sich das. Man hatte absolut nicht den Eindruck, es mit dem kämpferischen Aufmarsch protestierender Antiimperialisten zu tun zu haben, sondern mit einer leidigen "Pflichtübung".

Dabei war die Demonstrationsroute nicht einmal schlecht gewählt: zu den großen Banken, welche das Rassisten-Regime in Südafrika finanzieren und zum Bundeskanzleramt. Doch die Polizei hatte es angesichts des sich da bietenden Bildes nicht einmal nötig, vor den Banken, welche Gegenstand der Wut und des Protestes der Demonstranten hätten werden können, Polizisten aufzustellen...

Selbstverständlich hat es keinen Sinn, diesen Zustand einfach zu bejammern. Doch erstens muß man ihn nüchtern feststellen. Zweitens kommt es vor allem darauf an, die U r s a c h e n dieser jämmerlichen Saft- und Kraftlosigkeit festzustellen.

Kernpunkt ist der durch und durch reformistische und n i c h t antiimperialistische Charakter dieser Demonstration, der hauptsächlich durch die dort führenden Kräfte bestimmt wurde, die Regierungs-"Sozialisten", die "K"PÖ-Revisionisten und ähnliche.

Bezeichnend dafür war die Rede von Hindels, der für die SPÖ heute faktisch die Rolle eines antifaschistischen Feigenblatts spielt, indem er sich ein "kritisches" Image gibt. Lauthals verurteilte er... Reagan. Zugleich kritisierte er auch, daß Österreich nicht die richtige "Haltung" einnehme. Das tat er allerdings, um den Leuten weiszumachen, daß durch mehr "Druck" sich diese Haltung ändern könnte. Vor allem ging es Hindels darum, die Regierungs-"Sozialisten" aus der Schußlinie zu nehmen und eben diesem Zweck diente ja auch sein eigenes Auftreten auf der Demonstration.

Die ehrlichen Antiimperialisten und Antifaschisten, die sich einer solchen proimperialistischen Atmosphäre nicht mehr widerspruchslos unterordnen und den antiimperialistischen Kampf militant führen wollen, müssen zukünftig verstärkt alle Möglichkeiten wahrnehmen, um die herrschende Heuchelei zu durchbrechen, ihren Protest dagegen lautstark zu bekunden.

DER "LINKE BLOCK" - ABSOLUT KEINE ALTERNATIVE ZUM REFORMISTISCHEN DEMO-AUFRUF - SELBST REFORMISTISCH UND CHAUVINISTISCH !

Der offizielle Demo-Aufruf "Apartheid Nein !" fiel durch seinen extrem reformistischen Charakter auf. Es ist darin nichts zu finden, was über das für die österreichischen Imperialisten Annehmbare hinausginge.

Die Plattform des "Linken Blocks", unterzeichnet von der AL Wien, den GRM- und IKL-Trotzkisten, Antimilitaristische Gruppe Wien, Autonome, Rotstilzchen, Schwarzhörer usw., ist keine Spur fortschrittlicher, auch wenn er im Sprüchlein gipfelte "Der Widerstand, der ist nicht tot - Südafrika wird schwarz, wird rot !".

● B e i d e Aufrufe verbreiten Illusionen über eine "Wende" der Imperialisten in Bezug auf ihre Haltung zu Südafrika, statt die "Anti-Apartheid"-Manöver der Imperialisten zu entlarven, die darauf abzielen, Südafrika als imperialistische Einflußsphäre zu erhalten, und sei es um den Preis einer "Aufhebung" der Apartheid in ihrer gegenwärtigen Form.

● B e i d e Aufrufe vertuschen komplett, daß die bestialisch unterdrückten Völker im südlichen Afrika das rassistische und imperialistische Joch einzig und allein durch die gewaltsame Zerschlagung des Ausbeutersystems in Südafrika durch die bewaffneten Volksmassen, d.h. durch eine antirassistische, agrarrevolutionäre und antiimperialistische gewaltsame R e v o l u t i o n abwerfen und nur dadurch ihre Freiheit erlangen können !

● B e i d e Aufrufe leugnen die Existenz des österreichischen Imperialismus und nehmen ihn aus der Schußlinie, statt das Feuer gegen die "eigene" herrschende imperialistische Bourgeoisie zu konzentrieren.

B e i d e Aufrufe sind weder antiimperialistisch noch revolutionär, sondern haben sogar eine proimperialistische Schlagseite !

In mancher Beziehung ist die Plattform des "linken Blocks" sogar noch übler. Im Abschnitt über "internationale Solidarität" wird darin hervorgehoben:

> "Die australische Regierung hat jüngst den Stop sämtlicher öffentlicher Investitionen in Südafrika beschlossen."

Das mag stimmen, doch was hat es mit antiimperialistischer Solidarität zu tun ? Tut das die australische Regierung vielleicht aus tatsächlicher Solidarität mit den unterjochten Schwarzen in Südafrika, oder tut sie es vielmehr in Wirklichkeit aufgrund und im Interesse ihrer Profitinteressen ?!

Den Gipfel stellt allerdings die These dar:

> "Im Kampf gegen den Rassismus steckt eine Dynamik, die über kapitalistische Reformideen hinausgeht, die ein sozialistisches Südafrika unter E i n s c h l u ß von Namibia, Angola und Mozambique als Ziel weisen kann."

Offensichtlich von den Trotzkisten inspiriert, wird hier vertuscht und weggeredet, daß in Südafrika eine antirassistisch-antiimperialistische und agrarrevolutionäre Etappe der Revolution (von Revolution wird im übrigen erst gar nicht gesprochen !) nötig ist, um zur sozialistischen Revolution überzugehen, um zu einem künftigen sozialistischen Südafrika gelangen zu können. Ist das schon chauvinistisch gegenüber der nationalrevolutionären Bewegung der schwarzen Massen in Südafrika, so bedeutet es Chauvinismus im Quadrat, wenn doch tatsächlich gefordert wird ein "sozialistisches Südafrika u n t e r E i n s c h l u ß von Namibia, Angola und Mozambique als Ziel" !

Das ist ein direkter Schlag ins Gesicht etwa der Volksmassen Namibias, die ganz klar und eindeutig für ihre Lostrennung, für ihre vollständige nationale Unabhängigkeit gegen die südafrikanische Okkupation des Landes kämpfen ! Nicht anders steht es mit Angola und Mozambique, die von jeher Objekt des aggressiven Expansionsstrebens der südafrikanischen Rassisten und Militaristen sind. Ihnen wird vom "linken Block" ebenfalls der "Anschluß" verordnet !

Man rede sich nicht darauf heraus, daß ja in Afrika die Grenzen von den Imperialisten willkürlich gezogen seien. Das gibt noch längst kein Recht, ebenso willkürlich für ein "Groß"-Südafrika" einzutreten. Es ist eine chauvinistische Frechheit, den Völkern dieser Region vorzuschreiben, mit welchem angeblichen Vereinigungsziel sie zu kämpfen hätten. Anscheinend müssen die Völker dieser Länder, die jahre- und jahrhundertelang für ihre nationale Unabhängigkeit gekämpft haben und weiter dafür kämpfen, das auch gegen diese pseudo-linken Phrasendrescher tun.

Ihre "Forderung" ist ebenso "fortschrittlich" wie die großdeutsch-chauvinistische Losung der Renner und Bauer von der "gesamtdeutschen Revolution" mit dem Ziel eines "sozialistischen Großdeutschland" unseligen Andenkens, die in der Tat nur Rechtfertigung der hitlerfaschistischen Okkupation Österreichs im Jahre 1938 und Sabotage und Verrat am Kampf dagegen war - verbrämt mit "sozialistischen" und "internationalistischen" Phrasen !

Das müssen auch jene erkennen, welche die Plattform des "linken Blocks" aus einer gewissen "Unbekümmertheit" um ihren Inhalt mitunterzeichnet haben. Denn erstes ist eine solche Haltung schon unentschuldigbar und zweitens trägt jeder so oder so die Verantwortung für das, was er unter die Leute bringt.

Die MLPÖ verteilte auf der Demonstration das Flugblatt "DER ÖSTERREICHISCHE IMPERIALISMUS - EIN VERBRECHERISCHER HELFERSHELFER UND NUTZNIESSER DES SÜDAFRIKANISCHEN RASSISTENREGIMES", das vor allem wegen der in der Überschrift angesprochenen Stoßrichtung Aufmerksamkeit erweckte.■

IDEOLOGISCHE DEBATTE

ZUR FRAGE DER BOYKOTTFORDERUNG

Von einem Sympathisantenkollektiv des WESTBERLINER KOMMUNIST erhielten wir den folgenden Brief zum Flugblatt der MLPÖ zu Südafrika:

★

"Liebe Genossinnen und Genossen,

wir begrüßen ausdrücklich Euer Flugblatt über die Rolle der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs in Südafrika.

In unserer Diskussion ergab sich folgende Kritik:

Der Abschnitt "Die imperialistische Bourgeoisie kennt nur e i n e 'Moral': Profitmaximierung !" stellt richtig heraus, daß die Bourgeoisie "gegen Boykottmaßnahmen wegen ihrer Profite" ist.

Ihr arbeitet in dem Flugblatt aber nicht heraus, wie Ihr zur Forderung nach Boykottmaßnahmen gegen das faschistische Apartheidregime steht, so daß sich schlußfolgern läßt: die Forderung nach Boykott aufzustellen ist sinnvoll, weil damit die österreichische Bourgeoisie getroffen wird.

Wir sind der Meinung, daß die Aufforderung an die Bourgeoisie, nicht mehr in Südafrika zu investieren und Handel zu treiben, f a l s c h ist, denn sie schürt Illusionen: einen solchen Appell an die 'eigenen' Imperialisten zu richten, heißt glauben zu machen, die Imperialisten könnten zur Erfüllung antiimperialistischer Taten bewegt werden.

Die Opportunisten in Westberlin und in Westdeutschland, die eine entsprechende ANC-Forderung aufgriffen, betreiben eben diese Politik der Schürung von Illusionen in einen imperialistischen Staat, der einer der Henker der Völker Südafrikas ist. Wenn die Opportunisten in Österreich die gleiche Politik auf ihre Fahnen geschrieben haben (was wir nicht wissen), hättet Ihr unbedingt dazu Stellung nehmen müssen.

Anders würde es sich mit einer Aufforderung zu Kampfmaßnahmen an die Arbeiter selbst (z.B. Schiffe mit Waffen und Waren für das südafrikanische Regime nicht zu be- und entladen) verhalten, das läge auf einer ganz anderen Ebene und wäre sicher richtig.

Mit revolutionärem Gruß

Ein Sympathisantenkollektiv des WBK

20.11.1985 "

☆

Die von den Westberliner Genossinnen und Genossen angeschnittene Frage ist sehr wichtig und scheint uns einer ausführlichen Diskussion wert. Deshalb wollen wir nicht sogleich eine sozusagen "abschließende" redaktionelle Antwort darauf anfügen, sondern eine Diskussion über das Thema eröffnen.

Als ersten Beitrag zu dieser Diskussion drucken wir nachstehend einen Leserbrief eines RF-Aktivisten ab, der mit der Kritik der Westberliner Genossinnen und Genossen nicht ganz einverstanden ist, und ersuchen um weitere Diskussionsbeiträge.

Die Redaktion

SPENDET FÜR DEN RF-FONDS !

LESERBRIEF ZUR KRITIK DER WESTBERLINER GENOSSINNEN UND GENOSSEN AM SÜDAFRIKA-FLUGBLATT DER MLPÖ

Die Verfasser des Leserbriefs aus Westberlin haben meiner Meinung nach durchaus recht, wenn sie kritisieren, daß das MLPÖ-Flugblatt zu Südafrika keine Stellungnahme zur Forderung nach Boykottmaßnahmen gegen Südafrika enthält, die Frage, wie die Marxisten-Leninisten zu dieser Forderung stehen, unbeantwortet läßt.

Der Kernsatz in den Ausführungen der Westberliner Genossinnen und Genossen ist jedoch, daß "die Aufforderung an die Bourgeoisie, nicht mehr in Südafrika zu investieren und Handel zu treiben, f a l s c h ist, d e n n sie fördert I l l u s i o n e n". Und eine solche kategorische Feststellung würde ich n i c h t unterschreiben, sie scheint mir in dieser Form irreführend und f a l s c h .

Ich behaupte, daß im Grunde j e d e Forderung nach Zugeständnissen, die wir an die Bourgeoisie richten, an ihren Staat, ihre Regierung usw. nicht nur die Gefahr in sich birgt, Illusionen zu fördern, sondern das unweigerlich auch mehr oder weniger weitgehend tut. Dennoch aber erklären wir nicht alle solche Forderungen prinzipiell für falsch und unzulässig.

Mit Recht prangern wir an, daß die österreichische Bourgeoisie und ihre Regierung mit den südafrikanischen Rassisten nicht nur intensiven Handel treibt und dort investiert, sondern auch strategische Güter und Waffen an die Botha und Co liefert, sodaß diese die in Bewegung geratenen schwarzen Völker noch besser und noch blutiger niederschlagen können. Selbstverständlich sind wir auch entschieden gegen diese und jede andere Unterstützung der Rassisten. Warum aber soll es dann nicht zulässig sein, aus voller Kehle "Schluß damit !" zu rufen und die Forderung zu erheben, diese verbrecherische Geschäftemacherei und Politik einzustellen !? Einer solchen Forderung mit dem Argument entgegenzutreten, sie würde ja sowieso nicht erfüllt und erzeuge nur Illusionen, halte ich für reichlich lebensfremd. Das wäre nicht mobilisierend, sondern demobilisierend,

> Enttäuscht waren die südafrikanischen Aussteller. Ihre Kisten blieben auf der Messe unausgepackt. Die australischen Gewerkschaften hatten Politik vor Handel gestellt und die Südafrikaner wegen des Apartheidkurses Pretorias boykottiert.
>
> (Aus einem Bericht des »Handelsblatt« vom 9. 8. 85 über eine Maschinenbauausstellung in Australien)

würde uns isolieren, weil die Massen eine solche Haltung als versteckte Unterstützung der Rassisten auffassen würden.

Der Westberliner Leserbrief sagt richtig, daß es unsinnig wäre, die Imperialisten zu einer Politik "antiimperialistischer Taten" bewegen zu wollen. Aber ist es schon eine a n t i i m p e r i a l i s t i s c h e Tat, wenn man den Handel mit den Rassisten einstellt, aufhört, sie sogar mit strategischen Gütern und Waffen zu beliefern, aufhört, um die Führer und Gesandten dieser Rassisten herumzuscharwenzeln ?? Ist es denn völlig unmöglich, daß der eine oder andere bürgerliche Staat das südafrikanische Rassistenregime tatsächlich boykottiert, d.h. den Handel mit ihm einstellt und seine dipolmatischen Vertretungen schließt ? Ich halte sowas durchaus für möglich, insbesondere wenn die schwarze Befreiungsbewegung rasch anwächst und man nicht mehr weiß, ob die Aufrechterhaltung von wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit den Rassisten nicht schon mehr Schaden als Nutzen bringt. Es ist möglich und denkbar, weil der Handels- und politische Boykott eben noch lange keine "antiimperialistische Tat" ist !

Mir scheint, daß die Verfasser des Leserbriefes Schwierigkeiten haben, sich vorzustellen, daß man die Bourgeoisie im allgemeinen und Imperialisten im besonderen dazu bringen könnte, sozusagen "gegen ihre Interessen" zu handeln, Taten zu setzen, die auf Kosten ihrer Profite gehen. Aber genauer betrachtet, stellen wir doch ununterbrochen Forderungen, die bis zu einem gewissen Grade auf Kosten kapitalistischer und imperialistischer Interessen gehen, andernfalls wäre es ja Blödsinn, sie überhaupt

zu erheben. Wir taten und tun das sogar im vollen Bewußtsein, daß schon das Aufstellen solcher Forderungen Illusionen wecken oder fördern kann und erst recht gewisse Illusionen gestärkt werden, wenn die Imperialisten und ihre Regierung derartigen Forderungen da und dort mehr oder weniger weitreichend nachgeben.

Was die Genossinnen und Genossen übersehen, ist offenbar die Tatsache, daß die Interessen der Bourgeoisie ein sehr vielgestaltiger und vielschichtiger Komplex sind, daß man insbesondere zwischen kurzfristigen und langfristigen Interessen, zwischen Interessen einzelner Kapitalisten und Kapitalistengruppen und Interessen der Kapitalistenklasse im allgemeinen unterscheiden muß. Die Verletzung der einen Art von Interessen kann durchaus anderen, höher stehenden Interessen dienen.

Die Probleme, mit denen wir es hier zu tun haben, sind offenbar verschiedene Aspekte des Problems von Tagesforderungen, des Kampfes für Zugeständnisse und für Teilreformen im Kapitalismus überhaupt. Handelt es sich um echte und nicht bloß um demagogische Zugeständnisse, so gehen sie immer auf Kosten und zu Lasten bestimmter Interessen der herrschenden Bourgeoisie - und dennoch ist es möglich, der Bourgeoisie, ihrem Staat und ihrer Regierung solche Zugeständnisse abzuringen, wenn diese fürchten muß, andernfalls längerfristige und höherstehende ihrer Interessen zu gefährden. Anders gesagt: Was die Bourgeoisie auf der einen Seite, in einer Hinsicht schadet, kann ihr auf der anderen Seite, in anderer Hinsicht durchaus nützen.

Vom Standpunkt der kämpfenden Arbeiter aus betrachtet, ist das Problem lediglich seitenverkehrt: auf dem Gebiet des Kampfes um Zugeständnisse und Reformen gibt es immer zwei verschiedene Seiten, zwei verschiedene Tendenzen, solche, die der Revolution nützen, und solche, die ihr schaden, sodaß es immer auf das Verhältnis dieser gegensätzlichen Tendenzen zueinander ankommt, auf das, was sozusagen "unter dem Strich" als Schlußbilanz herauskommt. Eben d a r u m geht der Kampf !

Der grundlegende Gegensatz zwischen Reformisten und Revolutionären besteht bekanntlich nicht darin, daß erstere f ü r Reformen sind und letztere d a g e g e n, sondern daß die einen sie zwecks Erhaltung und Festigung der Ausbeuterordnung verlangen, handhaben und ausschlachten, während die Revolutionäre sie als Werkzeug zum Sturz der Ausbeuterordnung verwenden. Anders ausgedrückt: die Reformisten benützen die e i n e Tendenz von Reformen, nämlich die Züchtung und Förderung von Illusionen, die Revolutionäre dagegen die andere, die Möglichkeit, die Massen b e w u ß t e r zu machen, zu m o b i l i s i e r e n und in den Kampf auch für ihre langfristigen Interessen zu führen.

Also ist der Kampf um Zugeständnisse, für Forderungen, die nur gewisse Interessen des Kapitals beeinträchtigen, aber deswegen noch lange nicht "antikapitalistisch" oder "antiimperialistisch" sind, n i c h t a n s i c h f a l s c h, sondern kommt es darauf an, w i e er geführt wird, mit dem Ziel der Besänftigung oder der Mobilisierung der Massen, mit dem Ziel der Senkung ihres Bewußtseins, ihrer ideologischen Klarheit, ihrer Aktivität usw. oder mit dem Ziel der Erhöhung und Stärkung all dieser schließlich alles entscheidenden Faktoren.

Drücken wir es einmal ganz drastisch aus: Die Revolutionäre, die Marxisten-Leninisten, sind ganz enschieden g e g e n die Absendung einer Bittschrift an die Herren Sinowatz und Steger, diese sollten im Hinblick auf die österreichische "Neutralität", auf unsere wunderbare Demokratie, auf so traditionelle "österreichische Ideale" wie Völkerfreundschaft und Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Toleranz, Freiheitlichkeit und Humanismus doch bitteschön die so böses Blut machenden und Österreichs "Ansehen" schädigenden, obendrein vielleicht sowieso garnicht so profitablen Beziehungen zu den rassistisch-faschistischen Schlächtern von Kapstadt einstellen.

Wir wären jedoch begeistert d a f ü r, wenn etwa die Arbeiter aus Wien und Linz, Steyr und Donawitz erklären würden: "Ihr verfluchten österreichischen Imperialisten, wir legen Euch die Betriebe still, wenn Ihr nicht sogleich aufhört, die südafrikanischen Rassisten mit den von uns hergestellten Produkten auszurüsten !" Wir wären begeistert d a f ü r, wenn etwa die österreichischen Eisenbahner den Sinowatz und Co. das Ultimatum stellen würden: "Stellt Euren politischen und wirtschaftlichen Schacher mit den blutbefleckten Ausbeutern und Mördern unserer schwarzen Klassenbrüder in Südafrika sofort ein, sonst werdet Ihr erleben, daß wir Euer Zeug auf die Bahndämme werfen !"

Kann sein, daß die österreichischen Imperialisten und ihre Regierung demgegenüber "hart" bleiben und ihre reaktionären Machenschaften nur etwas besser zu verstecken und zu vertuschen suchen. Dann werden wir das aufdecken und unsere Forderungen durch massivere Kampfaktionen unterstreichen. Kann aber auch sein, daß die Herrschaften Konzessionen machen, auf die eine oder andere imperialistische Gaunerei verzichten, weil sie ihnen "zu teuer" käme. Dann aber werden wir das damit verbundene salbungsvolle Geschwätz entlarven, aufkeimenden Illusionen mit verstärkter Propagierung der Tatsachen und Fakten entgegentreten und uns für die erlangten Zugeständnisse mit neuen, weiter gehenden Forderungen "bedanken".

Den Verfassern des Westberliner Leserbriefes ist all das sicher bekannt. Aber dennoch haben sie es - wie ich meine - nicht genügend berücksichtigt. Das kommt daher, weil sie an die Dinge zu starr, zu einseitig, zu sehr nach einem "entweder-oder"-Schema, mit einem Wort, u n d i a l e k t i s c h herangegangen sind.

Vielleicht darf ich noch ein Beispiel aus der Anfangsperiode der österreichischen Arbeiterbewegung beifügen, das sehr schön illustriert, worum es geht. Es war am 13.Dezember 1869, am Tag der Eröffnung einer neuen Session des Reichsrates. Die noch in ihrer Kindheitsphase steckende Arbeiterbewegung wollte die Gelegenheit zu einer Massendemonstration und zur Überreichung einer Petition an den damaligen Regierungschef benützen. Die in der Bittschrift enthaltenen Forderungen waren ziemlich bescheiden und betrafen vor allem die Aufhebung der zahlreichen Beschränkungen des Koalitionsrechtes. Es waren Forderungen, die in den meisten anderen kapitalistischen Ländern Europas längst verwirklicht waren, im Grunde sogar auf eine Modernisierung und damit Festigung der Monarchie hinausliefen. Und selbstverständlich steckte eine ungeheure Menge von Illusionen hinter den überreichten Forderungen. Dennoch aber war diese Demonstration ein Glanzpunkt in der Geschichte der jungen österreichischen Arbeiterbewegung und von geradezu historischer Bedeutung. Aus zwei Gründen vor allem: Auf dem Platz vor dem Regierungsgebäude standen 20.000 Arbeiter und am Ende der "Bittschrift" stand der sehr ernst gemeinte und sehr ernstzunehmende Satz:

> Sollten unsere Forderungen nicht erfüllt werden, "so dürfte es möglich sein, daß das Volk wiederholt und in größeren Massen erscheint, um seinen Willen kundzugeben"!

D a s war der Geist, in dem die Arbeiterbewegung vorwärtskommen konnte, der Geist, in dem auch der Kampf um relativ geringfügige Zugeständnisse der herrschenden Klassen der Vorbereitung der Revolution dienen konnte.

L.W. ■

BEISPIEL DES PRAKTIZIERTEN PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS

Über ein Jahr lang streikten elf irische Angestellte in Dublin gegen das rassistische Regime in Südafrika und gegen politische Unterdrückung im Betrieb.

Im Sommer 1984 weigerte sich die junge Angestellte Mary Manning, südafrikanische Waren zu verkaufen. Sie wurde umgehend entlassen. Unverzüglich legten weitere zehn Kolleginnen und Kollegen die Arbeit nieder und riefen den Streik aus. Sie mußten von umgerechnet 420 S Streikgeld die Woche leben. Wöchentlich wurden Solidaritätskundgebungen von Kolleginnen und Kollegen vor dem Kaufhaus durchgeführt. Mit Plakaten und Flugblättern organisierten sie die Solidarität unter den Werktätigen.

Der mutige und entschlossene Kampf dieser elf Kolleginnen und Kollegen ist über Irland hinaus bekannt geworden. Ihr entschlossenes Auftreten schreckte nicht nur die Kaufhauskapitalisten, sondern auch die südafrikanischen Rassisten, die ihnen das Betreten von Südafrika untersagte. Anläßlich des Jahrestags ihres Streiks wollten die elf nämlich nach Südafrika fahren.

DOKUMENTE DOKUMENTE DOKUMENTE DOKUMENTE

ZUR "RESOLUTION ZUR SÜDAFRIKANISCHEN FRAGE" DES EKKI VON 1928:

AUS DEM ERFAHRUNGSSCHATZ DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE LERNEN, UM DIE HEUTIGEN AUFGABEN KONSEQUENT ZU ERFÜLLEN !

Neben den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus zur nationalen und kolonialen Frage, deren Studium und Auswertung vorrangige Bedeutung hat, stellen auch die Dokumente und Analysen der Kommunistischen Internationale eine unschätzbare Hilfe dar, um grundlegende Fragen des Klassenkampfes heute besser zu verstehen.

Das gilt auch für die nachfolgend abgedruckten Dokumente des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) zu Südafrika.

Die Kommunistische Internationale hat einen wichtigen Kampf zur Durchsetzung einer marxistisch-leninistischen Linie in der KP Südafrikas geführt.

In der nachfolgend wiedergegebenen "Resolution zur südafrikanischen Frage" des EKKI von 1928, dem wichtigsten uns bekannten Dokument aus diesem Kampf, nimmt das EKKI zu entscheidenden Grundfragen des nationalrevolutionären Befreiungskampfes in Südafrika Stellung und kritisiert darin auch direkt die KP Südafrikas.

Da die Führung der KP Südafrikas offensichtlich nicht gewillt war, mit Chauvinismus und Reformismus zu brechen, richtete das EKKI 1930 nochmals einen Brief an die KP Südafrikas, in dem die "schweren rechtsopportunistischen Fehler" und besonders die weißen Führer Roux und Bunting wegen ihrer "chauvinistischen Ansichten" scharf kritisiert wurden. Leider haben wir dieses Dokument bisher nicht finden können. Wie massiv und scharf die Führung der KP Südafrikas in diesem Brief 1930 bereits kritisiert wurde, geht allerdings bereits aus einem uns bekannten Zitat daraus hervor. Chauvinismus und Rechtsopportunismus, heißt es in diesem Schreiben,

> "haben ihre Wurzeln in dem völligen Fehlen von Vertrauen in die Eingeborenen, die Bunting als 'erniedrigt', 'ruiniert', 'gefesselt' und 'durch den Kongreß zermahlen' bezeichnet und stellen die völlige Akzeptierung der europäischen Herrschaft dar. Deshalb müssen diese Theorien, die ein ernsthaftes Hindernis für die revolutionäre Bewegung in Südafrika darstellen und den weißen Chauvinismus in der Kommunistischen Partei widerspiegeln, entschieden verurteilt und zurückgewiesen werden. Dafür ist kein Platz in der KP."
> (Zitiert in: Orbon, Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania, Westberlin 1980, S.559)

In der KP Südafrikas entbrannte darüber ein heftiger Kampf und Anfang der Dreißigerjahre gelang es, die chauvinistische und reformistische Führung unter Bunting von der Führung abzusetzen und aus der Partei zu säubern.

Das zweite von uns abgedruckte Dokument, der Teil über Südafrika (Auszüge) aus den "Materialien" des Büros des Sekretariats des EKKI vor dem VII. Weltkongreß der KI, berichtet über Verlauf und Ergebnis dieses Kampfes gegen die ärgsten Chauvinisten in der KP Südafrikas.

Inwieweit sich die KP Südafrikas nachher wirklich auf marxistisch-leninisti-

schem Wege entwickelte, können wir gegenwärtig nicht beurteilen. Bekannt ist, daß die KP Südafrikas ihren Einfluß unter dem schwarzen Proletariat verstärken konnte. 1946 stand die KP Südafrikas an der Spitze des bis dahin größten Streiks von mehr als 70.000 schwarzen Minenarbeitern, bei dem John B. Marks, ein führendes Mitglied der KP und des ANC damals, eine maßgebliche Führungsrolle spielte. (Vgl.Orbon, S.473).



Demonstration afrikanischer Arbeiter 1930.

Ganz sicher ist, daß die Südafrikanische KP, die ihren Namen änderte, nachdem sie sich 1950 selbst aufgelöst hatte, um einem Verbot nach dem "Communism Act" zuvorzukommen, schon bald völlig im Sumpf des modernen Revisionismus versunken ist. Der Revisionistenführer Lerumo wandte sich offen und direkt gegen den bewaffneten Kampf und schrieb, daß die "Revolution nicht Gewalt einschließen muß. Es gibt zahlreiche Beispiele in der Geschichte, wo die Kombination von Faktoren zwingend genug war, so daß die herrschende Klasse dringenden und überfälligen Veränderungen den Weg freimachte, ohne das Volk durch das Elend des Bürgerkrieges zu zerren" (zitiert in: Orbon, S.367). Das ist natürlich ein Hohn auf sämtliche wirklichen Erfahrungen der Geschichte aller revolutionären Bewegungen, die immer wieder bewiesen haben, daß die reaktionären herrschenden Klassen niemals freiwillig dem Volk den Weg freimachen, weshalb die gewaltsame bewaffnete Revolution zur Zerschlagung der konterrevolutionären Macht der Imperialisten und Reaktionäre unbedingt notwendig ist.

Die revisionistische Entartung der KP Südafrikas wirkte sich natürlich auch extrem verhängnisvoll auf den ANC aus. Sprach das EKKI 1928 noch davon, daß es gelte, den ANC in eine nationalrevolutionäre Organisation umzuwandeln, was die Aufgabe der Kommunisten sein mußte, so liquidierte die revisionistische "K"P Südafrikas diese Aufgabe jedenfalls völlig und tat noch das ihre, um den ANC auf dem pazifistischen und nationalreformistischen Weg zu halten. Hinzu kommt, daß die südafrikanischen Revisionisten als Agenten der russischen Sozialimperialisten die schwarzen Volksmassen Südafrikas auch dadurch zu entwaffnen versuchten und weiterhin zu entwaffnen suchen, indem sie "äußere Hilfe" als entscheidenden Faktor für die "Befreiung" anpreisen, womit eben das konterrevolutionäre "Eingreifen" der Sozialimperialisten gemeint ist.*

Die hohe Aktualität der Leitsätze und

---

* Die Revisionisten sind Verräter am P r i n z i p der gewaltsamen bewaffneten Revolution. Das bedeutet nicht nur Verseuchung des Proletariats und der anderen Werktätigen mit konterrevolutionärem Pazifismus durch Geschwätz vom "friedlich-parlamentarischen Weg zum Sozialismus". Denn dort, wo es ihnen zweckdienlich ist, treten sie auch für "bewaffneten Kampf" ein, der aber überhaupt nichts mit einem wirklich revolutionären Volkskrieg zu tun hat.

In den Sechzigerjahren legten die südafrikanischen Revisionisten einen sogenannten militärischen Plan für eine "Befreiungsaktion" Südafrikas vor, der vor allem auf "fast unbegrenzter Unterstützung" durch "befreundete Regierungen" baute. In diesem vom ANC damals abgelehnten Plan heißt es unter anderem:

"Direkte militärische Intervention in Süd-West-Afrika... und sogar eine bewaffnete internationale Aktion in einem entwickelteren Stadium des Kampfes sind reale Möglichkeiten, die eine wichtige Rolle spielen." (Zitiert in: Orbon, "Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania", S.368)

Diese "Konzeption" von "bewaffnetem Kampf" vereinigt Elemente eines reaktionären Putschismus mit sozialimperialistischer militärischer Intervention. Hier ist schon sichtbar, was später in Angola, Afghanistan, Äthiopien eintrat: Konterrevolutionäre russische, cubanische sowie auch DDR-Interventionen zur Ausdehnung und Festigung des sozialimperialistischen Einflusses im Konkurrenzkampf mit den anderen Imperialisten, in jedem Fall aber g e g e n die Interessen der Völker und der Revolution dort gerichtet !

Richtlinien der Kommunistischen Internationale zeigt sich heute gerade auch gegen die modernen Revisionisten sowie andere Spielarten des Opportunismus. Einige uns besonders zentral erscheinende Punkte aus der "Resolution zur südafrikanischen Frage" sollen herausgehoben werden:

- DIE ZENTRALE ALLGEMEINE POLITISCHE LOSUNG

Die "Resolution" propagierte als Losung

> "eine unabhängige südafrikanische Eingeborenen-Republik als eine Etappe zu einer Arbeiter- und Bauernrepublik mit Gleichberechtigung für alle Rassen, für Schwarze, Farbige und Weiße".

Die Diskussion dieser Losung erscheint uns sehr wichtig für die aktuelle Debatte über das im revolutionären Kampf in Südafrika anzustrebende Ziel.

Die Komintern hat über die "Resolution" von 1928 hinaus noch mehrmals zum Inhalt dieser Losung Stellung genommen und gegen Abweichungen gekämpft. So heißt es in dem bereits zitierten Brief des EKKI von 1930:

> "Das Unvermögen, die bürgerlich-demokratischen und sozialistischen Aufgaben des südafrikanischen Proletariats zu erkennen, widerspiegelt sich in der Tatsache, daß sowohl die Führer als auch die Mitglieder der Partei noch nicht die Bedeutung der Losung von einer unabhängigen Eingeborenenrepublik verstanden haben. Die weissen Führer der Partei, die noch nicht die Reste des weißen Chauvinismus über Bord geworfen haben, begreifen nicht die nationalistischen Aufgaben der Revolution und versuchen, den gesamten Kampf des südafrikanischen Proletariats auf einen rein proletarischen Klassenkampf zu reduzieren. Die eingeborenen Mitglieder hingegen, die immer noch vom kleinbürgerlich-bäuerlichen Nationalismus beeinflußt sind, verstehen nicht die Ziele des proletarischen Klassenkampfes und versuchen, den Kampf auf eine nationalistisch-revolutionäre Bewegung zu reduzieren...
>
> Dieser Mangel an Verständnis führt in der Praxis dazu, daß beide Abteilungen der Partei hinsichtlich der wachsenden nationalistischen, revolutionären Aufgaben des Proletariats den gleichen Fehler begehen, wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise, und damit die Hegemonie des Proletariats in dieser Bewegung in Abrede stellen. Indem sie die Aufgaben des Proletariats ausschließlich auf nationalistisch-revolutionäre Pflichten beschränken, würden die Eingeborenen praktisch bewirken, daß das Proletariat von der breiten kleinbürgerlichen Bewegung absorbiert wird und auf diese Weise die Hegemonie des Proletariats innerhalb der Bewegung zerstören."
> (Zitiert nach: "Dokumente zur Geschichte der Südafrikanischen Kommunistischen Partei 1915-1980", Berlin/DDR 1984, S.168)*

Die Komintern verteidigte die Losung einer "unabhängigen südafrikanischen Eingeborenen-Republik" also nicht nur gegen den weißen Chauvinismus, sondern auch gegen kleinbürgerlich-bäuerlichen Nationalismus. Wie der Vertreter der KP Südafrikas auf dem VII.Weltkongreß ausführte, gab es in der Partei auch Abweichungen in letztgenannter Richtung:

> "Im Kampf für die Verwirklichung dieser Losung hatte die Partei einen Kampf gegen gewisse Fehler in der Auslegung dieser Losung zu führen. Einer dieser Fehler bestand in der Leugnung der Existenz einer Eingeborenenbourgeoisie in Südafrika und in der Leugnung der selbständigen Klassenhegemonie des Proletariats in der Revolution." (Protokoll des VII.Weltkongresses der Komintern, S.458)

- DIE GROSSE BEDEUTUNG DER BAUERNSCHAFT IN DER REVOLUTION

Die "Resolution" stellt weiterhin heraus, daß die Losung der Eingeborenenrepublik "vor allen Dingen die Rückgabe des Bodens an die landlose und landarme Bevölkerung bedeutet" und verweist auf den sozialen Gehalt der nationalrevolutionären Bewegung in Südafrika:

> "Südafrika ist ein schwarzes Land, die Mehrheit seiner Bevölkerung ist schwarz, dementsprechend auch die Mehrheit seiner Arbeiter und Bauern. Der größte Teil der südafrikanischen Bevölkerung besteht aus der schwarzen Bauernschaft, der das Land von der ausbeutenden weißen Minderheit geraubt wurde. Sieben Achtel des Landes gehören den Weißen. Infolgedessen liegt der Revolution in Südafrika die nationale Frage zugrunde, die sich ihrerseits auf die Agrarfrage stützt. Die schwarze Bauernschaft ist die hauptsächliche bewegende Kraft der Revolution im Bündnis mit der Arbeiterklasse und unter deren Führung."

Die Mißachtung der Bauernfrage als Kern der nationalen Frage ist von jeher untrüglicher Ausdruck einer reformistischen Linie, wenn auch bisweilen mit "linken" Phrasen umhüllt. Damals wie heute zeigt sich das vor allem in zwei Richtungen.

Einerseits bedeutete bei der Bunting-Clique die Leugnung des national-revolutionären Charakters der Revolution die Beschränkung der Bewegung für nationale Unabhängigkeit auf einen reformistischen Kampf für "Gleichberechtigung", wie das KI-Dokument von 1935 hervorhebt. Aktuell trifft das auf den heutigen Nationalreformismus in Südafrika zu, der auch von den österreichischen Reformisten unterstützt wird. Kehrseite der Mißachtung der revolutionären Rolle der Bauernschaft ist die Orientierung auf die Bourgeoisie, Kernpunkt der menschewistischen "Theorie" in der demokratischen Etappe der Revolution.

Andererseits bedeutet die Leugnung der revolutionären Rolle der einheimischen Bauernschaft, wie die "Materialien" von 1935 zeigen,

> "den Versuch, über das bürgerlich-demokratische Stadium der antiimperialistischen und agrarischen Revolution hinüberzuspringen".

Das ist sozusagen die trotzkistische Spielart des Reformismus. Trotzkismus ist ja in Wirklichkeit eine Spielart des Menschewismus. Der Trotzkismus teilt mit dem Menschewismus die Geringschätzung und Leugnung der revolutionären Potenzen der Bauernschaft. Wenn die heutigen Trotzkisten für Südafrika unmittelbar die "Arbeitermacht" fordern, so ist das nicht weniger chauvinistisch als die "Thesen" des Erzchauvinisten Bunting.

- DIE KORRUPTIONSPOLITIK DER WEISSEN MACHTHABER

Die "Resolution zur südafrikanischen Frage" verweist schließlich auch noch auf ein Phänomen, das auch heute, und sogar noch massiver, festzustellen ist: Die Korrumpierungsversuche der weißen herrschenden Minderheit, um die Basis ihrer nationalen und Klassenunterdrükkung zu festigen. Die "Resolution" bemerkt, daß die weiße Bourgeoisie, womit vor allem die burische Bourgeoisie gemeint ist (die im Unterschied zur englischen Bourgeoisie in dem Dokument als "afrikanisch" bezeichnet wird), sich bemüht,

> "gewisse Elemente der nichteuropäischen Bevölkerung auf ihre Seite herüberzuziehen, z.B. die 'farbige' Bevölkerung, indem sie ihnen das Wahlrecht verspricht; das gleiche

---

* 1984 erschien im Dietz-Verlag Berlin/DDR der umfangreiche Sammelband "Dokumente zur Geschichte der Südafrikanischen Kommunistischen Partei 1915-1980".

Bezeichnend ist, daß darin zentrale Dokumente des Kampfes der Komintern bzw. des EKKI weggelassen wurden, so etwa der Brief des EKKI von 1930 an die KP Südafrikas "Wie ist eine revolutionäre Massenpartei in Südafrika aufzubauen ?" oder die "Materialien" des Büros des Sekretariats des EKKI vor dem VII.Weltkongreß der KI. Das heißt, das genau jene Dokumente weggelassen wurden, in denen in schärfster Form mit dem weißen Chauvinismus abgerechnet und die reformistische Linie und die Reformisten entlarvt wurden.

Das ist kein Zufall. Denn die heutige erzrevisionistische Führung der Südafrikanischen "K"P verurteilt direkt den damaligen Kampf des EKKI gegen den Chauvinismus und Reformismus in der KP Südafrikas. 1931 wurden die ärgsten Chauvinisten in der KP Südafrikas wie Bunting aus der Partei hinausgesäubert. Dazu wird in dem Sammelband angemerkt, "daß diese Säuberungsaktion im Jahre 1931 auf äußerst willkürliche und undemokratische Art und Weise durchgeführt worden war und der Partei zur damaligen Zeit großen Schaden zugefügt hatte." (S.169). In Wirklichkeit geht es den Revisionisten jedoch um die Verteidigung und Beschönigung des reformistischen und chauvinistischen Kurses. So wird im direkten Gegensatz zu den Einschätzungen der Komintern in einem Dokument von 1976 der Chauvinismus und Reformismus in der KP Südafrikas Ende der Zwanzigerjahre und davor ungeheuer bagatellisiert und verharmlost und es wird der Versuch unternommen, die Parteilinie als weitgehend frei von chauvinistischen Einflüssen darzustellen, was sich durch Dokumente leicht als Demagogie entlarvt werden kann (vgl. ebenda, S.566 ff). Ja, ein Chauvinist wie Bunting wird im dem Band sogar immer wieder gelobt und als vorbildlich hingestellt ! (Vgl. etwa S.373, S.136).

macht sie mit jenen eingeborenen Führern, aus denen sie Agenten macht für die Ausbeutung der Negerbevölkerung. Diese Korruptionspolitik der weißen Bourgeoisie hat schon dazu geführt, daß die Führer der Neger-Gewerkschaften, der Industrie- und Handelsgewerkschaft die Kommunisten aus der Gewerkschaft ausschlossen und jetzt darauf aus gehen, die Gewerkschaftsbewegung der Neger in den Kanal des Reformismus zu leiten.

Das Einsetzen des Negerreformismus als eine Folge der Korruptionspolitik der weißen Bourgeoisie - eines Reformismus, der mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in engem Bündnis zusammenarbeitet - bildet den charakteristischen Zug der gegenwärtigen politischen Lage."

Auch dieser Punkt ist hochaktuell, denn der Versuch der weißen Rassisten, z.B. die "farbige", die indische Bevölkerung durch "Wahlrecht" im südafrikanischen "Drei-Kammersystem" (Engländer, Buren, "Farbige") zu korrumpieren, die massive Unterstützung für kompradorenhafte "Führer" wie Buthelezi, die "Gesprächsbereitschaft" der sogenannten "liberalen" weißen Kapitalisten mit dem ANC usw. usf., alles das geht eben in dieser Richtung, die nationalreformistische und in Konsequenz kapitulationistische Strömung im schwarzen Widerstand zu festigen.

* * *

Die abgedruckten Dokumente sind selbstverständlich auch stark von der damaligen konkreten Lage geprägt und entsprechen zum Teil nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Doch berührt das nicht die entscheidenden Lehren, die wir daraus entnehmen können.

Die "Resolution" von 1928 geht von der Vorherrschaft des englischen Imperialismus in Südafrika aus, der mit der burischen Bourgeoisie eine konterrevolutionäre Einheitsfront gegen die unterjochten Schwarzen bildet und die zunehmend miteinander verschmelzen.

Spätestens mit dem Wahlsieg der National-Partei von 1948 hat sich allerdings die burische Bourgeoisie die Vorherrschaft im weißen Block der Rassisten erobert, welche sie bis heute ausübt.

Die in der "Resolution" von 1928 angesprochene Ausnahme, das Wahlrecht für Schwarze in der Kapp-Provinz, ist bereits vor 1948 liquidiert worden. ■

STUDIERT UND DISKUTIERT:

Wir bitten um Bestellung bei:

Zentraler
Literaturdienst
Postfach 582
1150/9 Wien

★

DIN A 5 92 Seiten öS 7,-

MARXISTISCH - LENINISTISCHE SCHRIFTENREIHE

PROGRAMM DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

- DAS PROGRAMM DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
  (angenommen an der 46. Sitzung am 1. September 1928)
- STALIN : "ÜBER DAS PROGRAMM DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
  (Rede auf dem Plenum des ZK der KPDSU(B) vom 4.-12.Juli 1928. Stalinwerke Bd.11,S.125ff)

TÄTIGKEIT DES EKKI

(1928)

RESOLUTION ZUR SÜDAFRIKANISCHEN FRAGE

Die politische Lage

Die politische Lage entspricht der ökonomischen Struktur, dem halbkolonialen Charakter des Landes und den starken sozialen Gegensätzen zwischen schwarzer und weißer Bevölkerung. Die eingeborene Bevölkerung des Landes hat kein Wahlrecht (mit Ausnahme der Kapprovinz), die Staatsmacht ist ein Monopol der weißen Bourgeoisie, welche die aus Weißen bestehende bewaffnete Macht zu ihrer Verfügung hat. Die weiße Bourgeoisie, hauptsächlich die Buren, die gegen Ende des letzten Jahrhunderts von den Waffen des englischen Imperialismus besiegt wurden, hatten lange Zeit einen Kampf geführt gegen das englische Kapital. Aber je weiter der Prozeß der kapitalistischen Entwicklung im Lande vor sich geht, desto mehr werden die Interessen der südafrikanischen Bourgeoisie verkettet mit den Interessen des englischen Finanz- und Industriekapitals, und die weiße südafrikanische Bourgeoisie neigt immer mehr zu einem Kompromiß mit dem englischen Imperialismus, indem sie mit letzterem eine einheitliche weiße Front bildet zur Ausbeutung der eingeborenen Bevölkerung.

Die nationalistische Partei, welche die Interessen der Großfarmer, Großgrundbesitzer und auch eines Teils der Bourgeoisie (hauptsächlich der Buren) und Kleinbourgeoisie vertritt, gibt ihren Kampf für die Loslösung vom britischen Reiche auf und kapituliert vor dem englischen Kapitalismus (diese Kapitulation wurde vom Führer der Partei, von General Herzog, formuliert und auf der englischen Reichskonferenz proklamiert). Ja noch mehr, diese Partei tritt bereits offen als Verteidiger der kolonialen Expansion des englischen Kapitals auf und agitiert für eine Ausdehnung des Territoriums der südafrikanischen Union nach dem Norden (Annexion von Rhodesia), in der Hoffnung, sich auf diese Art und Weise eine große Zahl von billigen eingeborenen Arbeitskräften zu verschaffen.

Gleichzeitig mit dem Import englischen Kapitals und englischer Waren nach Südafrika werden auch die Methoden zur Korrumpierung der Arbeiterklasse importiert. Die Labour Party von Südafrika vertritt die Interessen der Kleinbourgeoisie und der qualifizierten Arbeiteraristokratie und führt offen eine imperialistische Politik, demoralisiert die weißen Arbeiter und impft ihnen eine weiße Rassenideologie ein. Trotzdem wird der Einfluß dieser Partei untergraben durch die beständige Verschlechterung der materiellen Lage der weißen Arbeitermassen. Gleichzeitig bemüht sich die afrikanische Bourgeoisie, gewisse Elemente der nichteuropäischen Bevölkerung auf ihre Seite herüberzuziehen, z. B. die „farbige" Bevölkerung, indem sie ihnen das Wahlrecht verspricht; das gleiche macht sie mit den eingeborenen Führern, aus denen sie Agenten macht für die Ausbeutung der Negerbevölkerung. Diese Korruptionspolitik der weißen Bourgeoisie hat schon dazu geführt, daß die Führer der Neger-Gewerkschaften, der Industrie- und Handelsgewerkschaft die Kommunisten aus der Gewerkschaft ausschlossen und jetzt darauf ausgehen, die Gewerkschaftsbewegung der Neger in den Kanal des Reformismus zu leiten.

Das Einsetzen des Negerreformismus als eine Folge der Korruptionspolitik der weißen Bourgeoisie — eines Reformismus, der mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in engem Bündnis zusammenarbeitet — bildet den

Der wirtschaftliche und der soziale Kampf

Südafrika ist ein englisches Dominion von kolonialem Typus. Der Verlauf der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hat dazu geführt, daß der englische Imperialismus die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes unter Beteiligung der weißen Bourgeoisie Südafrikas (Engländer und Buren) durchführt. Tatsächlich ändert dies nichts am allgemeinen kolonialen Charakter Südafrikas, da das englische Kapital auch weiterhin die wichtigsten wirtschaftlichen Positionen im Lande (Banken, Bergbau, Industrie) innehat, und da die südafrikanische Bourgeoisie gleichermaßen an der schonungslosen Ausbeutung der werktätigen Negerbevölkerung interessiert ist.

In der letzten Periode ist in Südafrika das Anwachsen der Manufaktur, der Eisen- und Stahlindustrie, die Entwicklung von Handelskulturen (Baumwolle, Zucker, Zuckerrohr) und das Anwachsen der kapitalistischen Formen der Landwirtschaft, besonders in der Viehzucht, zu konstatieren. Infolge dieses Wachstums des Kapitalismus besteht eine zunehmende Tendenz, den Boden bei den Negern und auch bei einem gewissen Teil der weißen Farmerbevölkerung zu expropriieren. Auch die Gesetzesmaßnahmen der südafrikanischen Bourgeoisie gehen darauf aus, einen Markt billiger Arbeitskräfte und eine industrielle Reservearmee zu schaffen.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Negern und Farbigen (etwa 5¼ Millionen Neger und Farbige und etwa 1¼ Millionen Weiße, nach der Volkszählung von 1921). Ein charakteristischer Zug des kolonialen Typus des Landes besteht darin, daß die Negerbevölkerung fast vollständig ohne Bodenbesitz ist: die Neger besitzen nur ein Achtel des Bodens, während sieben Achtel von den Weißen expropriiert wurden. Es besteht keine Negerbourgeoisie als Klasse, abgesehen von vereinzelten handeltreibenden Negern und einer dünnen Schicht von Negerintellektuellen, die keine wesentliche Rolle im wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes spielen. Die Neger bilden auch die Mehrheit der Arbeiterklasse. Von den in der Industrie und im Verkehrswesen beschäftigten Arbeitern sind 420 000 Schwarze und Farbige und 145 000 Weiße; von den Landarbeitern sind 435 000 Schwarze und 50 000 Weiße. Kennzeichnend für die Proletarisierung der eingeborenen Bevölkerung ist die Tatsache, daß die Zahl der schwarzen Arbeiter rascher wächst als die Zahl der weißen Arbeiter. Eine andere kennzeichnende Tatsache besteht in dem außerordentlich starken Unterschied der Löhne und der materiellen Lage des weißen und des schwarzen Proletariats im allgemeinen. Trotz einer gewissen Senkung der Lebenshaltung der weißen Arbeiter, die in letzter Zeit eintrat, besteht das große Mißverhältnis zwischen den Löhnen des weißen und des schwarzen Proletariats weiter als Charakterzug des Kolonialtypus des Landes.

charakteristischen Zug der gegenwärtigen politischen Lage. Die Einheitsfront der englischen und südafrikanischen Bourgeoisie gegen die werktätige Negerbevölkerung stützt sich auf die weißen und die schwarzen Reformisten und schafft für die Kommunistische Partei in Südafrika eine außerordentlich komplizierte, aber günstige Situation, da sie die einzige Partei im Lande ist, welche die weißen und die schwarzen Proletarier und die landlose schwarze Bauernschaft zusammenfaßt zum Kampf gegen den englischen Imperialismus, gegen die weiße Bourgeoisie und gegen die weißen und schwarzen reformistischen Führer.

Die Kommunistische Partei und ihre Aufgaben

Das EKKI anerkennt die Erfolge, welche die KP Südafrikas in letzter Zeit erzielt hat. Diese zeigen sich im Anwachsen der KP, die jetzt hauptsächlich aus Eingeborenen besteht. Die Kommunistische Partei hat etwa 1750 Mitglieder, davon sind 1600 Eingeborene oder Farbige. Die KP hat auch in den Landdistrikten von Transvaal Fuß gefaßt. Die Partei hat gegen das reaktionäre Eingeborenen-Gesetz einen Kampf geführt. Das EKKI konstatiert auch das Wachsen der Eingeborenen-Gewerkschaften unter der Führung der KP, die erfolgreiche Durchführung einer Anzahl von Streiks und die Bemühungen zur Durchführung der Verschmelzung der weißen und der schwarzen Gewerkschaften.

Die gegenwärtige verschärfte Kampagne der Regierung gegen die Eingeborenen bietet der Partei ein weites Feld, um ihren Einfluß unter den Arbeitern und Bauern zu entwickeln, und gerade unter diesen Schichten der südafrikanischen Bevölkerung muß das Arbeitsgebiet der Kommunistischen Partei in nächster Zukunft auch weiterhin liegen.

a) Die erste Aufgabe der Partei bestehe darin, die Partei auf der Basis von Betriebs- und Straßenzellen zu reorganisieren sowie ein Aktionsprogramm aufzustellen als notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau einer kommunistischen Massenpartei in Südafrika.

b) Die Partei muß sich hauptsächlich auf die eingeborenen werktätigen Massen orientieren, dabei aber ihre Arbeit unter den weißen Arbeitern aktiv weiterführen. In gleichem Sinne muß die Parteiführung entwickelt werden. Dies kann nur erreicht werden durch unverzügliche Heranziehung der eingeborenen Mitglieder zur aktiveren Teilnahme an der Leitung der Partei, sowohl in den lokalen, als auch in den zentralen Organen der Partei.

c) Während die Kommunistische Partei von Südafrika den Kampf gegen alle Gebräuche, Gesetze und Vorschriften, welche die eingeborene und farbige Bevölkerung zugunsten der Weißen benachteiligen, intensiv weiterführt und entwickelt, muß sie den Kampf gegen alle sich gegen die Eingeborenen richtenden Gesetze verbinden mit der allgemeinen politischen Losung des Kampfes gegen die britische Herrschaft, mit der Losung: eine unabhängige südafrikanische Eingeborenen-Republik als eine Etappe zu einer Arbeiter- und Bauernrepublik mit Gleichberechtigung für alle Rassen, für Schwarze, Farbige und Weiße.

d) Südafrika ist ein schwarzes Land, die Mehrheit seiner Bevölkerung ist schwarz, dementsprechend auch die Mehrheit seiner Arbeiter und Bauern. Der größte Teil der südafrikanischen Bevölkerung besteht aus der schwarzen Bauernschaft, der das Land von der ausbeutenden weißen Minderheit geraubt wurde. Sieben Achtel des Landes gehören den Weißen. Infolgedessen liegt der Revolution in Südafrika die nationale Frage zugrunde, die sich ihrerseits auf die Agrarfrage stützt. Die schwarze Bauernschaft ist die hauptsächliche bewegende Kraft der Revolution im Bündnis mit der Arbeiterklasse und unter deren Führung.

e) Südafrika wird politisch beherrscht von der weißen Ausbeuterklasse. Trotz der Interessenkonflikte zwischen der holländischen Bourgeoisie und den englischen Imperialisten, besteht der Grundzug der politischen Lage in Südafrika heute in der sich entwickelnden Einheitsfront zwischen der holländischen Bourgeoisie und den englischen Imperialisten gegen die Eingeborenenbevölkerung. Keine politische Partei in Südafrika außer der Kommunistischen Partei tritt für Maßnahmen ein, welche der unterdrückten Eingeborenenbevölkerung wirklich nützen würden. Die herrschenden politischen Parteien gehen nie über leere und bedeutungslose liberale Phrasen hinaus. Die Kommunistische Partei Südafrikas ist die einzige Partei eingeborener und weißer Arbeiter, die für die völlige Beseitigung der Ausbeutung der Rassen und Nationen kämpft. Nur die Kommunistische Partei kann die revolutionäre Freiheitsbewegung der schwarzen Massen führen. Infolgedessen wird die Kommunistische Partei, wenn sie ihre politische Aufgabe richtig erfaßt, zum Führer der nationalen agrarrevolutionären Bewegung dieser eingeborenen Massen werden. Leider hat die Kommunistische Partei Südafrikas nicht genügend Verständnis für die revolutionäre Wichtigkeit der Massenbewegungen der einheimischen Arbeiter und Bauern an den Tag gelegt. Die KP Südafrikas hat einen richtigen Kampf durchgeführt für den Zusammenschluß der eingeborenen und der weißen Arbeiter in der Gewerkschaftsbewegung. Aber gleichzeitig machte die KP Südafrikas hartnäckige Opposition gegen die von der Komintern vorgeschlagene richtige Losung einer unabhängigen südafrikanischen Eingeborenenrepublik als Etappe zu einer Arbeiter- und Bauernrepublik mit völliger Gleichberechtigung für alle Rassen.

Diese Opposition zeigt einen Mangel an Verständnis für die Aufgaben unserer Partei in Südafrika hinsichtlich der revolutionären Kämpfe der eingeborenen Massen, und daraus erklärt sich teilweise das, trotz der äußerst günstigen Bedingungen, noch mangelhafte Wachstum des politischen Einflusses unserer Partei auf die Negermassen.

Südafrika ist ein englisches Dominion von kolonialem Typus. Das Land der schwarzen Bevölkerung wurde von fremden Ausbeutern mit Gewalt besetzt, der Boden wurde expropriiert und den Eingeborenen geraubt, der eingeborenen Bevölkerung gegenüber kam in den ersten Stadien der sogenannten Kolonisierung die Politik der Ausrottung zur Anwendung und für die überwiegende Mehrheit der eingeborenen Massen wurden Zustände der Halbsklaverei geschaffen. Es ist notwendig, den eingeborenen Massen zu sagen, daß angesichts der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Benachteiligung der Eingeborenen und deren ruchloser Unterdrückung durch die weißen Unterdrücker die von der Komintern aufgestellte Losung der Ein-

geborenenrepublik — vor allen Dingen die Rückgabe des Bodens an die landlose und landarme Bevölkerung bedeutet.

Diese Losung bedeutet nicht, daß wir die nichtausbeuterischen Elemente der weißen Bevölkerung nicht beachten oder ihrer vergessen. Im Gegenteil, die Losung fordert volle und gleiche Rechte für alle Rassen. Die weißen werktätigen Massen müssen begreifen, daß sie in Südafrika nationale Minderheiten bilden, und es ist ihre Aufgabe, die eingeborenen Massen zu unterstützen und mit ihnen gemeinsam zu kämpfen gegen die englische Bourgeoisie und den weißen Imperialismus. Die Einwendung gegen die Losung einer Eingeborenenrepublik, sie beschütze die Weißen nicht, ist objektiv nichts anderes als ein Deckmantel für die Ablehnung des richtigen Grundsatzes, daß Südafrika der eingeborenen Bevölkerung gehört. Unter diesen Umständen ist es Aufgabe der Kommunistischen Partei, die aufkeimenden und sich herauskristallisierenden nationalen Bewegungen der Eingeborenen zu beeinflussen und sie zu nationalen agrarrevolutionären Bewegungen gegen die weiße Bourgeoisie und den englischen Imperialismus zu entwickeln.

Die Nichterfüllung dieser Aufgabe bedeutet, daß die KP Südafrikas sich von der eingeborenen Bevölkerung trennt. Die Kommunistische Partei kann sich nicht auf die allgemeine Parole beschränken: „Keine Teilung in schwarz und weiß". Die Kommunistische Partei muß die revolutionäre Wichtigkeit der nationalen Frage und der Agrarfrage begreifen. Nur wenn sie die Wichtigkeit der nationalen Frage in Südafrika richtig erfaßt, wird die Kommunistische Partei in der Lage sein, der von der Bourgeoisie durch Ausspielen des Rassenchauvinismus betriebenen Entzweiung der weißen und schwarzen Arbeiter wirksam entgegenzutreten und die aufkeimende nationalistische Bewegung in einen revolutionären Kampf gegen die weiße Bourgeoisie und die ausländischen Imperialisten zu verwandeln. Bei ihrer Propaganda unter den eingeborenen Massen muß die KPSA die Klassenunterschiede zwischen den weißen Kapitalisten und den weißen Arbeitern betonen, da die letzteren ebenfalls von der Bourgeoisie als Lohnsklaven ausgebeutet werden, obwohl sie verhältnismäßig besser bezahlt sind als die Eingeborenen. Die KP muß den Kampf für den Zusammenschluß der schwarzen und weißen Arbeiter weiterführen und sich nicht darauf beschränken, die „Zusammenarbeit" der Weißen und der Schwarzen zu fordern. Die KP muß dem Gedanken der „Zusammenarbeit" von Schwarzen und Weißen einen richtigen Klasseninhalt verleihen. Sie muß den eingeborenen Massen erklären, daß die weißen und schwarzen Arbeiter nicht nur Verbündete, sondern Führer des revolutionären Kampfes der eingeborenen Massen gegen die weiße Bourgeoisie und den englischen Imperialismus sind. Eine richtige Formulierung dieser Aufgabe und eine intensive Propagierung der Hauptlosung der Eingeborenenrepublik wird nicht zur Entfremdung der weißen Arbeiter von der KP und nicht zu einer Absonderung von den Eingeborenen führen, sondern im Gegenteil zur Herstellung einer festen Einheitsfront aller Werktätigen gegen Kapitalismus und Imperialismus. Im Kampf gegen die Herrschaft des britischen Imperialismus in Südafrika und gegen die weiße Bourgeoisie unter den Losungen Agrarrevolution und Eingeborenenrepublik, wird die KPSA unzweifelhaft

den brutalsten Angriffen seitens der Bourgeoisie und der Imperialisten ausgesetzt sein. Dies kann aber kein Grund sein, die Losung der Eingeborenenrepublik nicht aufzugreifen. Im Gegenteil, die Partei muß den Kampf für diese Losung führen und sich mit allen Mitteln, zuerst und vor allem durch Mobilisierung der schwarzen und weißen Arbeiter, darauf vorbereiten, die Angriffe der herrschenden Klasse abzuwehren.

Das EKKI billigt durchaus die Agitation der Partei gegen das von der Pakt-Regierung erlassene Eingeborenengesetz und ist der Meinung, daß diese Agitation noch weiter verstärkt und vertieft und mit der Agitation gegen alle Antieingeborenengesetze verbunden werden muß.

Die Partei muß den unter den Eingeborenen aufkeimenden nationalen Organisationen, wie z. B. dem afrikanischen Kongreß, ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Die Partei muß unter Beibehaltung ihrer vollen Unabhängigkeit sich an diesen Organisationen beteiligen und bestrebt sein, deren Aktivität auszubreiten und auszudehnen. Unser Ziel muß sein, den afrikanischen Nationalkongreß zu verwandeln in eine kämpfende nationalrevolutionäre Organisation, die gegen die weiße Bourgeoisie und gegen die englischen Imperialisten gerichtet ist und sich auf die Gewerkschaften, die Bauernorganisationen usw. stützt, wobei die Partei in dieser Organisation systematisch die Hegemonie und Führung der Arbeiter entwickelt. Die Partei muß trachten, den Einfluß der von der weißen Bourgeoisie korrumpierten Eingeborenenführer in den heute bestehenden Stammesorganisationen der Eingeborenen zu schwächen, indem sie Bauernorganisationen entwickelt und den Einfluß der Kommunistischen Partei unter ihnen verbreitet. Die Entwicklung einer nationalrevolutionären Bewegung der Eingeborenen Südafrikas gegen die weiße Bourgeoisie und den englischen Imperialismus ist eine der Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei Südafrikas.

Die Partei muß sofort ein Agrarprogramm ausarbeiten, das der Lage der eingeborenen Bauernbevölkerung entspricht. Das EKKI ist der Meinung, daß die Partei richtig handelte, als sie auf ihrem letzten Kongreß die Losung herausgab: Expropriiert den Großgrundbesitz und verteilt ihn an die weißen und schwarzen landlosen Bauern. Aber das kann nur als allgemeine Losung betrachtet werden. Es ist notwendig, konkrete Teilforderungen auszuarbeiten, welche zeigen, daß die Grundfrage des Agrarproblems in Südafrika der Landhunger der Schwarzen ist und daß deren Interessen von größter Wichtigkeit sind für die Lösung der Agrarfrage. Es müssen sofort Anstrengungen gemacht werden, um einen Organisationsplan aufzustellen zur Organisierung der eingeborenen Bauern in Bauernverbänden, während die eingeborenen Landarbeiter in Gewerkschaften zusammenzufassen sind. Dabei darf jedoch die arme weiße Landbevölkerung keineswegs unbeachtet bleiben.

Auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit muß die Partei dessen eingedenk sein, daß ihre Hauptaufgabe darin besteht, die eingeborenen Arbeiter in Gewerkschaften zu organisieren, die Propaganda und Tätigkeit zur Bildung eines südafrikanischen Gewerkschaftszentrums, das weiße und schwarze Arbeiter zusammenfaßt, ins Werk zu setzen. Der Grundsatz, daß die Partei hauptsächlich auf die eingeborene Bevölkerung eingestellt sein muß, gilt auch für das Gebiet der Gewerkschaftsarbeit. Die Partei muß energisch die Spaltungspolitik der Führer der „Industrie- und Handelsgewerkschaft" be-

kämpfen mit der Parole des Zusammenschlusses der gesamten südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung. Ferner muß sie ein ausführliches Programm unmittelbarer Forderungen der eingeborenen Arbeiter ausarbeiten. Die Kommunisten müssen sich aktiv an den Gewerkschaftsorganisationen der eingeborenen Arbeiter beteiligen und die Politik verfolgen, einen starken linken Flügel unter kommunistischer Leitung in diesen Organisationen herauszubilden.

Die Partei muß auch weiterhin die südafrikanische Labour Party entlarven als einen Agenten des Imperialismus in der Arbeiterbewegung.

Obwohl die Hauptaufmerksamkeit der Kommunistischen Partei auf die Organisierung der eingeborenen Arbeiter gerichtet ist, darf sie die Arbeit in den weißen Gewerkschaften nicht vernachlässigen. Ihre Aufgaben sind hier: Organisierung der Nichtorganisierten, Arbeit in den bestehenden Gewerkschaften, intensive Propaganda für die Umstellung der Gewerkschaftsbewegung nach Industrien, verstärkte Agitation für den Anschluß aller Gewerkschaften an den Gewerkschaftskongreß. In allen Gewerkschaftsorganisationen muß die Partei sich bemühen, einen starken linken Flügel unter kommunistischer Führung zu bilden.

Die Partei muß den Einfluß der Amsterdamer Internationale in der weißen und schwarzen Gewerkschaftsbewegung energisch bekämpfen und die Propaganda für die Einigung der Gewerkschaften der ganzen Welt auf der Linie der Profintern-Politik intensiver gestalten.

Im Hinblick auf die Gefahr eines Weltkrieges, auf die gegenwärtige imperialistische Intervention in China und den drohenden Krieg gegen die Sowjetunion muß die Partei mit allen Mitteln ankämpfen gegen die Unterstützung der Kriegspolitik Englands, wie sie ihren Ausdruck findet in der stillschweigenden Billigung des Bruches der englischen Imperialisten mit der UdSSR. Die Partei darf die Arbeit unter den Truppen nicht vernachlässigen.

Das EKKI wiederholt seinen früheren Vorschlag, eine besondere Zeitung in den wichtigsten Eingeborenensprachen herauszugeben, sobald die technischen Schwierigkeiten überwunden sind. Ein solcher Schritt ist von großer politischer Bedeutung.

Die Partei muß mit größerer Energie für die Entwicklung der südafrikanischen Zweigstelle der „Liga gegen koloniale Unterdrückung" tätig sein.

Aus: "Kommunistische Internationale"
Wochenschrift des Exekutivkomitees der Komintern, Heft 45/1928

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE VOR DEM VII. WELTKONGRESS

MATERIALIEN

(1935)

Südafrika

Der VI. Kongreß der Komintern stellte in seinen Thesen zur Frage der revolutionären Bewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern für Südafrika die Losung des Kampfes für eine unabhängige Eingeborenenrepublik auf. Bunting, der Vertreter der Kommunistischen Partei Südafrikas, hatte auf dem VI. Kongreß erklärt, „daß der größte Teil unserer Partei, hauptsächlich aus politischen Gründen, gegen diese Losung Einspruch erhebe". Nach der Rückkehr der Delegation nach Südafrika entbrannte in der Partei um diese Losung ein erbitterter Kampf. Die Parteileitung, mit Bunting an der Spitze, widersetzte sich aktiv der Durchführung der Beschlüsse des VI. Kongresses der Komintern. In seinem Kampfe gegen die Kongreßbeschlüsse entwickelte Bunting seine chauvinistische, imperialistische Theorie von der südafrikanischen Ausnahmestellung. Diese Theorie enthielt im großen und ganzen folgende Momente:

1. Die Leugnung der revolutionären Rolle der einheimischen Bauernschaft und folglich den Versuch, über das bürgerlich-demokratische Stadium der antiimperialistischen und agrarischen Revolution in Südafrika hinweg zur angeblich „reinen" proletarischen Revolution hinüberzuspringen. („Es kann wahrhaftig nicht ehrlich behauptet werden, daß die Bauernschaft Südafrikas die Haupttriebkraft der Revolution bildet. Viele Eingeborene haben ihr Recht auf Grund und Boden fast vergessen", erklärte Bunting.)

2. Die Leugnung des nationalen Charakters der Revolution in Südafrika und die Beschränkung der Bewegung für die nationale Unabhängigkeit auf einen reformistischen Kampf für „Gleichberechtigung".

3. Die Ablehnung der Losung einer unabhängigen Eingeborenenrepublik.

4. Die Ueberschätzung der Rolle der einheimischen Bourgeoisie in der nationalen Bewegung und die völlige Herabsetzung der revolutionären Bedeutung der antiimperialistischen Bewegung.

5. Die sozialdemokratische taktische Einstellung, daß die Kommunistische Partei „friedliche Methoden, eine gemäßigte Politik anwenden müsse, da sie bei dem Versuch, eine nicht gemäßigte Politik anzuwenden, sofort mit Gewalt daran gehindert werden würde" (Bunting).

Diese kominternfeindliche Theorie Buntings wurde von der zentralen Parteileitung, die von Bunting zusammengestellt worden war, sowie von einem Teil der Parteimitglieder unterstützt.

Die Gründe für diese Einstellung der Partei und ihrer Führung zur nationalen Frage lagen in der sozialen Zusammensetzung der Partei selbst. Die Partei jener Zeit war ihrem Wesen nach keine kommunistische Partei. Die Parteimitgliedschaft setzte sich vorwiegend aus Europäern zusammen, die sich bei weitem noch nicht von der chauvinistischen Einstellung gegenüber den Eingeborenen befreit hatten. Bunting selbst, der Sohn eines englischen Lords, besaß große Plantagen in Südafrika. Advokat von Beruf, trat Bunting mitunter vor Gericht als Verteidiger der Unternehmer bei der Verhandlung von Konflikten zwischen diesen und den Arbeitern auf. Der Prozentsatz der Negerarbeiter in der Partei war äußerst gering; dazu kam, daß die eingeborenen Parteimitglieder auf jede Weise zurückgesetzt und zur Führung nicht zugelassen wurden. Eine offene Besprechung der Linie der Führung wurde ihnen nicht gestattet. Die chauvinistische Parteileitung, die die revolutionäre Rolle der eingeborenen werktätigen Bevölkerung leugnete, widmete den Fragen der Organisierung des Kampfes der eingeborenen werktätigen Massen nicht die geringste Aufmerksamkeit.

In den Jahren 1929 und 1930 ergoß sich über ganz Südafrika eine Welle von Massenbewegungen gegen den Imperialismus: der Landarbeiter- und Pächterstreik in Worcester, der in einen bewaffneten Aufstand hinüberwuchs und durch den Verrat des Afrikanischen Nationalkongresses abgewürgt wurde; der Aufstand der eingeborenen Bauern in Bona-Valley; die von zahlreichen blutigen Gefechten mit der Polizei begleitete anhaltende Massenboykottbewegung gegen die Gemeindebierhallen in Natal; der Bauernaufstand in Transvaal, wohin die Kolonialregierung Flugzeuge zur Unterdrückung schickte; der Dockarbeiterstreik in Durban, der Eisenbahnerstreik in East-London, der Ziegelarbeiterstreik in Pretoria usw.

In den Jahren 1929/30 waren in Südafrika alle Anzeichen eines revolutionären Aufschwungs vorhanden. Die Partei hat jedoch diesen revolutionären Aufschwung nicht nur nicht ausgenützt, sondern im Gegenteil Maßnahmen ergriffen, um „eine weitere Demoralisierung der Eingeborenen nicht zuzulassen".

Statt überall Protestdemonstrationen gegen die blutigen Orgien des britischen Imperialismus zu organisieren, statt den Kampf zu organisieren, rief die Partei zur „Ruhe" auf und fuhr fort, Unterschriften für eine Petition an das südafrikanische Sklavenhalterparlament zu sammeln, worin die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auf die Eingeborenen und die Verwirklichung verschiedener Freiheiten gefordert wurde.

Unter den Parteimitgliedern aus der einheimischen Bevölkerung und auch unter den wenigen guten europäischen Parteimitgliedern schwoll die Massenunzufriedenheit mit der Führung immer stärker an. Eine Reihe von aktiven Parteifunktionären unter Führung des Genossen Nzula entfaltete im Gegensatz zur verräterischen Politik Buntings eine intensive Arbeit zum Zusammenschluß der kommunistischen Elemente für den Kampf um die Realisierung der Beschlüsse des Kominternkongresses. Auf dem Parteitag vom Dezember 1930 gelang es diesen Genossen, die Mehrzahl der Delegierten für sich zu gewinnen, und die Bunting-Clique wurde von der Führung entfernt. Der Parteitag wählte ein neues ZK mit Genossen Nzula an der Spitze, das sofort an die Säuberung der Partei von opportunistischen und weißchauvinistischen Elementen ging. Die von der Führung beseitigte Bunting-Clique begann unter Ausnutzung ihres Einflusses und ihrer Beziehungen in den Massenorganisationen (Gewerkschaften, Gesellschaft der Freunde der UdSSR usw.) eine wütende Attacke gegen die neue Parteileitung, gab Aufrufe an die Parteimitglieder heraus und versuchte sogar, einen eigenen Parteitag einzuberufen und eine eigene „kommunistische" Partei zu gründen. Im Februar 1931 schloß die Partei Bunting und seine Anhänger aus ihren Reihen aus.

Der Ausschluß Buntings und Konsorten aus den kommunistischen Reihen legte faktisch zum erstenmal den Grundstein für eine wahrhaft kommunistische Organisation in Südafrika. So wurde dies auch von den eingeborenen proletarischen und halbproletarischen Elementen eingeschätzt, die die Kommunistische Partei Südafrikas als ihren Führer und Verteidiger anerkannten.